

# Monatsbericht des BMF November 2011





Monatsbericht des BMF November 2011

# Zeichenerklärung für Tabellen

Zeichen	Erklärung
-	nichts vorhanden
0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
	Zahlenwert unbekannt
X	Wert nicht sinnvoll

# Inhaltsverzeichnis

Editorial	4
Ťl miska matra	
Übersichten und Termine	ь
Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2011	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	31
Termine, Publikationen	33
Analysen und Berichte	35
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 24. November 2011	36
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2011	
E-Bilanz	
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	55
Rückblick auf den Europäischen Rat am 23. Oktober 2011 und den Euro-Gipfel	
am 26./27. Oktober 2011 in Brüssel	76
Statistiken und Dokumentationen	81
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	83
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	118

# **Editorial**

Liebe Leserinnen und Leser,

im Fokus der Bundesregierung stehen weiter die anhaltenden Spannungen an den Finanzmärkten und der Vertrauensverlust bei Bürgern und Investoren. Die derzeitige Krise mit ihren komplexen Ursachen zu bewältigen erfordert Ausdauer. Die Staats- und Regierungschefs des Euro-Währungsgebiets haben sowohl beim Europäischen Rat als auch beim Euro-Gipfel Ende Oktober Beschlüsse gefasst, die Europa bei der nachhaltigen Bekämpfung seiner Schuldenkrise einen guten Schritt voranbringen.

Die Bundesregierung hat sich dabei für einen umfassenden Ansatz eingesetzt, der sich auf fünf zusammenhängende Handlungsfelder konzentriert: Die Suche einer tragfähigen Lösung für Griechenland - mit angemessener Beteiligung der privaten Gläubiger -, die Stabilisierung des europäischen Finanzsystems durch eine hinreichende Eigenkapitalausstattung der Banken, eine effiziente Nutzung des temporären Rettungsschirms EFSF, ein klares Bekenntnis zu konsequenter Haushaltsdisziplin und Beschleunigung von Strukturreformen sowie glaubwürdige Schritte hin zu einer europäischen Stabilitätsunion.

Deutschland ist mit seinem Kurs der wachstumsfreundlichen Defizitreduzierung weiterhin ein Stabilitätsanker für Europa. Die Ergebnisse der November-Steuerschätzung haben gezeigt, dass der Bund allein für das Jahr 2011 ein Plus von 9,3 Mrd. € gegenüber den Prognosen der Mai-Steuerschätzung erwarten kann. Für alle staatlichen Ebenen zusammengenommen geht der Arbeitskreis "Steuerschätzungen" im laufenden Jahr von 16,2 Mrd. € zusätzlichen Einnahmen aus. Zu verdanken ist dies im Wesentlichen der günstigeren konjunkturellen Dynamik vor allem in der ersten Jahreshälfte 2011. Für die Folgejahre wird sich das Wirtschaftswachstum jedoch insgesamt leicht abschwächen, so dass



die zu erwartenden Steuermehreinnahmen weniger hoch ausfallen dürften; die Risiken bleiben hoch. Für die Haushalts- und Finanzpolitik gilt es, vor dem Hintergrund dieser Entwicklung den erfolgreichen Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen.

Die Einschätzungen des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" basieren nicht zuletzt auf den guten Ergebnissen bei den Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal dieses Jahres: Die jetzt für Bund und Länder vorliegenden Zahlen sprechen für sich. Im 1. bis 3. Quartal 2011 betrugen die Steuereinnahmen von Bund und Ländern 389,9 Mrd. €. Dies sind 30,2 Mrd. € beziehungsweise 8,6 % mehr als im Vorjahreszeitraum. Diese Entwicklung wurde vor allem von den Gemeinschaftlichen Steuern getragen, die die Masse des Steueraufkommens ausmachen. Die Aufkommenszuwächse von Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz sind ein Spiegelbild der verbesserten Lage auf dem Arbeitsmarkt und der Belebung der Binnennachfrage. Die günstige Entwicklung der Körperschaftsteuer weist auf die gute Gewinnsituation der Kapitalgesellschaften hin.

Eine Daueraufgabe der Bundesregierung ist es, Steuervereinfachungen und den Abbau unnötiger steuerbürokratischer Hemmnisse voranzutreiben. Hierzu zählt auch die umfassende elektronische Kommunikation zwischen Bürgern, Unternehmen und Finanzverwaltungen. Nach erfolgreichem Abschluss der Pilotierung wurde am 28. September 2011 das Anwendungsschreiben zur E-Bilanz bekanntgegeben. Der Beitrag

## □ Editorial

in diesem Monatsbericht stellt das neue elektronische Übermittlungsverfahren vor und erläutert den Aufbau des Datenformats sowie konkrete Einstiegshilfen, die den Umstieg erleichtern sollen.

Zur Wirtschafts- und Finanzlage in den Schwellenländern kann festgestellt werden, dass die meisten von ihnen im 1. Halbjahr 2011 beeindruckende Wachstumsraten aufweisen. Ihre Wachstumsaussichten werden weiterhin als relativ gut eingeschätzt. So geht der Internationale Währungsfonds für 2011 davon aus, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer mit einem soliden Tempo von 6 % wachsen werden, wobei in Asien über 8 % erwartet werden. Allerdings war in einigen Schwellenländern ein deutlicher Anstieg der Inflation zu verzeichnen, insbesondere bedingt durch einen starken Anstieg der Nahrungsmittelpreise.

Jörg Asmussen

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen

# Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	7
Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2011	
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	17
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2011	29
Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik	
Termine, Publikationen	

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Finanzwirtschaftliche Lage

# Ausgabenentwicklung

Bis einschließlich Oktober 2011 beliefen sich die Ausgaben des Bundes auf 250,6 Mrd. €.

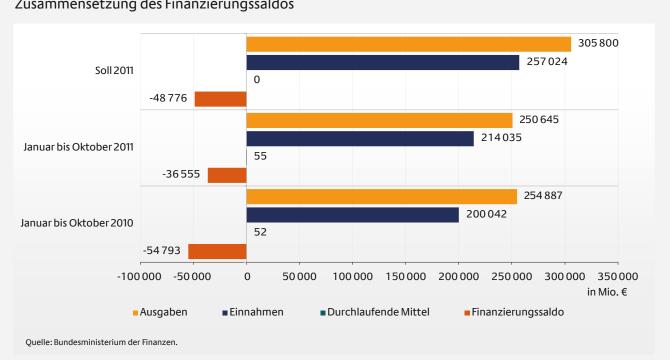
Sie lagen damit um – 4,2 Mrd. € (– 1,7 %) unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums des Vorjahres. Die niedrigeren kumulierten Gesamtausgaben resultieren hauptsächlich

# Entwicklung des Bundeshaushalts

	Ist 2010	Soll 2011	Ist - Entwicklung <sup>1</sup> Januar bis Oktober 2011
Ausgaben (Mrd. €)	303,7	305,8	250,6
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			-1,7
Einnahmen (Mrd. €)	259,3	257,0	214,0
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			7,0
Steuereinnahmen (Mrd. €)	226,2	229,2	193,5
Unterjährige Veränderung gegenüber Vorjahr in $\%$			10,1
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	-44,3	-48,8	-36,6
Kassenmittel (Mrd. €)	-	-	-13,7
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	-0,3	-0,4	0,2
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	-44,0	-48,4	-22,7

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Buchungsergebnisse.

# Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Entwicklung der Bundesausgaben nach Aufgabenbereichen

	Is	t	Sc	oll	Ist - Enty	vicklung	Unterjährige
	20	10	20	11	Januar bis Oktober 2010	Januar bis Oktober 2011	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in M	lio.€	in%
Allgemeine Dienste	54 227	17,9	55 490	18,1	43 619	43 333	-0,
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	5 887	1,9	6 149	2,0	4 572	4373	-4,
Verteidigung	31 707	10,4	32 147	10,5	25 644	25 545	-0,
Politische Führung, zentrale Verwaltung	6 240	2,1	6 3 7 6	2,1	5 020	5 143	+2,
Finanzverwaltung	3 727	1,2	4 166	1,4	3 016	3 038	+0,
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	14 896	4,9	16 933	5,5	11 020	12 225	+10,
BAföG	1 382	0,5	1 544	0,5	1 188	1 362	+14,
Forschung und Entwicklung	8 940	2,9	9 471	3,1	6 057	6 554	+8,
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	163 431	53,8	160 005	52,3	139 016	133 666	-3,
Sozialversicherung	78 046	25,7	77 655	25,4	70 476	69 995	-0,
Darlehen/Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit	7927	2,6	13 446	4,4	7 993	5 476	-31,
Grundsicherung für Arbeitssuchende	35 920	11,8	34 190	11,2	29 805	27 353	-8,
darunter: Arbeitslosengeld II	22 246	7,3	20 400	6,7	18 828	16367	-13,
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 235	1,1	3 600	1,2	2 726	4047	+48,
Wohngeld	881	0,3	679	0,2	747	640	-14,
Erziehungsgeld/Elterngeld	4586	1,5	4389	1,4	3 864	4 008	+3,
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	1 900	0,6	1 748	0,6	1 698	1 528	-10,
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	1 255	0,4	1 580	0,5	854	951	+11,
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 114	0,7	2 098	0,7	1 455	1 516	+4,
Wohnungswesen	1 356	0,4	1 353	0,4	1 138	1 236	+8,
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 678	1,9	6 497	2,1	4 084	4 251	+4,
Regionale Förderungsmaßnahmen	811	0,3	740	0,2	463	618	+33,
Kohlenbergbau	1319	0,4	1 350	0,4	1319	1 349	+2,
Gewährleistungen	805	0,3	1 770	0,6	536	610	+13,
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 735	3,9	11 735	3,8	8 635	8 648	+0,
Straßen (ohne GVFG)	6341	2,1	5 926	1,9	4 288	4 145	-3,
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	16 073	5,3	15 999	5,2	12 919	13 288	+2,
Bundeseisenbahnvermögen	5 223	1,7	5 283	1,7	4165	4029	-3,
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	4304	1,4	3 877	1,3	3 149	3 119	-1,
Allgemeine Finanzwirtschaft	34 249	11,3	35 462	11,6	33 286	32 767	-1,
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	32 325	31 893	-1,
Ausgaben zusammen	303 658	100,0	305 800	100,0	254 887	250 645	-1,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

aus Minderausgaben beim Arbeitsmarkt (-4,9 Mrd. €).

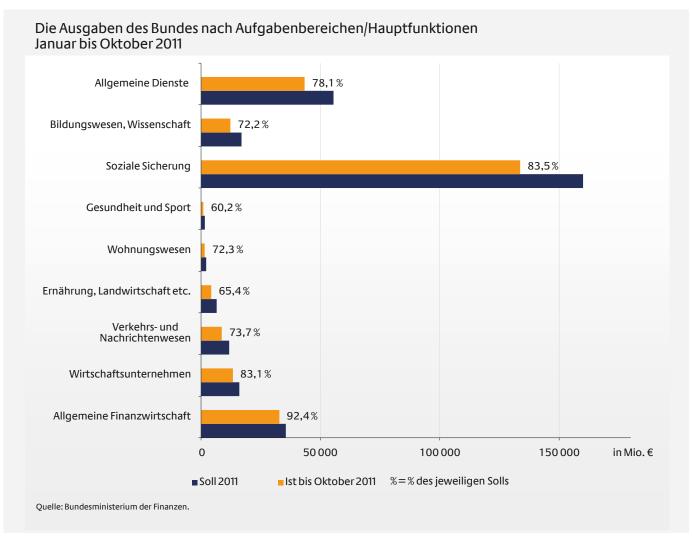
## Einnahmeentwicklung

Die Einnahmen des Bundes lagen mit 214,0 Mrd. € bis einschließlich Oktober um 14,0 Mrd. € über dem Ergebnis des entsprechenden Vorjahreszeitraums (+7,0%). Die Steuereinnahmen beliefen sich auf 193,5 Mrd. €. Sie stiegen im Vorjahresvergleich um 17,7 Mrd. € an, was einer zum Vormonat unveränderten Steigerung von 10,1% entspricht. Die Verwaltungseinnahmen lagen mit 20,6 Mrd. € um 15,3% unter dem Ergebnis bis einschließlich Oktober 2010. Hier wirkt sich die gegenüber dem Vorjahr geringere Abführung des Bundesbankgewinns

aus. Zudem wurden im Haushaltsjahr 2010 Erlöse durch die Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen erzielt.

## Finanzierungssaldo

Der Finanzierungssaldo betrug Ende Oktober – 36,6 Mrd. €. Insbesondere auch nach der Steuerschätzung besteht die Erwartung, dass die Neuverschuldung deutlich unter 25 Mrd. € liegen wird. Der Konsolidierungskurs der Bundesregierung und die spürbare wirtschaftliche Erholung tragen hier sichtbar Früchte. Dennoch wird die Neuverschuldung voraussichtlich in diesem Jahr immer noch fast doppelt so hoch sein wie im letzten Vorkrisenjahr 2008.



FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

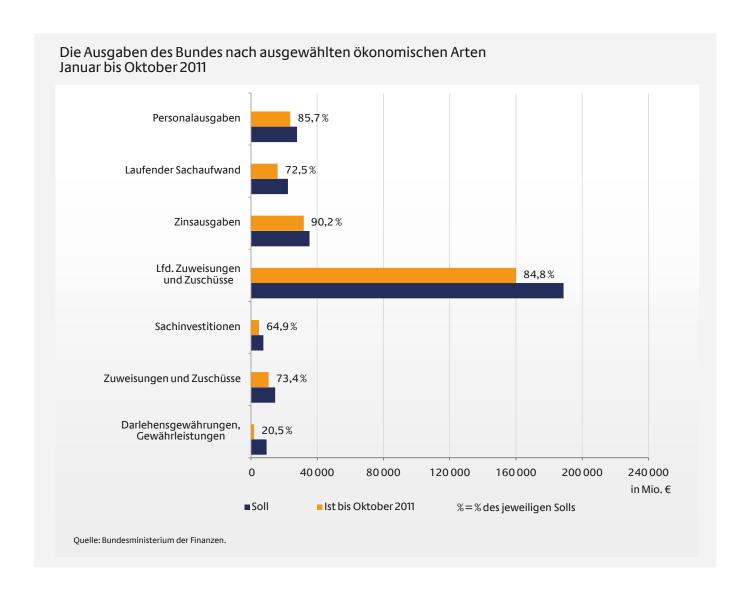
# Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	ls	t	So	II	Ist - Entw	vicklung	Unterjährige
	20	10	20	11	Januar bis Oktober 2010	Januar bis Oktober 2011	Veränderung ggü. Vorjahi in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	io.€	111 /0
Konsumtive Ausgaben	277 581	91,4	274 627	89,8	236 190	232 397	-1,
Personalausgaben	28 196	9,3	27 799	9,1	24 049	23 814	-1,
Aktivbezüge	21 117	7,0	20 749	6,8	17 822	17 532	-1
Versorgung	7 0 7 9	2,3	7 050	2,3	6 227	6 282	+0
Laufender Sachaufwand	21 494	7,1	22 336	7,3	15 923	16 194	+1
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 544	0,5	1 350	0,4	1 119	1 129	+0
Militärische Beschaffungen	10 442	3,4	10 429	3,4	7 615	7 197	-5
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	3,1	10 557	3,5	7 189	7 867	+9
Zinsausgaben	33 108	10,9	35 343	11,6	32 325 31 893		-1
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	64,0	188 756	61,7	163 512	160 082	-2
an Verwaltungen	14114	4,6	15 094	4,9	11 611	13 185	+13
an andere Bereiche	180 263	59,4	173 662	56,8	152 078	147 011	-3
darunter:							
Unternehmen	24212	8,0	25 056	8,2	19 289	19 588	+1
Renten, Unterstützungen u. a.	29 665	9,8	28 159	9,2	25 173	22 691	-9
Sozialversicherungen	120831	39,8	114657	37,5	103 251	100 490	-2
Sonstige Vermögensübertragungen	406	0,1	394	0,1	382	414	+8
Investive Ausgaben	26 077	8,6	32 330	10,6	18 696	18 248	-2
Finanzierungshilfen	18 417	6,1	24 831	8,1	13 586	13 385	-1
Zuweisungen und Zuschüsse	14944	4,9	14581	4,8	10 785	10 706	-0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 663	0,9	9 444	3,1	2 0 2 6	1 935	-4
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	0,3	806	0,3	776	744	-4
Sachinvestitionen	7 660	2,5	7 499	2,5	5 110	4 864	-4
Baumaßnahmen	6 2 4 2	2,1	6014	2,0	4218	4 0 8 5	-3
Erwerb von beweglichen Sachen	916	0,3	910	0,3	566	534	-5
Grunderwerb	503	0,2	576	0,2	326	245	-24
Globalansätze	0	0,0	-1 158	-0,4	0	0	
Ausgaben insgesamt	303 658	100,0	305 800	100,0	254 887	250 645	-1

## Sondervermögen ITF

Der Bund stellt im Rahmen des Konjunkturpakets II über das Sondervermögen "Investitions- und Tilgungsfonds" (ITF) in den Jahren 2009 bis 2011 insgesamt bis zu 20,4 Mrd. € für zusätzliche Maßnahmen zur Konjunkturbelebung bereit. Im Jahr 2011 dürfen die im ITF bis zum 31. Dezember 2010 begonnenen Maßnahmen noch ausfinanziert werden. Bis einschließlich Oktober 2011 sind 17,6 Mrd. € abgeflossen. Es wurden rund 8,5 Mrd. € für Zukunftsinvestitionen der Kommunen und Länder, rund 3,1 Mrd. € für Investitionen des Bundes und rund 4,8 Mrd. € als Umweltprämie ausgezahlt.

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

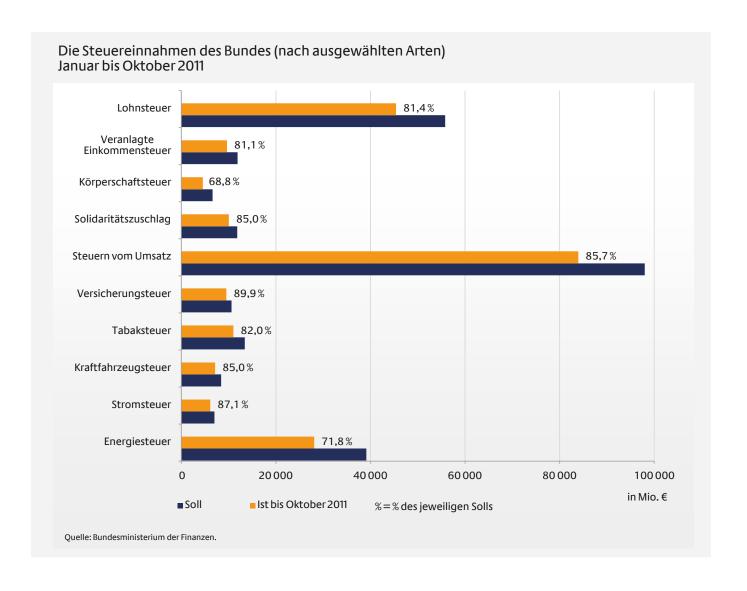


FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE

# Entwicklung der Einnahmen des Bundes

	lst		Sol	I	Ist - Entw	icklung	
	2010	)	201	11	Januar bis Oktober 2010	Januar bis Oktober 2011	Unterjährige Veränderung ggü. Vorjahr in %
	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mi	o.€	111 /0
I. Steuern	226 189	87,2	229 164	89,2	175 754	193 453	+10,
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	181 502	70,0	184 183	71,7	142 622	155 682	+9,
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschl. Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge)	84355	32,5	84791	33,0	63 355	70 714	+11,
davon:							
Lohnsteuer	54 759	21,1	55 781	21,7	41 569	45 400	+9,
veranlagte Einkommensteuer	13 252	5,1	11 921	4,6	9 650	9 666	+0,
nicht veranlagte Steuer vom Ertrag	6 491	2,5	6 895	2,7	5 705	8 032	+40,
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	3 832	1,5	3 569	1,4	3 274	3 057	-6,
Körperschaftsteuer	6 021	2,3	6 625	2,6	3 157	4 5 5 9	+44,
Steuern vom Umsatz	95 860	37,0	97 985	38,1	78 463	83 927	+7,
Gewerbesteuerumlage	1 287	0,5	1 407	0,5	803	1 041	+29,
Energiesteuer	39838	15,4	39 142	15,2	27 662	28 104	+1,
Tabaksteuer	13 492	5,2	13 440	5,2	10 595	11 015	+4,
Solidaritätszuschlag	11 713	4,5	11 850	4,6	9 1 6 9	10 070	+9,
Versicherungsteuer	10284	4,0	10 620	4,1	9 157	9 549	+4,
Stromsteuer	6 171	2,4	7 030	2,7	5 159	6 120	+18,
Kraftfahrzeugsteuer	8 488	3,3	8 445	3,3	7 196	7 175	-0,
Kernbrennstoffsteuer	-	-	2 300	0,9	-	705	
Branntweinabgaben	1 993	0,8	1 963	0,8	1 619	1 776	+9,
Kaffeesteuer	1 002	0,4	1 030	0,4	831	844	+1,
Luftverkehrsteuer	-	-	1 000	0,4	-	712	
Ergänzungszuweisungen an Länder	-12 880	-5,0	-12 159	-4,7	-9 731	-9 240	-5,
BNE-Eigenmittel der EU	-18 153	-7,0	-21 870	-8,5	-14886	-15 389	+3,
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	-1 836	-0,7	-2 300	-0,9	-1 532	-1 501	-2,
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	-6877	-2,7	-6 980	-2,7	-5 731	-5 817	+1,
Zuweisung an die Länder für Kfz-Steuer und Lkw- Maut	-8 992	-3,5	-8 992	-3,5	-6744	-6 744	+0,
II. Sonstige Einnahmen	33 105	12,8	27 860	10,8	24 288	20 583	-15,
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4359	1,7	5 565	2,2	4138	4 0 9 0	-1,
Zinseinnahmen	385	0,1	512	0,2	304	409	+34,
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	4 403	1,7	4 247	1,7	4070	3 962	-2,
Einnahmen zusammen	259 293	100,0	257 024	100,0	200 042	214 035	+7,

FINANZWIRTSCHAFTLICHE LAGE



Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2011

# Steuereinnahmen von Bund und Ländern im Oktober 2011

Die Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) sind im Oktober 2011 im Vorjahresvergleich um + 8,5 % und damit noch dynamischer gestiegen als im Vormonat (+7,3 %). Der Bund erzielte mit + 11,5 % einen stärkeren Zuwachs als die Länder (+6,8 %), unter anderem, weil die Bundessteuern um + 6,5 % zunahmen (Ländersteuern + 4,3 %) und die EU-Abführungen erneut unter dem Vorjahresniveau blieben. Zu dem positiven Gesamtergebnis trugen insbesondere die gemeinschaftlichen Steuern - wie bereits im Vormonat - mit Mehreinnahmen von + 9,4 % bei.

Das kumulierte Aufkommen von Januar bis Oktober 2011 überschritt das Niveau im Basiszeitraum insgesamt um +8,6% (Bund: +10,4%).

Die Kasseneinnahmen bei der Lohnsteuer übertrafen das Vorjahresniveau um + 9,6 %. Die aus dem Aufkommen der Lohnsteuer zu leistenden Kindergeldzahlungen gingen aufgrund der Abnahme der Zahl der Kindergeldkinder um - 1,0 % zurück. Das Volumen der Lohnsteuer vor Abzug des Kindergeldes stieg um + 7,0 % und dokumentiert die nach wie vor gute Verfassung des Arbeitsmarktes.

Das Aufkommen der veranlagten
Einkommensteuer brutto weist mit - 24,2 %
einen deutlichen Rückgang gegenüber dem
Vorjahresmonat aus. Die Erstattungen an
veranlagte Arbeitnehmer nach § 46 EStG
unterschritten das Vorjahresniveau um - 13,3 %.
Die Vorauszahlungen lagen leicht über
und die Nachzahlungen und Erstattungen
deutlich unter dem Vorjahresniveau.
Das Kassenaufkommen der veranlagten
Einkommensteuer lag mit insgesamt
- 0,5 Mrd. € in etwa auf Vorjahresniveau.

Die kassenmäßigen Einnahmen aus der Körperschaftsteuer haben sich im Berichtsmonat Oktober 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat von - 1,1 Mrd. € auf - 0,6 Mrd. € verbessert. Ursächlich sind insbesondere höhere Nachzahlungen, korrespondierend mit geringeren Erstattungen.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag brutto wurde das Vorjahresniveau mit - 14,8 % deutlich unterschritten. Der Rückgang der Erstattungen durch das Bundeszentralamt für Steuern um - 9,8 % verbesserte die Aufkommenslage nur geringfügig.

Letztendlich ging das Kassenaufkommen um - 16,5 % zurück. Zu berücksichtigen ist, dass die Einnahmen aus dieser Steuerart starken monatlichen Schwankungen unterworfen sind. Von Januar bis Oktober 2011 lag das Kassenaufkommen kumuliert um + 40,8 % über dem Vorjahreswert.

Die Einnahmen aus der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge sind um - 7,0 % gesunken.

Die Steuern vom Umsatz übertrafen im Berichtsmonat Oktober 2011 das Vorjahresniveau um + 5,4%. Die Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer stiegen erneut um + 7,2% kräftig an, auch das Niveau der (Binnen-)Umsatzsteuer lag mit + 4,7% deutlich über dem Basiswert, insbesondere wenn man bedenkt, dass ein Anstieg bei der Einfuhrumsatzsteuer die Vorsteuerabzüge im Inland erhöht.

Die reinen Bundessteuern meldeten im Oktober 2011 einen Zuwachs um + 6,5 %, getragen insbesondere von der Energiesteuer (+ 4,0 %), der Tabaksteuer (+ 17,2 %), der Stromsteuer (+ 15,8 %), der Versicherungsteuer (+ 5,2 %) und dem Solidaritätszuschlag

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM OKTOBER 2011

# Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im laufenden Jahr<sup>1</sup>

2011	Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis Oktober	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2011 <sup>4</sup>	Veränderung ggü. Vorjahi
	in Mio €	in%	in Mio €	in%	in Mio €	in%
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer <sup>2</sup>	10 628	+9,6	110 840	+9,9	140 200	+9,6
veranlagte Einkommensteuer	- 489	X	22 743	+0,2	31 400	+0,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	359	-16,5	16 064	+40,8	17 860	+37,6
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehem. Zinsabschlag)	452	-7,0	6 948	-6,6	8 130	-6,6
Körperschaftsteuer	-610	Х	9118	+44,4	14820	+23,1
Steuern vom Umsatz	16 015	+5,4	156 657	+6,3	190 300	+5,7
Gewerbesteuerumlage	685	+33,6	2716	+26,1	3 568	+14,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	677	+28,0	2 439	+22,7	3 141	+11,5
gemeinschaftliche Steuern insgesamt	27 716	+9,4	327 522	+9,1	409 419	+8,1
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 587	+4,0	28 104	+1,6	40 250	+1,0
Tabaksteuer	1 405	+17,2	11 015	+4,0	13 830	+2,5
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	178	+8,4	1 775	+9,8	2 150	+8,0
Versicherungsteuer	517	+5,2	9 5 4 9	+4,3	10 700	+4,0
Stromsteuer	612	+15,8	6 1 2 0	+18,6	7 150	+15,9
Kraftfahrzeugsteuer	605	+0,3	7 175	-0,3	8 450	-0,4
Luftverkehrsteuer	90	X	712	Х	920	Х
Kernbrennstoffsteuer	- 171	X	705	Х	920	Х
Solidaritätszuschlag	669	+11,7	10 070	+9,8	12 650	+8,0
übrige Bundessteuern	120	+2,9	1 236	+3,0	1 490	+2,8
Bundessteuern insgesamt	7 613	+6,5	76 462	+6,6	98 510	+5,4
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	281	-16,6	3 620	+1,0	4220	-4,2
Grunderwerbsteuer	536	+16,2	5 136	+18,7	6300	+19,1
Rennwett- und Lotteriesteuer	115	+8,3	1 192	+2,8	1 438	+1,8
Biersteuer	60	+4,6	595	-1,6	696	-2,3
Sonstige Ländersteuern	17	+180,0	311	+19,3	355	+8,6
Ländersteuern insgesamt	1 009	+4,3	10 853	+9,2	13 009	+7,1
EU-Eigenmittel						
Zölle	424	+1,4	3 804	+5,1	4 440	+1,4
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	151	-1,3	1 501	-2,0	1 890	+2,9
BSP-Eigenmittel	1 539	-1,4	15 389	+3,4	18 260	+0,6
EU-Eigenmittel insgesamt	2 114	-0,8	20 694	+3,3	24 590	+0,9
Bund <sup>3</sup>	16 928	+11,5	193 562	+10,4	246 654	+9,2
Länder <sup>3</sup>	15 826	+6,8	180 387	+7,5	223 620	+6,5
EU	2 114	-0,8	20 694	+3,3	24 590	+0,9
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 895	+8,4	23 998	+7,3	30 514	+7,1
Steueraufkommen insgesamt (ohne	36 763	+8,5	418 641	+8,6	525 378	+7,5

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

 $<sup>^2\,</sup> Nach\, Abzug\, der\, Kindergelderstattung\, durch\, das\, Bundeszentralamt\, für\, Steuern.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle "Einnahmen des Bundes" ist methodisch bedingt (vergleiche Fn. 1).

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Ergebnis}\,\mathrm{AK}$  "Steuerschätzungen" vom November 2011.

STEUEREINNAHMEN VON BUND UND LÄNDERN IM OKTOBER 2011

(+11,7%). Bei der Energiesteuer lagen alle drei Komponenten im Plus (Energiesteuer auf Heizöl + 3,4%, auf Erdgas + 2,3% und aus der Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs + 4,2%). Im Oktober 2011 wurde aufgrund von zwei Finanzgerichtsbeschlüssen Kernbrennstoffsteuer in Höhe von insgesamt rund 171 Mio. € im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes an die jeweiligen Steuerschuldner zurückerstattet. Das Aufkommen Januar bis Oktober 2011 liegt damit kumuliert bei + 705 Mio. €. Das Aufkommen der Luftverkehrsteuer (90 Mio. €; kumuliert 712 Mio. €) bleibt auch im Oktober

auf hohem Niveau. Insgesamt konnten die Bundessteuern im bisherigen Jahresverlauf Mehreinnahmen in Höhe von + 6,6 % verbuchen.

Die reinen Ländersteuern erzielten im Berichtsmonat Mehreinnahmen von + 4,3 %. Während die Grunderwerbsteuer (+ 16,2 %), die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 8,3 %) und die Biersteuer (+ 4,6 %) Zuwächse meldeten, ging das Aufkommen der Erbschaftsteuer (- 16,6 %) zurück. Im Zeitraum Januar bis Oktober wurde bei den Ländersteuern das Niveau des Vorjahres insgesamt um + 9,2 % übertroffen.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

## Europäische Finanzmärkte

Die Rendite europäischer Staatsanleihen betrug im Oktober durchschnittlich 4,30 % (4,03 % im September).

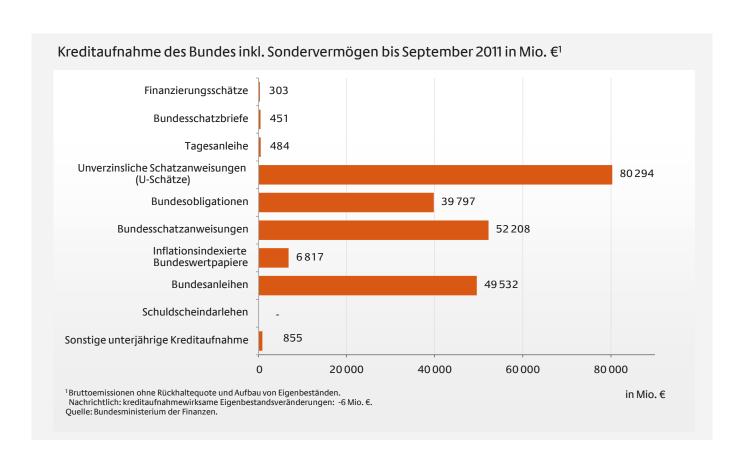
Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe betrug Ende Oktober 2,12 % (1,93 % Ende September).

Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am Euribor – beliefen sich Ende Oktober auf 1,59 % (1,55 % Ende September).

Die Europäische Zentralbank hat in der EZB-Ratssitzung am 3. November 2011 beschlossen, mit Wirkung vom 9. November den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte um 25 Basispunkte auf 1,25 %, den Zinssatz für die Spitzenrefinanzierungsfazilität um 25 Basispunkte auf 2,00 % und die Einlagefazilität um 25 Basispunkte auf 0,50 % zu senken.

Der deutsche Aktienindex betrug 6 141 Punkte am 31. Oktober (5 502 Punkte am 30. September).

Der Euro Stoxx 50 stieg von 2180 Punkten am 30. September auf 2385 Punkte am 31 Oktober.



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

## Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 lag im September 2011 bei 3,1% nach 2,7% im August und 2,1% im Juli. Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresänderungsraten von M3 für den Zeitraum von Juli bis September 2011 erhöhte sich auf 2,6% nach 2,3% im Dreimonatszeitraum von Juni bis August 2011 (der Referenzwert für das jährliche M3-Wachstum beträgt derzeit 4,5%).

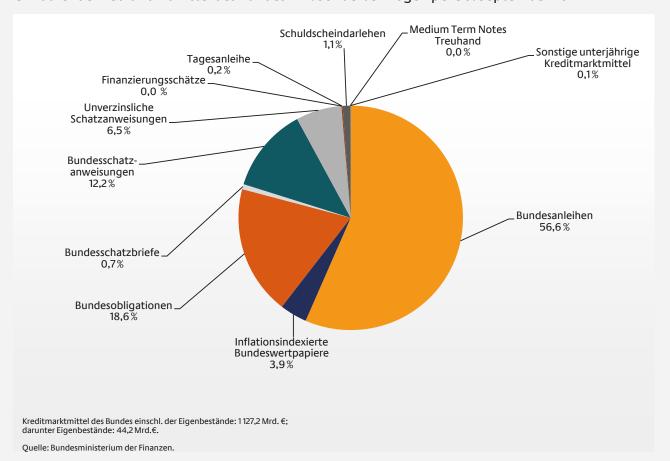
Die jährliche Änderungsrate der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum betrug im September 1,6 % nach 1,8 % im Vormonat. In Deutschland betrug die Änderungsrate der Kreditgewährung an Unternehmen und Privatpersonen 1,51% im September gegenüber 0,36% im August.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes inklusive Sondervermögen

Der Bruttokreditbedarf von Bund und Sondervermögen betrug bis einschließlich September 2011 insgesamt 230,81 Mrd. €. Davon wurden 222,45 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt.

Darüber hinaus wurde die 1,75 %ige Inflationsindexierte Bundesanleihe

## Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes inkl. Sondervermögen per 30. September 2011



FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
	in Mrd. €												
Anleihen	23,3	-	-	-	-	-	24,0	-	-				47,3
Bundesobligationen	-	-	-	19,0	-	-	-	-	-				19,0
Bundesschatzanweisungen	-	-	15,0	-	-	15,0	-	-	16,0				46,0
U-Schätze des Bundes	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	11,0	9,0	9,2	9,0				92,8
Bundesschatzbriefe	0,2	0,2	0,0	0,1	0,1	0,0	0,1	0,1	0,1				0,8
Finanzierungsschätze	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0				0,4
Tagesanleihe	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,1	0,0				0,5
MTN der Treuhandanstalt	-	-	-	-	-	-	-	-	-				-
Schuldscheindarlehen	0,0	0,0	0,1	-	-	-	0,1	-	0,0				0,2
Sonst. unterjährige Kreditaufnahme	-	-	0,8	-	-	0,3	-	0,5	0,0				1,7
Sonstige Schulden gesamt	-0,0	0,0	-0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0				-0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	34,5	11,3	27,0	30,1	11,1	26,4	33,2	9,9	25,2				208,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

# Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen 2011 (in Mrd. €)

Kreditart	Jan	Feb	Mrz	Apr	Mai	Jun	Jul	Aug	Sept	Okt	Nov	Dez	Summe insges.
							in Mrd. 🕈	€					
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,5	0,6	0,5	3,6	0,1	0,7	13,4	0,1	0,9				33,4

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

(ISIN DE 0001030526) am 12. Januar 2011 um 1,0 Mrd. € und am 9. März 2011 um 2,0 Mrd. € im Tenderverfahren aufgestockt. Am 13. April 2011 wurde die 0,75 %ige inflationsindexierte Bundesobligation (ISIN DE 0001030534) mit einem Volumen von 3,0 Mrd. € erstmals emittiert. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 6,18 Mio. €).

Die konkreten Kapital- und Geldmarktemissionen für die Finanzierung von Bund und Sondervermögen sind in der Übersicht über die "Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011" dargestellt. Bis einschließlich September 2011 betrugen die Tilgungen für Bund und Sondervermögen 208,64 Mrd. € und die Zinszahlungen 33,41 Mrd. €.

Die aufgenommenen Mittel wurden zur Finanzierung des Bundeshaushalts in Höhe von 225,91 Mrd. €, des Investitions- und Tilgungsfonds in Höhe von 7,72 Mrd. € und des Restrukturierungsfonds in Höhe von 0,01 Mrd. € eingesetzt. Zusätzlich führte der Finanzmarktstabilisierungsfonds seine Tilgungen in Höhe von 2,84 Mrd. € an den Bundeshaushalt und die Sondervermögen ab.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011 Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll	Volumen <sup>1</sup> Ist
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137347 WKN 113734	Aufstockung	6. Juli 2011	2 Jahre / fällig 14. Juni 2013 Zinslaufbeginn 13. Mai 2011 erster Zinstermin 14. Juni 2012	5 Mrd. €	4 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135440 WKN 113544	Aufstockung	13. Juli 2011	10 Jahre / fällig 4. Juli 2021 Zinslaufbeginn 29. April 2011 erster Zinstermin 4. Juli 2012	4 Mrd. €	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135432 WKN 113543	Aufstockung	20. Juli 2011	30 Jahre / fällig 4. Juli 2042 Zinslaufbeginn 4. Juli 2010 erster Zinstermin 4. Juli 2011	2 Mrd. €	2 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137354 WKN113735	Neuemission	17. August 2011	2 Jahre / fällig 13. September 2013 Zinslaufbeginn 19. August 2011 erster Zinstermin 13. September 2012	7 Mrd. €	7Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135457 WKN 113545	Neuemission	24. August 2011	10 Jahre / fällig 4. September 2021 Zinslaufbeginn 26. August 2011 erster Zinstermin 4. September 2012	6 Mrd. €	6 Mrd.€
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137354 WKN 113735	Aufstockung	14. September 2011	2 Jahre / fällig 13. September 2013 Zinslaufbeginn 19. August 2011 erster Zinstermin 13. September 2012	6 Mrd. €	5 Mrd.€
Bundesanleihe ISIN DE0001135457 WKN113545	Aufstockung	21. September 2011	10 Jahre / fällig 4. September 2021 Zinslaufbeginn 26. August 2011 erster Zinstermin 4. September 2012	5 Mrd. €	5 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141612 WKN 114161	Neuemission	28. September 2011	5 Jahre / fällig 14. Oktober 2016 Zinslaufbeginn 30. September 2011 erster Zinstermin 14. Oktober 2012	6 Mrd.€	6 Mrd.€
			3. Quartal 2011 insgesamt	41 Mrd. €	39 Mrd. €

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Volumen einschließlich Marktpflegequote.

FINANZMÄRKTE UND KREDITAUFNAHME DES BUNDES

# Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011 Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll	Volumen <sup>1</sup> Ist
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115897 WKN 111589	Neuemission	11. Juli 2011	6 Monate fällig 11. Januar 2012	5 Mrd.€	4 Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115905 WKN 111590	Neuemission	25. Juli 2011	12 Monate fällig 25. Juli 2012		3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115913 WKN 111591	Neuemission	8. August 2011	6 Monate fällig 15. Februar 2012	5 Mrd.€	4 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115921 WKN 111592	Neuemission	29. August 2011	12 Monate fällig 29. August 2012		3 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115939 WKN 111593	Neuemission	12. September 2011	6 Monate fällig 14. März 2012	5 Mrd. €	Mrd.€
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115947 WKN 111594	Neuemission	26. September 2011	12 Monate fällig 26. September 2012	3 Mrd.€	3 Mrd. €
			3. Quartal 2011 insgesamt	24 Mrd. €	21 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

# Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2011 Sonstiges

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen <sup>1</sup> Soll	Volumen <sup>1</sup> Ist
Inflations indexierte Bundeswert papiere				2 -3 Mrd. €	2-3 Mrd. €
			3. Quartal 2011 insgesamt	2 - 3 Mrd. €	2 - 3 Mrd. €

 $<sup>^1</sup> Volumen\,einschließlich\,Marktpflege quote.$ 

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

# Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Die deutsche Wirtschaft ist in den Sommermonaten dieses Jahres spürbar gewachsen.
- Das aktuelle Indikatorenbild deutet allerdings auf eine merklich ruhigere konjunkturelle Gangart zum Jahresende hin.
- Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich insgesamt auch im Herbst fortgesetzt.
- Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus fiel im Oktober wieder etwas niedriger aus als noch im Vormonat.

Die deutsche Wirtschaft ist in den Sommermonaten dieses Jahres spürbar gewachsen. Laut Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes stieg das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in preis-, saisonund kalenderbereinigter Betrachtung im 3. Quartal um 0,5% gegenüber dem Vorquartal an. Die Wachstumsbeschleunigung wurde nach Angaben des Statistischen Bundesamtes wohl ausschließlich von der Binnennachfrage getragen. So dürfte der private Konsum voraussichtlich deutlich zum BIP-Anstieg beigetragen haben, nachdem er im 2. Vierteljahr eher zur Schwäche neigte. Auch die Ausrüstungsinvestitionen expandierten deutlich. Dagegen nahmen die Bauinvestitionen leicht ab; dies ist jedoch auch teilweise wohl als Gegenreaktion auf die sehr starke Aktivität im 1. Quartal zu bewerten. Nach Einschätzungen des Statistischen Bundesamtes war der Außenhandel weiterhin expansiv: Da die Exporte und Importe von Waren und Dienstleistungen aber in etwa gleich stark anstiegen, trugen die Nettoexporte (preis, saison- und kalenderbereinigt) rein rechnerisch kaum zum Wirtschaftswachstum im 3. Quartal 2011 bei. Das Statistische Bundesamt hat zugleich seine vorläufigen Ergebnisse für die vorangegangenen Quartale überprüft. Die Neuberechnung ergibt, dass der kalender-, saison- und preisbereinigte BIP-Anstieg im  $2.\,Vierteljahr\,mit\,0,\!3\,\%\,nun\,etwas\,h\"{o}her\,liegt,$ als er noch im September veröffentlicht wurde (+0,1%). Die Detailergebnisse zur Entwicklung in

den einzelnen Wirtschaftsbereichen werden am 24. November 2011 veröffentlicht.

Das aktuelle Indikatorenbild deutet darauf hin, dass die deutsche Wirtschaft zum Jahresende wahrscheinlich eine merklich ruhigere Gangart einlegen wird. So ist die Mehrzahl der Stimmungsindikatoren seit einigen Monaten deutlich abwärtsgerichtet. Zwar erweist sich das Verbrauchervertrauen vor dem Hintergrund einer weiterhin günstigen Entwicklung am deutschen Arbeitsmarkt als erfreulich robust. Dagegen beurteilen die Unternehmen angesichts einer nachlassenden weltwirtschaftlichen Dynamik sowie der anhaltenden Wachstumsschwäche im Euroraum inzwischen vor allem die Perspektiven für ihr Exportgeschäft deutlich weniger optimistisch als noch zur Jahresmitte. Vor dem Hintergrund einer Eintrübung des Indikatorenbildes geht die Bundesregierung in ihrer Herbstprojektion nur von einer moderaten gesamtwirtschaftlichen Aktivität im bevorstehenden Winterhalbjahr aus. Die deutsche Wirtschaft dürfte im Verlauf des kommenden Jahres jedoch wieder an Schwung gewinnen. Diese Einschätzung wird auch von den Wirtschaftsforschungsinstituten in ihrer jüngsten Gemeinschaftsdiagnose sowie auch vom Sachverständigenrat vertreten. Aufgrund des verhaltenen Einstiegs der deutschen Wirtschaft in das Jahr 2012 wird der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in jahresdurchschnittlicher Betrachtung mit

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

real 1,0 % jedoch spürbar niedriger ausfallen als noch in diesem Jahr (+2,9%).

Nach dem bereits kräftigen Anstieg im August haben die Warenausfuhren zum Ende des 3. Quartals ihren Aufwärtstrend fortgesetzt. So stiegen die nominalen Warenexporte im September gegenüber dem Vormonat leicht an. Damit war im 3. Quartal insgesamt ein deutlicher Exportanstieg zu verzeichnen. Kumuliert über den Zeitraum Januar bis September 2011 lag das nominale Ausfuhrergebnis deutlich über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Dabei war der Anstieg der Warenexporte in den Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+15,4%) leicht höher als jener der Ausfuhren in Drittländer (+14,8%) und in den Euroraum (+11,4%).

Nachdem in den Sommermonaten somit noch spürbar positive Impulse von der Exporttätigkeit ausgegangen sind, hat sich das Exportgeschäft im weiteren Jahresverlauf bisher eher moderat entwickelt. Zwar hat sich der Welthandelsindikator des niederländischen Centraal Planbureau (CPB-Institut) am aktuellen Rand leicht verbessert. Und auch die Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe waren mit Blick auf ihre Exportgeschäfte laut der jüngsten ifo-Umfrage zuletzt wieder etwas optimistischer, jedoch deutlich weniger zuversichtlich als noch zur Jahresmitte. Zudem hat das weltwirtschaftliche Expansionstempo im Vergleich zu Jahresbeginn spürbar nachgelassen. Auch die zuletzt wieder schwächere Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieprodukten, die allerdings sehr volatil ist und durch starke Schwankungen bei Großaufträgen geprägt ist, dürfte sich im weiteren Verlauf in den Außenhandelszahlen niederschlagen.

Die nominalen Warenimporte waren im September zwar leicht rückläufig. Insgesamt wurden die nominalen Wareneinfuhren im 3. Quartal jedoch gegenüber dem Vorquartal deutlich ausgeweitet. Auch im Vorjahresvergleich überschritten die Einfuhren in den Monaten Januar bis September des Jahres 2011 das entsprechende Vorjahresniveau. Dabei fiel die Steigerung der Importe aus dem Nicht-Euroraum der Europäischen Union (+17,9%) etwas höher aus als jene der Einfuhren aus den anderen Regionen (Euroraum: +15,2%, Drittländer: +14,2%). Die gestiegene Nachfrage nach Importgütern aus Drittländern zeigt sich auch in dem deutlich gestiegenen Aufkommen der Einfuhrumsatzsteuer. So stiegen die Einnahmen der Einfuhrumsatzsteuer von Januar bis Oktober dieses Jahres um 19,7% gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum an.

Nach dem kräftigen Produktionsanstieg zum Beginn des 3. Quartals hat sich die industrielle Aktivität am aktuellen Rand nun spürbar abgeschwächt. So sank die Industrieproduktion im September gegenüber dem Vormonat mit einem Rückgang um (saisonbereinigt) 3% sehr deutlich. Dabei wurde sowohl die Produktion im Investitionsgüter- als auch im Vorleistungsgüterbereich gegenüber August spürbar eingeschränkt. Insgesamt konnte die Industrieproduktion im Vorquartalsvergleich jedoch noch spürbar gesteigert werden. Somit dürfte die gesamtwirtschaftliche Aktivität im Sommer dieses Jahres noch maßgeblich von der industriellen Erzeugung getragen worden sein.

Auch der Umsatz in der Industrie ging im September deutlich zurück. Dabei fiel das Minus der Auslandsumsätze etwas stärker aus als das der Inlandsumsätze. Im Vergleich zum Vorquartal konnte der industrielle Umsatz dennoch spürbar ausgeweitet werden.

Der Auftragseingang im Verarbeitenden Gewerbe war im September gegenüber dem Vormonat nunmehr den dritten Monat in Folge rückläufig. Dies war sowohl auf einen Rückgang des inländischen als auch des ausländischen Bestellvolumens zurückzuführen. Insbesondere das Auftragsminus aus dem Euroraum war im September wesentlich stärker als aus dem Nicht-Euroraum. Zudem fiel das Gesamtvolumen an Großaufträgen im September unterdurchschnittlich aus. Im Vorquartalsvergleich ergibt sich für den industriellen Auftragseingang inzwischen ein deutliches Minus.

 $Konjunkturent wicklung \ aus\ finanzpolitischer\ Sicht$ 

# Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in % gegenüber					
Gesamtwirtschaft / Einkommen	Mrd. €		Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr					
	bzw. Index	ggü. Vorj. in%	1.Q.11	2.Q.11	3.Q.11	1.Q.11	2.Q.11	3.Q.11
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	106,5	+3,7	+1,3	+0,3	+0,5	+5,0	+3,0	+2,5
jeweilige Preise	2 477	+4,3	+1,4	+0,7	+0,8	+5,3	+3,9	+3,5
Einkommen <sup>1</sup>								
Volkseinkommen	1 898	+5,1	+1,5	-0,4		+4,8	+3,4	
Arbeitnehmerentgelte	1 263	+2,5	+1,7	+1,5		+4,3	+5,1	
Unternehmens- und								
Vermögenseinkommen	635	+10,5	+1,2	-4,3		+5,6	-0,3	
Verfügbare Einkommen								
der privaten Haushalte	1 576	+2,9	+0,7	+0,6		+3,4	+3,4	
Bruttolöhne ugehälter	1.027	+2,7	+1,9	+1,7		+4,7	+5,5	
Sparen der privaten Haushalte	181	+4,5	+0,5	+0,6		-0,4	+0,9	
		2010	Veränderung in % gegenüber					
Außenhandel / Umsätze / Produktion / Auftragseingänge	Mrd 6	ggü.Vorj. in%	Vorperiode saisonbereinigt Vorjahr <sup>2</sup>					.2
	Mrd. € bzw. Index		Aug 11	Sep 11	Dreimonats- durchschnitt	Aug 11	Sep 11	Dreimonats- durchschnitt
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	82	-4,0	-0,5		-5,7	+8,2		+2,4
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	952	+18,5	+3,2	+0,9	+2,2	+14,6	+10,5	+10,1
Waren-Importe	797	+19,9	-0,1	-0,8	+1,1	+13,2	+11,6	+11,6
in konstanten Preisen von 2005								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2005 = 100)	103,9	+10,2	-0,4	-2,7	+1,7	+8,4	+5,4	+8,0
Industrie <sup>3</sup>	104,6	+11,6	-0,4	-3,0	+2,0	+9,8	+6,4	+9,4
Bauhauptgewerbe	108,4	+0,2	-1,7	-0,8	-0,1	+4,8	+4,0	+4,9
Umsätze im Produzierenden Gewerbe								
Industrie (Index 2005 = 100) <sup>3</sup>	102,7	+10,6	-0,4	-2,5	+2,4	+8,8	+6,9	+8,8
Inland	99,0	+6,3	-1,8	-1,6	+2,0	+8,5	+7,4	+8,9
Ausland	107,2	+15,7	+1,4	-3,7	+2,9	+9,1	+6,2	+8,7
Auftragseingang (Index 2005 = 100)								
Industrie <sup>3</sup>	105,8	+21,2	-1,4	-4,3	-3,6	+4,0	+2,4	+5,1
Inland	102,7	+16,0	-3,2	-3,0	-3,3	+6,5	+3,5	+6,5
Ausland	108,4	+25,9	+0,3	-5,4	-3,8	+2,0	+1,4	+3,9
Bauhauptgewerbe	95,6	-6,9	-6,8		-3,2	+2,1		+4,6
Umsätze im Handel (Index 2005=100)								
Einzelhandel (ohne Kfz und mit Tankstellen)	97,3	+1,4	-0,7	+0,3	+0,9	+3,3	+0,6	+0,6
Handel mit Kfz	89,0	-4,8	-0,1	-0,9	+0,8	+6,2	+1,3	+2,7

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

## Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

	2010		Veränderung in Tsd. gegenüber					
Arbeitsmarkt	Personen	ggü. Vorj. in %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
	Mio.		Aug 11	Sep 11	Okt 11	Aug 11	Sep 11	Okt 11
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,24	-5,2	-7	-22	+10	-238	-231	-204
Erwerbstätige, Inland	40,55	+0,5	+21	+18		+489	+485	
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	27,71	+1,2	+50			+671		
	2010		Veränderung in % gegenüber					
Preisindizes 2005 = 100		ggü Vori in∜	Vorperiode		Vorjahr			
	Index	ggü. Vorj. in %	Aug 11	Sep 11	Okt 11	Aug 11	Sep 11	Okt 11
Importpreise	108,3	+7,8	-0,7	+0,6		+6,6	+6,9	
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	109,7	+1,6	-0,3	+0,3		+5,5	+5,5	
Verbraucherpreise	108,2	+1,1	+0,0	+0,1	+0,0	+2,4	+2,6	+2,5
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
gewerbliche Wirtschaft	Mrz 11	Apr 11	Mai 11	Jun 11	Jul 11	Aug 11	Sep 11	Okt 11
Klima	+21,9	+20,3	+20,3	+20,8	+17,8	+9,8	+7,4	+5,4
Geschäftslage	+29,6	+29,5	+30,3	+33,8	+30,2	+24,0	+23,7	+21,4
Geschäftserwartungen	+14,4	+11,4	+10,7	+8,5	+6,0	-3,6	-7,6	-9,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Rechenstand August 2011.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Der Rückgang der industriellen Fertigung steht qualitativ im Einklang mit dem Abwärtstrend der Stimmungsindikatoren. So lag der Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe zuletzt das erste Mal seit zwei Jahren wieder unterhalb der Expansionsschwelle und deutet somit am aktuellen Rand auf einen leichten Produktionsrückgang hin. Auch der achte Rückgang des ifo-Geschäftsklimaindex für das Verarbeitende Gewerbe signalisiert eine Abschwächung der industriellen Dynamik im Schlussquartal. Der laut ifo-, Markit- und DIHK-Umfrage geplante Personalaufbau in der Industrie zeigt jedoch, dass die Unternehmen nur mit einer vorübergehenden Nachfrageschwäche zu rechnen scheinen.

Auch die Produktion im Bauhauptgewerbe hat sich im September gegenüber dem Vormonat abgeschwächt. Im Vorquartalsvergleich ist die Bauproduktion nahezu seitwärtsgerichtet. Der Abwärtstrend des ifo-Geschäftsklimaindex für das Bauhauptgewerbe sowie der jüngste Rückgang der Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe deuten darauf hin, dass von der Bauwirtschaft vorerst keine spürbaren Wachstumsimpulse zu erwarten sein dürften.

Der Anstieg der Privaten Konsumausgaben im 3. Quartal zeigt, dass sich die Konsumkonjunktur in Deutschland wieder gefestigt hat. Darauf deuten auch das im Vorquartalsvergleich zu verzeichnende Umsatzplus im Einzelhandel (mit und ohne Kfz) sowie die am aktuellen Rand sich aufhellende Verbraucherstimmung hin. Zwar war die Geschäftslage im Einzelhandel im Oktober laut ifo-Umfrage etwas weniger positiv als noch im September. Die Einzelhändler beurteilten ihre Geschäftserwartungen zuletzt jedoch etwas weniger pessimistisch als noch in den vergangenen zwei Monaten. Zudem weist der prognostizierte Anstieg des GfK-

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Produktion arbeitstäglich, Umsatz, Auftragseingang Industrie kalenderbereinigt, Auftragseingang Bau saisonbereingt.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup>Ohne Energie.

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

Konsumklimas für November darauf hin, dass die Kaufbereitschaft der privaten Haushalte zum Jahresende wieder steigen dürfte. Dieses spiegelt sich vor allem in dem jüngsten Anstieg der Einkommenserwartungen und der Anschaffungsneigung wider, der auch auf die weiterhin günstige Lage auf dem Arbeitsmarkt zurückzuführen sein dürfte.

So betrug die Zahl der registrierten Arbeitslosen nach Ursprungszahlen im Oktober 2,74 Millionen Personen und unterschritt den Vorjahresstand um 204 000 Personen. Die entsprechende Arbeitslosenquote verringerte sich somit um 0,5 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr und lag bei 6,5 %. Die saisonbereinigte Arbeitslosenzahl stieg zwar am aktuellen Rand erstmals seit Februar 2010 leicht an. Dies dürfte laut Einschätzung der Bundesagentur für Arbeit (BA) jedoch auch teilweise darauf zurückzuführen sein, dass sich die saisonale Herbstbelebung in diesem Jahr vor allem auf den September konzentriert hat.

Die saisonbereinigte Zahl der Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept stieg im September um 18 000 Personen gegenüber dem Vormonat an (August: +21 000 Personen). Die Erwerbstätigenzahl nach Ursprungswerten erreichte ein Niveau von 41,4 Millionen Personen und überschritt den Vorjahresstand somit um 485 000 Personen. Der Beschäftigungsaufbau spiegelt sich auch in einem spürbaren Anstieg der Einnahmen aus der Lohnsteuer wider. So erhöhten sich im Oktober die Einnahmen aus der Lohnsteuer vor Abzug des aus dem Lohnsteueraufkommen zu leistenden Kindergeldes um 7,0 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum.

Nach Hochrechnung der BA stieg die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im August in saisonbereinigter Betrachtung gegenüber dem Vormonat weiter spürbar an (+50 000 Personen). Im Vorjahresvergleich (nach Ursprungswerten) gab es einen Zuwachs von 671 000 Personen. Nach Wirtschaftszweigen betrachtet, verzeichnete das Verarbeitende Gewerbe den größten Zuwachs an sozialversicherungspflichtig

Beschäftigten gegenüber dem Vorjahr. Einen Beschäftigungsrückgang gab es dagegen insbesondere bei sonstigen Dienstleistungen sowie im Bereich Erziehung und Unterricht. Im August 2011 wurde insgesamt an 56 000 Personen konjunkturell bedingtes Kurzarbeitergeld gezahlt. Dies waren 15 000 Personen weniger als noch im Juli und 163 000 Personen weniger als im Vorjahr.

Die positive Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt hat sich somit im 3. Quartal fortgesetzt.

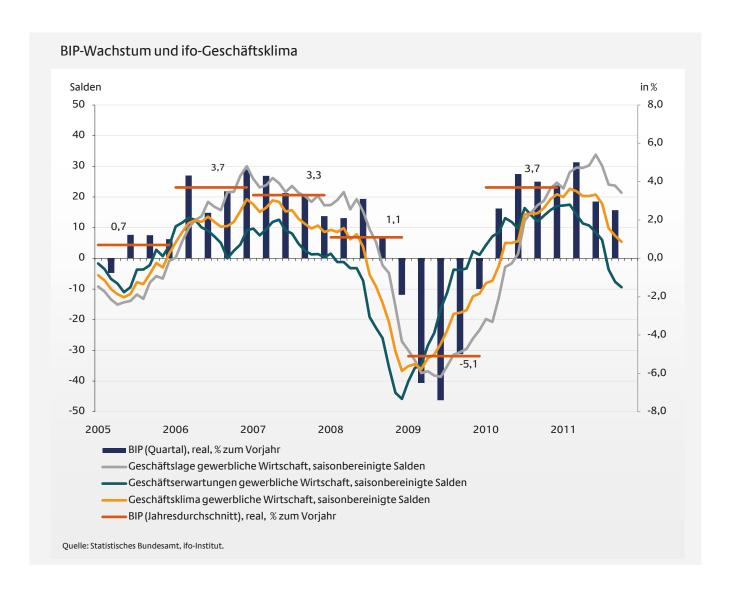
Allerdings hat sich die Dynamik am aktuellen Rand etwas abgeschwächt. Das hohe Niveau des Indikators für die Arbeitskräftenachfrage (BA-X) sowie die jüngsten Umfragedaten (ifo-, DIHK-, Markit-Umfrage) deuten zwar weiterhin auf eine anhaltende Beschäftigungsexpansion in mehreren Wirtschaftsbereichen hin; das Tempo dürfte sich jedoch merklich verringern. Damit dürfte vor dem Hintergrund einer nachlassenden konjunkturellen Dynamik zum Jahresende mit abnehmenden Impulsen für den Arbeitsmarkt zu rechnen sein.

Insgesamt ist der Aufschwung viel beschäftigungsintensiver als in früheren Phasen einer gesamtwirtschaftlichen Expansion. Dazu hat vor allem die größere Arbeitsmarktflexibilität beigetragen.

Die jährliche Teuerungsrate auf der Verbraucherstufe fiel im Oktober mit +2,5% wieder etwas niedriger aus als noch im Vormonat. Dennoch liegt sie bereits seit Februar dieses Jahres oberhalb der Zweiprozentmarke. Der Preisniveauanstieg gegenüber dem Vorjahr war im Oktober hauptsächlich auf deutliche Preiserhöhungen bei Haushaltsenergie (Heizöl, Gas) und Kraftstoffen zurückzuführen. Ohne die Berücksichtigung der Preisniveauentwicklung von Energieprodukten hätte die Inflationsrate im Oktober bei nur 1,4% gelegen. Dies macht deutlich, dass die durch binnenwirtschaftliche Einflussfaktoren determinierte Preisniveauentwicklung in ruhigen Bahnen verläuft.

Auch auf den vorgelagerten Produktionsstufen ist der Preisauftrieb im Vorjahresvergleich

KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT



KONJUNKTURENTWICKLUNG AUS FINANZPOLITISCHER SICHT

weiterhin ausgeprägt. So lag der Index der Erzeugerpreise im September 2011 um 5,5 % über dem Vorjahresniveau. Dabei waren die Preise für Energie um 11,1% höher als vor einem Jahr. Auch die Preise für Mineralölerzeugnisse (+18,3 %), Erdgas (+15,1%) sowie leichtes Heizöl (+24,8 %) stiegen binnen Jahresfrist deutlich an. Die Erzeugerpreise für Strom lagen ebenfalls spürbar über dem Vorjahresniveau. Ohne die Berücksichtigung von Energie erhöhte sich das Erzeugerpreisniveau um 3,1% gegenüber dem Vorjahresmonat.

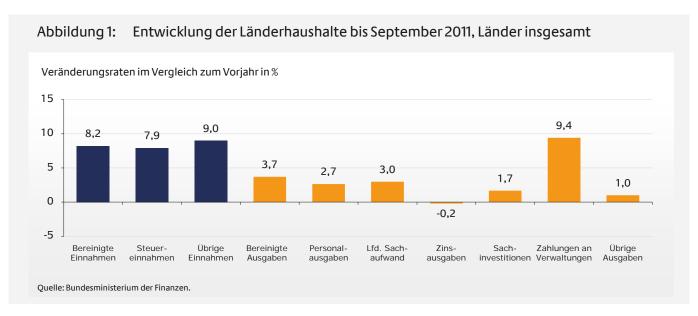
Zugleich stieg der Index der Einfuhrpreise gegenüber September 2010 um 6,9% an. Das Vormonatsniveau wurde somit um 0,6% überschritten. Dabei war importierte Energie wesentlich teurer als vor einem Jahr (z. B. Rohöl: +35,1%). Im Zuge einer Abschwächung des weltwirtschaftlichen Expansionstempos dürfte der Preisdruck entlang der Produktionskette im weiteren Verlauf jedoch nachlassen. Darauf deutet auch die Umfrage unter Einkaufsmanagern im Verarbeitenden Gewerbe hin, die zuletzt bereits einen abnehmenden Kostendruck in den Unternehmen signalisierte.

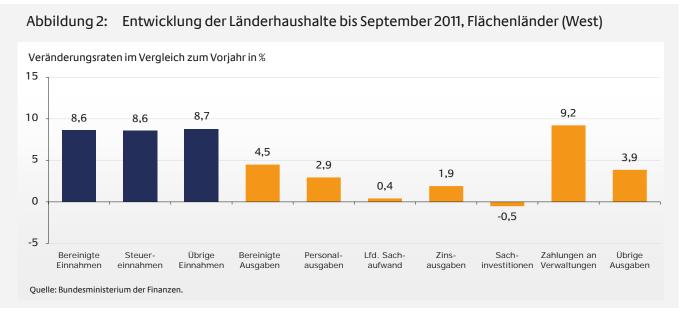
Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2011

# Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2011

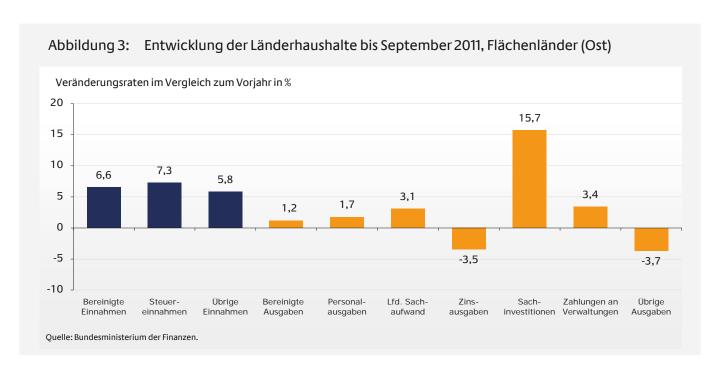
Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder bis einschließlich September 2011 vor.

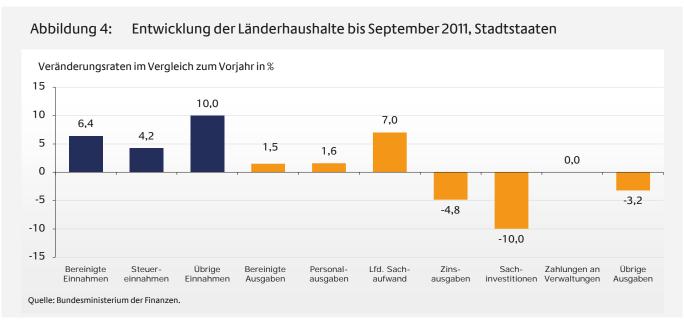
Die positive Entwicklung der Länderhaushalte setzt sich auch bis Ende September 2011 weiter fort. Die Einnahmen der Länder insgesamt erhöhten sich im Berichtszeitraum um 8,2 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert, während die Ausgaben um 3,7% anstiegen. Die Steuereinnahmen liegen um 7,9% höher als im Vorjahreszeitraum. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit beträgt Ende September rund -7,9 Mrd. € und fällt damit rund 8,1 Mrd. € niedriger aus als der entsprechende Vorjahreswert. Zurzeit planen die Länder ein Gesamtdefizit von rund -23,7 Mrd. € für das Jahr 2011.





Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2011





EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

# Europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik

## Rückblick auf den ECOFIN-Rat am 8. November 2011 in Brüssel

## Finanztransaktionssteuer

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf Wunsch Deutschlands auf die Tagesordnung genommen. Die Europäische Kommission hat ihren am 28. September 2011 vorgelegten Richtlinienvorschlag zur Einführung einer Finanztransaktionssteuer erläutert. In der sich anschließenden intensiven Aussprache forderte Deutschland gemeinsam mit mehreren anderen Mitgliedstaaten eine zügige Einführung, um die Finanzindustrie an den Kosten der Finanzkrise zu beteiligen. Die EU müsse mit der Einführung vorangehen und eine Vorreiterrolle übernehmen. Einige andere Mitgliedstaaten sprachen sich dezidiert gegen ein Vorangehen der EU bei der Einführung einer Finanztransaktionssteuer aus, da es zu Ausweichreaktionen und zu negativen Auswirkungen für die Realwirtschaft kommen könne. Es wurde beschlossen, den Kommissionsvorschlag auf Arbeitsebene weiter zügig zu beraten.

## Nachbereitung des Europäischen Rats am 23. und 26. Oktober 2011

Der Europäische Rat hat beschlossen, die Quantität und Qualität der Kapitalpuffer bis zum 30. Juni 2012 zu stärken. Zudem soll die mittelfristige Refinanzierung durch Garantien für Bankanleihen sichergestellt werden. Zentrales Thema der Diskussion der ECOFIN-Minister war die Organisation möglicher staatlicher Garantien für die mittelfristige Liquiditätssicherung systemisch wichtiger Banken. Mehrere Mitgliedstaaten, einschließlich Deutschland, sprachen sich gegen eine Gemeinschaftshaftung aus. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble unterstrich, dass einzig der Einsatz nationaler Instrumente mit verbesserter Koordinierung und Überwachung durch die Kommission und die Europäische Bankenaufsicht (EBA) schnell

umsetzbar sei. Einige Mitgliedstaaten zogen jedoch eine begrenzte Gemeinschaftshaftung vor.

Wirtschaftspolitische Steuerung – Überwachung der makroökonomischen Ungleichgewichte: Ausgestaltung des sogenannten Scoreboards (indikatorengestütztes Frühwarnsystem)

Ein zentrales Element zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung in der EU ist das neue Verfahren zur Vermeidung und Korrektur makroökonomischer Ungleichgewichte, das noch in diesem Jahr in Kraft tritt. Ausgangspunkt des Verfahrens ist ein Frühwarnmechanismus, der helfen soll, potenzielle makroökonomische Ungleichgewichte und Schwächen in der Wettbewerbsfähigkeit in den einzelnen Mitgliedstaaten frühzeitig zu identifizieren. Die EU-Kommission erstellt hierzu jährlich einen Frühwarnbericht auf der Basis eines indikatorengestützten Scoreboards. Die EU-Kommission unterbreitet dann auf Basis ihrer quantitativen wie qualitativen Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in den Mitgliedstaaten unter Berücksichtigung des Scoreboards dem Rat Vorschläge, welche Mitgliedstaaten aufgrund bestehender oder des Risikos entstehender makroökonomischer Ungleichgewichte vertieft untersucht werden sollten. Ein Überschreiten einzelner Indikatoren-Schwellenwerte führt dabei nicht zwangsläufig zu weiteren Verfahrensschritten. Nach jetzigem Stand plant die EU-Kommission die Veröffentlichung ihres Frühwarnberichts (einschliesslich Scoreboard) für Mitte Dezember 2011.

Nach intensiver Diskussion haben die ECOFIN-Minister Ratsschlussfolgerungen

EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTS- UND FINANZPOLITIK

zum Scoreboard beschlossen, in denen u. a. deutlich zum Ausdruck kommt, dass es gegenüber Mitgliedstaaten mit Leistungsbilanzüberschüssen keine Sanktionen geben wird.

Vorbereitung der 17. Tagung der Konferenz der Vertragsparteien des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen in Durban, Südafrika

Im Rahmen des "Copenhagen Accord" haben sich die EU und ihre Mitgliedstaaten verpflichtet, sich an einer "Fast-Start"-Finanzierung von Klimamaßnahmen in

Entwicklungsländern mit 7,2 Mrd. € in den Jahren 2010 bis 2012 zu beteiligen. Mit der "Fast-Start"-Finanzierung sollte die Zeit bis zu einem umfassenden Klimaabkommen überbrückt werden. Die Europäische Kommission hat im Vorfeld der Klimakonferenz einen Bericht vorgelegt, in dem dargelegt wird, dass sie und die Mitgliedstaaten die eingegangenen Verpflichtungen auch angesichts der gegenwärtigen wirtschaftlichen und finanziellen Herausforderungen erfüllen. Der ECOFIN-Rat hat Schlussfolgerungen verabschiedet, mit denen der Bericht indossiert und das Engagement der EU auf diesem Gebiet unterstrichen wird.

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Termine, Publikationen

# Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

29./30. November 2011	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
9. Dezember 2011	Europäischer Rat in Brüssel
23./24. Januar 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
16./18. Februar 201	Treffen der G20-Finanzminister und -Notenbankgouverneure in Mexico City
20./21. Februar 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel
1./2. März 2012	Europäischer Rat in Brüssel
12./13. März 2012	ECOFIN und Eurogruppe in Brüssel

# Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2012

16. März 2011	Kabinettbeschluss über Eckwerte
10. bis 12. Mai 2011	Steuerschätzung in Fulda
Ende März bis Anfang Juli 2011	Komprimiertes Aufstellungsverfahren auf der Basis des Eckwertebeschlusses
6. Juli 2011	Kabinettbeschluss zum Entwurf Bundeshaushalt 2012
3774112511	und Finanzplan bis 2015
12. August 2011	Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
6. bis 9. September 2011	1. Lesung Bundestag
23. September 2011	1. Durchgang Bundesrat
21. September bis 9. November 2011	Beratungen im Haushaltsausschuss
2. bis 4. November 2011	Steuerschätzung in Halle/Sachsen Anhalt
10. November 2011	Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
22. bis 25. November 2011	2./3. Lesung Bundestag
1. Dezember 2011	Stabilitätsrat
16. Dezember 2011	2. Durchgang Bundesrat
Ende Dezember 2011	Verkündung im Bundesgesetzblatt
2.130 2 020.1130.12011	

TERMINE, PUBLIKATIONEN

# Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Dezember 2011	November 2011	22. Dezember 2011
Januar 2012	Dezember 2011	27. Januar 2012
Februar 2012	Januar 2012	23. Februar 2012
März 2012	Februar 2012	22. März 2012
April 2012	März 2012	20. April 2012
Mai 2012	April 2012	24. Mai 2012
Juni 2012	Mai 2012	21. Juni 2012
Juli 2012	Juni 2012	20. Juli 2012
August 2012	Juli 2012	20. August 2012
September 2012	August 2012	21. September 2012
Oktober 2012	September 2012	22. Oktober 2012
November 2012	Oktober 2012	22. November 2012
Dezember 2012	November 2012	21. Dezember 2012

## Publikationen des BMF

#### Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen

Referat Bürgerangelegenheiten

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

buergerreferat@bmf.bund.de

www.bundesfinanzministerium.de

#### Zentraler Bestellservice:

Telefon: 01805 / 77 80 90<sup>1</sup>

Telefax: 01805 / 77 80 94<sup>1</sup>

 $^1$  Jeweils 0,14  $\in$  / Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

#### Internet

http://www.bundesfinanzministerium.de

http://www.bmf.bund.de

## **Analysen und Berichte**

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 24. November 2011	36
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2011	43
E-Bilanz	48
Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern	55
Rückblick auf den Europäischen Rat am 23. Oktober 2011 und den Euro-Gipfel	
am 26./27. Oktober 2011 in Brüssel	76

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2.-4. NOVEMBER 2011

## Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2.-4. November 2011

1	Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen	36
	Gesamtwirtschaftliche Annahmen	
3	Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"	38
3.1	Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum	38
3.2	Vergleich mit der letzten Schätzung vom Mai 2011	39
4	Finanzpolitische Schlussfolgerungen	42

- Die Steuereinnahmen werden im Jahr 2011 um + 16,2 Mrd. € (Bund + 9,3 Mrd. €) erheblich über dem im Mai 2011 geschätzten Niveau liegen.
- Auch für die Jahre 2012 bis 2016 wurden die Einnahmeerwartungen vom Arbeitskreis
   "Steuerschätzungen" angehoben. Die Zuwächse sind jedoch deutlich geringer als im Jahr 2011.
- Für die Haushalts- und Finanzpolitik geht es vor diesem Hintergrund darum, den erfolgreichen Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen.

Vom 2. bis 4. November 2011 fand in Halle (Saale) auf Einladung des Ministeriums der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt die 139. Sitzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2011 bis 2016. Aufgrund der Einführung des Topdown-Verfahrens der Haushaltsaufstellung beim Bund wurde der Schätzzeitraum um drei Jahre erweitert. Er umfasst nunmehr den gesamten Zeitraum der neuen Finanzplanung bis zum Jahr 2016, die im nächsten Frühjahr aufgestellt werden wird.

#### 1 Berücksichtigte Steuerrechtsänderungen

Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Für die Jahre 2011 bis 2016 wurden gegenüber der Schätzung vom Mai 2011 die finanziellen Auswirkungen der nachstehenden Gesetze berücksichtigt:

- Steuervereinfachungsgesetz 2011
- 13. Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes

Ferner war die Umsetzung der Urteile des Bundesfinanzhof zur steuerlichen Behandlung der Überlassung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte (§ 8 Abs. 2 S. 3 EStG) neu einzubeziehen.

#### 2 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Der Steuerschätzung liegen die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Herbstprojektion der Bundesregierung zugrunde. Die Bundesregierung hat, wie viele andere nationale und internationale Institutionen, ihre Wachstumserwartungen für dieses Jahr etwas nach oben korrigiert. Sie geht nunmehr für 2011 von einem realen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von + 2,9 % aus. In nominaler Rechnung bedeutet dies, dass im Vergleich zur Frühjahrsprojektion für das Jahr 2011 nunmehr ein nominaler Anstieg des BIP in Höhe von + 3.8 % erwartet wird. In ihrer Frühjahrprojektion erwartete die Bundesregierung noch ein nominales

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2.-4. NOVEMBER 2011

Wachstum von + 3,5 % in diesem Jahr (real +2,6%). Hinter der Aufwärtskorrektur steht, dass in der ersten Jahreshälfte die konjunkturelle Dynamik deutlich günstiger ausgefallen ist als im Frühjahr erwartet. Allerdings deuten insbesondere die Stimmungsindikatoren für das Schlussquartal dieses Jahres eine temporäre Wachstumspause an. Diese wird zwar im Verlaufe des nächsten Jahres wahrscheinlich schnell überwunden werden, jedoch bedeutet sie eine Belastung für das erwartete Wirtschaftswachstum im Durchschnitt des nächsten Jahres. Daher wurde die Wachstumserwartung für das Jahr 2012 von nominal + 3,5 % (Frühjahrsprojektion) auf + 2,4 % zurückgenommen (in realer Rechnung: +1,0% statt +1,8%). Für

die Folgejahre wird ein nominales Wirtschaftswachstum von jeweils + 2,9 % prognostiziert. Dies entspricht gegenüber der Schätzung im Frühjahr 2011 einer leichten Abwärtskorrektur des nominalen BIP-Zuwachses um 0,1 Prozentpunkte.

Bei den für die Steuerschätzung relevanten Einzelaggregaten ist die kräftige Anhebung des für die Bruttolöhne und -gehälter erwarteten Zuwachses in diesem Jahr von + 3,1% auf + 4,7% hervorzuheben. Gleichzeitig wurden die Erwartungen des Zuwachs bei den Unternehmens- und Vermögenseinkommen für die Jahre 2011 und 2012 um 1,8% beziehungsweise 1,6 Prozentpunkte nach unten korrigiert.

Tabelle 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben des interministeriellen Arbeitskreises "Gesamtwirtschaftliche Vorausschätzungen" für die Steuerschätzung November 2011 im Vergleich zur letzten Steuerschätzung

	20	)11	20	012	2013	
	Steuer- schätzung Mai 2011	Steuer- schätzung November 2011	Steuer- schätzung Mai 2011	Steuer- schätzung November 2011	Steuer- schätzung Mai 2011	Steuer- schätzung November 201
BIP nominal						
vH gegenüber Vorjahr	+3,5	+3,8	+3,5	+2,4	+3,0	+2,9
BIP real						
vH gegenüber Vorjahr	+2,6	+2,9	+1,8	+1,0	+1,6	+1,6
Bruttolohn- und Gehaltsumme						
vH gegenüber Vorjahr	+3,1	+4,7	+3,3	+2,8	+2,5	+2,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen						
vH gegenüber Vorjahr	+4,9	+3,1	+4,1	+2,5	+4,7	+4,8
Private Konsumausgaben						
vH gegenüber Vorjahr	+3,4	+3,4	+3,3	+2,9	+2,9	+3,0
	20	)14	20	015	2016	
	Steuer- schätzung Mai 2011	Steuer- schätzung November 2011	Steuer- schätzung Mai 2011	Steuer- schätzung November 2011		Steuer- schätzung November 201
BIP nominal						
vH gegenüber Vorjahr	+3,0	+2,9	+3,0	+2,9	-	+2,9
BIP real						
vH gegenüber Vorjahr	+1,6	+1,6	+1,6	+1,6	-	+1,6
Bruttolohn- und Gehaltsumme						
vH gegenüber Vorjahr	+2,5	+2,5	+2,5	+2,5	-	+2,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen						
vH gegenüber Vorjahr	+4,7	+4,3	+4,6	+4,3	-	+4,3
Private Konsumausgaben						
vH gegenüber Vorjahr	+2,9	+3,0	+2.9	+3.0	_	+3,0

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2.-4. NOVEMBER 2011

#### 3 Schätzergebnisse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

## 3.1 Entwicklung der Einnahmen im Schätzzeitraum

Die Schätzergebnisse sind Tabelle 2
zu entnehmen.¹ Danach werden die
Steuereinnahmen insgesamt im Jahr
2011 gegenüber dem Ist-Ergebnis 2010
voraussichtlich um + 40,6 Mrd. € anwachsen.
Der Bund erreicht im Jahr 2011 einen
Zuwachs der Steuereinnahmen um + 9,2 %,
die Gemeinden um + 8,5 % und die Länder
um + 6,5 %. Das Aufkommen der EU bleibt
mit + 0,9 % nahezu unverändert. Für die
Folgejahre rechnet der Arbeitskreis basierend
auf den gesamtwirtschaftlichen Vorgaben mit
einem weiteren kontinuierlichen Anstieg des
Steueraufkommens, wobei die Zuwachsraten
unter denen des Jahres 2011 liegen werden.

Die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Gewerbesteuer setzen den im Jahre 2010 begonnenen Aufwärtstrend in der Entwicklung des Aufkommens im gesamten Schätzzeitraum fort. Während die Gewerbesteuer die größte Dynamik innerhalb des Schätzzeitraums im Jahr 2011 aufweist, wird der Zuwachs bei der Körperschaftsteuer im Jahr 2011 durch einen das Aufkommen mindernden Sonderfall erheblich unterzeichnet. Für die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag wird für 2011 mit einem erheblichen Mehraufkommen gerechnet. Dieses ist allerdings zum größeren Teil auf einen Sonderfall zurückzuführen, der sich bereits im Januar 2011 im Kassenaufkommen bemerkbar gemacht hatte. Hinter dem scheinbaren Rückgang im Jahr 2012 verbirgt sich also bei Bereinigung des Basisjahres 2011 vielmehr

<sup>1</sup>Die Ergebnisse für die Einzelsteuern sind auf der Internet-Seite des BMF veröffentlicht.

ein prognostizierter Anstieg, welcher sich auch im restlichen Schätzzeitraum fortsetzt. Die Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge weist im Jahr 2011 aufgrund des weiterhin sehr niedrigen Durchschnittszinssatzes einen Rückgang auf. Für den restlichen Schätzzeitraum geht der Arbeitkreis "Steuerschätzungen" dann von einem allmählichen Anstieg des Durchschnittszinsniveaus und damit auch des Aufkommens der Abgeltungsteuer aus.

Das Lohnsteueraufkommen war im Jahr 2010 noch durch Kurzarbeit und Steuermindereinnahmen aus dem Bürgerentlastungsgesetz verringert worden und profitiert ab dem Jahr 2011 ebenfalls erheblich vom Aufschwung, der sich sowohl in steigenden Beschäftigtenzahlen als auch in steigenden Bruttolöhnen je Arbeitnehmer niederschlägt. Nach dem für 2011 zu erwartenden starken Anstieg des Aufkommens um + 9,6 % wird für den Zeitraum bis 2016 mit moderateren Zuwächsen zwischen + 4,4 % und + 5,5 % p. a. gerechnet.

Der in zunehmenden Maße auch vom Binnenmarkt getragene Aufschwung schlägt sich auch im Aufkommen der Steuern vom Umsatz nieder, das im Schätzzeitraum kontinuierlich ansteigt. Auch hier wird für das Jahr 2011 mit einem stärkeren Anstieg gerechnet (+5.7%), der sich in den Folgejahren auf ein immer noch beachtliches Niveau von +2.6% im Jahr 2012 bis +3.1% im Jahr 2016 reduzieren wird.

Im gesamten Schätzzeitraum setzt die Grunderwerbsteuer als wichtigste Ländersteuer die im Jahr 2010 begonnene Erholung im Aufkommen fort. Sie wird im Jahr 2013 voraussichtlich das bisherige Spitzenaufkommen des Jahres 2007 (7,0 Mrd. €) überschreiten und im Jahr 2016 insgesamt 7,6 Mrd. € erreichen. Die Zuwächse in den Jahren 2011 und 2012 gehen vor allem auf Steuersatzerhöhungen in vielen Bundesländern zurück. Für die Gemeinden

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2.-4. NOVEMBER 2011

Tabelle 2: Schätzergebnissse des Arbeitskreises "Steuerschätzungen"

	Ist	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung	Schätzung
	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016
1. Bund							
in Mrd. €	225,8	246,7	249,9	257,2	268,3	276,7	287,2
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	-1,0	+9,2	+1,3	+2,9	+4,3	+3,1	+3,8
2. Länder							
in Mrd. €	210,1	223,6	232,7	241,2	249,8	258,5	267,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+1,4	+6,5	+4,1	+3,7	+3,6	+3,4	+3,3
3. Gemeinden							
in Mrd. €	70,4	76,3	80,1	83,6	87,2	90,8	94,3
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+2,9	+8,5	+4,9	+4,4	+4,3	+4,2	+3,8
4. EU							
in Mrd. €	24,4	24,6	29,3	31,1	30,4	32,5	31,6
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+18,9	+0,9	+19,1	+6,3	-2,4	+6,8	-2,5
5. Steuereinnahmen insgesamt							
in Mrd. €	530,6	571,2	592,0	613,2	635,8	658,5	680,0
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+1,3	+7,7	+3,6	+3,6	+3,7	+3,6	+3,3

 $Bund\ und\ L\"{a}nder\ nach\ Erg\"{a}nzungszuweisungen,\ Umsatzsteuerverteilung\ und\ Finanzausgleich.$ 

Länder ohne, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.

Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

ist neben der Gewerbesteuer insbesondere das Aufkommen der Grundsteuer B von Bedeutung, welches im Schätzzeitraum weiter zunehmen wird.

Die volkswirtschaftliche Steuerquote steigt im Jahr 2011 voraussichtlich auf 22,21 % an (2010: 21,42 %). In den Folgejahren nimmt die Quote nach Einschätzung des Arbeitskreises "Steuerschätzungen" weiter zu und wird im letzten Jahr des Schätzzeitraums bei 23,05 % liegen.

## 3.2 Vergleich mit der letzten Schätzung vom Mai 2011

Tabelle 3 zeigt den Vergleich der aktuellen Schätzergebnisse mit der letzten Steuerschätzung (Mai 2011). Für das erstmals in die Schätzung einbezogene Jahr 2016 ist naturgemäß kein Vergleich möglich.

Im Jahr 2011 werden die Steuereinnahmen mit 571,2 Mrd. € um +16,2 Mrd. € erheblich

über dem im Mai 2011 geschätzten Niveau liegen. Ursächlich hierfür sind die erwarteten Mehreinnahmen aufgrund der verbesserten konjunkturellen Entwicklung (+17,5 Mrd. €). Die erstmals in die Schätzung einbezogenen Steuerrechtsänderungen mindern das erwartete Mehraufkommen um - 1.2 Mrd. €. wobei der Bund am stärksten betroffen ist (-1,1 Mrd. €). Der Bund kann im Jahr 2011 trotzdem deutliche Mehreinnahmen gegenüber der Mai-Schätzung erwarten (+9,3 Mrd. €). Die um 1,9 Mrd. € verringerten Erwartungen bezüglich der Abführungen an die EU tragen in nicht unerheblichem Maße hierzu bei. Insgesamt werden Bund, Länder und Gemeinden von der konjunkturellen Entwicklung profitieren, welche den Arbeitskreis dazu veranlasste, die Einnahmeerwartungen für 2011 für alle drei Ebenen gegenüber dem Mai deutlich nach oben zu korrigieren.

Auch die Erwartungen für das Jahr 2012 gehen von einem deutlich höheren

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2.-4. NOVEMBER 2011

Steueraufkommen (+7,4 Mrd. €) aus als noch im Mai prognostiziert. Die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen mindern das Aufkommen im Jahr 2012 um -2,0 Mrd. €. Wie bereits im Jahr 2011 gehen diese Mindereinnahmen vor allem zu Lasten des Bundes. Im Jahr 2012 führt dies dazu, dass im Vergleich zum Ansatz im Mai die Einnahmen der Länder mit + 4,0 Mrd. € voraussichtlich stärker gegenüber dem Ansatz vom Mai steigen werden als die Einnahmen des Bundes (+2,7 Mrd. €). Geringfügig heraufgesetzte Annahmen über die Höhe der EU-Abführungen tragen ebenfalls zur Verminderung des Aufkommens des Bundes bei (- 0,2 Mrd. €).

Im verbleibenden mittelfristigen Schätzzeitraum (Jahre 2013 bis 2016) wurden die Einnahmeerwartungen vom Arbeitskreis ebenfalls angehoben. Gegenüber der Mai-Steuerschätzung betragen die Abweichungen insgesamt + 4,5 Mrd. € für das Jahr 2013, + 5,2 Mrd. € für 2014 und + 6,2 Mrd. € für das Jahr 2015. In allen drei Jahren mindern die neu einbezogenen Steuerrechtsänderungen das erwartete Aufkommen (2013: -1,7 Mrd. €; 2014: -1,8 Mrd. € und 2015: -1,9 Mrd. €) und hier vor allem den Anteil des Bundes. Aufgrund der Entwicklung der EU-Abführungen wird im Jahr 2013 eine Minderung des Bundesanteil um - 0,3 Mrd. € erwartet, im Jahr 2014 wird mit einer Erhöhung desselben um + 1,0 Mrd. € gerechnet und im Jahr 2015 wiederum mit einer Minderung um - 0,7 Mrd. €.

Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2011 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2011

Beträge in Mrd. €

				Abweid	chungen		
	2011 5	Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2011	Abweichung			Ergebnis der Steuerschätzung	
			insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	November 2011
Bund <sup>3</sup>		237,4	9,3	-1,1	1,9	8,4	246,7
Länder ³		217,3	6,3	-0,1		6,4	223,6
Gemeinden <sup>3</sup>		73,7	2,6	0,0		2,7	76,3
EU		26,6	-2,0	0,0	-1,9	-0,1	24,6
St.E.insgesamt		555,0	16,2	-1,2	0,0	17,5	571,2
				Abweid			
	2012	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung	davon:			Ergebnis der Steuerschätzung
		Mai 2011	insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	November 2011
Bund <sup>3</sup>		247,2	2,7	-1,9	-0,2	4,8	249,9
Länder <sup>3</sup>		228,7	4,0	-0,1		4,1	232,7
Gemeinden <sup>3</sup>		79,1	1,0	0,0		1,0	80,1
EU		29,6	-0,3	0,0	0,2	-0,5	29,3
St.E.insgesamt		584,6	7,4	-2,0	0,0	9,4	592,0
				Abweio	hungen		
	2013	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung	Abweichung davon:			Ergebnis der Steuerschätzung
		Mai 2011	insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	November 2011
Bund <sup>3</sup>		255,4	1,8	-1,6	-0,3	3,7	257,2
Länder ³		238,3	2,9	-0,1		3,0	241,2
Gemeinden <sup>3</sup>		83,7	-0,1	0,0		0,0	83,6
EU		31,3	-0,2	0,0	0,3	-0,5	31,1
St.E.insgesamt		608,7	4,5	-1,7	0,0	6,2	613,2

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 2.-4. November 2011

noch Tabelle 3: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2011 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2011
Beträge in Mrd. €

		For all all all a		Abweichungen				
	2014	Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung	davon:			Ergebnis der Steuerschätzung	
		Mai 2011 insgesamt		Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung <sup>2</sup>	November 2011	
Bund <sup>3</sup>		265,0	3,4	-1,7	1,0	4,1	268,3	
Länder³		246,4	3,4	-0,1		3,5	249,8	
Gemeinden <sup>3</sup>		87,4	-0,2	0,0		-0,2	87,2	
EU		31,8	-1,4	0,0	-1,0	-0,5	30,4	
St.E.insgesamt		630,5	5,2	-1,8	0,0	7,0	635,8	
		Franksisdor		Franksiador				
		Ergebnis der Steuerschätzung	Abweichung		Ergebnis der Steuerschätzung			
		Mai 2011	insgesamt	Steuerrechts- änderungen <sup>1</sup>	Änderung EU-Abführung	Schätz- abweichung²	November 2011	
Bund <sup>3</sup>		274,3	2,4	-1,8	-0,7	4,8	276,7	
Länder³		254,7	3,7	-0,1		3,8	258,5	
Gemeinden <sup>3</sup>		91,0	-0,2	0,0		-0,2	90,8	
EU		32,3	0,2	0,0	0,7	-0,5	32,5	
St.E.insgesamt		652,3	6,2	-1,9	0,0	8,0	658,5	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Steuervereinfachungsgesetz 2011.

Urteile des BFH zur steuerlichen Behandlung der Überlassung eines betrieblichen Kraftfahrzeugs für Fahrten zwischen Wohnung und regelmäßiger Arbeitsstätte (§ 8 Abs.2 S.3 EStG).

 $(Betrag\ der\ Konsolidierungshilfen\ vorbehaltlich\ der\ Entscheidung\ des\ Stabilitäts rates\ gem.\ \S\ 2\ Abs.\ 2\ Konsolidierungshilfengesetz).$ 

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Die Veränderungen der Schätzansätze gegenüber der Mai-Steuerschätzung für die einzelnen Steuern sind in Tabelle 4 dargestellt. Hier weisen die Lohnsteuer und die Steuern vom Umsatz im gesamten Schätzzeitraum kräftige Zuwächse auf, während die Einnahmeerwartungen bei der Körperschaftsteuer und der Gewerbesteuer ab

2013 herabgesetzt wurden. Die Verringerung des prognostizierten Aufkommens der Kernbrennstoffsteuer beruht für den gesamten Schätzzeitraum vor allem auf den Auswirkungen des 13. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes (Stilllegung von Atomkraftwerken).

<sup>13.</sup> Gesetz zur Änderung des Atomgesetzes vom 31. Juli 2011 (BGBl. I S. 1704).

 $<sup>^2\</sup> aus\ gesamt wirtschaft lichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltens \"{a}nder ungen der Wirtschaftssubjekte.$ 

 $<sup>^3\,</sup>nach\,Erg\"{a}nzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung, Finanzausgleich und Konsolidierungshilfen$ 

ERGEBNISSE DER STEUERSCHÄTZUNG VOM 2.-4. NOVEMBER 2011

Tabelle 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung November 2011 vom Ergebnis der Steuerschätzung Mai 2011 - Einzelsteuern

6.	2011	2012	2013	2014	2015
Steuerart		Abw	eichungen in Mio. €		
Lohnsteuer	5 800	3 700	3 950	4 450	5 000
veranlagte Einkommensteuer	3 200	- 250	- 850	-50	550
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 255	690	425	420	310
Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge	8	- 132	- 284	- 385	- 534
Körperschaftsteuer	1 360	170	-1 300	-2 060	-2 670
Steuern vom Umsatz	2 800	2 800	3 350	4300	5 200
Gewerbesteuer	1 250	250	- 900	-1 300	-1 500
Bundessteuern, zusammen	469	-316	- 431	- 706	- 731
davon					
Energiesteuer	200	200	350	350	350
Stromsteuer	170	15	0	0	0
Tabaksteuer	390	100	160	230	280
Versicherungsteuer	- 220	- 220	- 220	- 220	- 220
Solidaritätszuschlag	500	200	50	100	100
Kfz-Steuer	50	50	50	- 355	-340
Luftverkehrsteuer	- 20	0	10	20	30
Kernbrennstoffsteuer	- 780	- 830	-1 000	-1 000	-1 100
sonstige Bundessteuern	179	169	169	169	169
Ländersteuern, zusammen	-21	699	783	782	781
Gemeindesteuern (außer Gewerbesteuer), zusammen	214	214	214	214	214
Zölle	- 100	-460	- 460	-460	- 460
Steuereinnahmen insgesamt	16 235	7 365	4 497	5 205	6 160

## 4 Finanzpolitische Schlussfolgerungen

Die günstige Entwicklung der
Steuereinnahmen trägt dazu bei, dass die
Neuverschuldung des Bundes im laufenden
Haushaltsjahr weitaus niedriger ausfallen
wird als zunächst erwartet. Nach derzeitigem
Stand dürfte der Bundeshaushalt 2011 mit
einer Nettokreditaufnahme von deutlich
unter 25 Mrd. € abschließen. Damit wird die
ursprünglich geplante Neuverschuldung
von 48,4 Mrd. € erheblich unterschritten.
Dabei zeigen sowohl der Konsolidierungskurs
der Bundesregierung als auch die spürbare
wirtschaftliche Erholung ihre Wirkung.

Dennoch wird die zu erwartende Neuverschuldung in diesem Jahr immer noch fast doppelt so hoch sein wie im Vorkrisenjahr 2008. Zudem ist nicht davon auszugehen, dass sich die erhebliche Reduzierung der Neuverschuldung im nächsten Jahr uneingeschränkt fortsetzt. Darüber hinaus ist die Gesamtverschuldung in Deutschland mit einer Schuldenstandsquote von rund 80 % in Relation zum BIP immer noch weit von den auf europäischer Ebene vorgesehenen Werten entfernt.

Für die Haushalts- und Finanzpolitik geht es vor diesem Hintergrund darum, den erfolgreichen Konsolidierungskurs konsequent fortzusetzen. Eine nachhaltige Konsolidierung stellt die Solidität der öffentlichen Finanzen sicher und ist eine wichtige Voraussetzung für langfristig günstige Wachstums- und Beschäftigungsbedingungen. Deutschland wird den Vorgaben der grundgesetzlichen Schuldenbremse und des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes dauerhaft nachkommen und so Stabilitätsanker in Europa bleiben. Im Bereich der Steuerpolitik nutzt die Bundesregierung die zusätzlichen Handlungsspielräume auf Basis der aktuellen Steuerschätzung, um ab 2013 die kalte Progression auszugleichen.

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. BIS 3. QUARTAL 2011

### Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2011<sup>1</sup>

- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2011......39
- 2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 3. Quartals 2011......41
- 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen ......42
  - Die Steuereinnahmen von Bund und Ländern (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im 1. bis
     3. Quartal 2011 um + 8,6 %.
  - Der Zuwachs im 3. Quartal war mit + 7,1% geringer als in den beiden Vorquartalen.
- 1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. bis 3. Quartal 2011

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. bis 3. Quartal 2011 insgesamt 381,9 Mrd. €, das sind +30,2 Mrd. € beziehungsweise +8,6 % mehr als im 1. bis 3. Quartal 2010. Die Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2011 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden
Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen
wie in Tabelle 1 dar. Die gemeinschaftlichen
Steuern übertrafen ihr Vorjahresergebnis im 1.
bis 3. Quartal 2011 um + 9,0 %. Im 3. Quartal
verzeichneten sie Zuwächse von + 7,8 %
nach + 11,2 % im 1. Quartal und + 8,3 % im
2. Quartal 2011. Im Berichtszeitraum Januar
bis September 2011 meldeten insbesondere
die Körperschaftsteuer und die nicht
veranlagten Steuern vom Ertrag, aber auch die
Lohnsteuer und die Steuern vom Umsatz hohe
Mehreinnahmen im Vergleich zum Vorjahr.

Tabelle 1: Entwicklung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2011

Stouarainnahman nach Ertragshahait		Quartal lio. €	Änderung gegenüber Vorjahr		
Steuereinnahmen nach Ertragshoheit	2011	2010	in Mio. €	in%	
Gemeinschaftliche Steuern	299 806	274 938	24868	+9,0	
Reine Bundessteuern	68 849	64 605	4 2 4 4	+6,6	
Reine Ländersteuern	9 844	8 969	875	+9,8	
Zölle	3 3 7 9	3 200	179	+5,6	
Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	381 879	351 712	30 166	+8,6	

Differenzen in den Summen durch Rundung.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 "Finanzen und Steuern", Reihe 4 "Steuerhaushalt" im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. BIS 3. QUARTAL 2011

Das Kassenaufkommen aus der Lohnsteuer stieg im 1. bis 3. Quartal 2011 um + 9,9% und profitierte dabei auch vom Rückgang der aus dieser Steuer zu leistenden Kindergeldzahlungen (-1,0%) aufgrund der abnehmenden Zahl der Kindergeldkinder. Auch bei der Altersvorsorgezulage (-4,8%) gab es einen Rückgang, weil es im Berichtszeitraum verstärkt zu Rückforderungen gezahlter Leistungen für zurückliegende Jahre kam. Maßgeblich für den kräftigen Anstieg des Lohnsteueraufkommens ist jedoch die deutlich verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer und höheren Löhnen.

Die veranlagte Einkommensteuer überschritt im 1. bis 3. Quartal 2011 das Vorjahresniveau lediglich um + 0,3 %. Der kräftige Anstieg der Vorauszahlungen wurde durch die sinkenden Nachzahlungen wieder ausgeglichen. Der Rückgang der Arbeitnehmererstattungen nach § 46 EStG wurde durch den Anstieg der Erstattungen an die anderen Steuerpflichtigen kompensiert. Der Rückgang der Zahlung der Eigenheimzulage (- 34,1%) erklärt sich durch den Wegfall eines weiteren Förderjahrgangs.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer nahmen im Berichtszeitraum deutlich um + 32,0 % zu. Die laufenden Vorauszahlungen erhöhten sich aufgrund der guten Gewinne der Kapitalgesellschaften und der krisenbedingten niedrigen Ausgangsbasis in einem noch stärkeren Maße als bei der veranlagten Einkommensteuer. Die Nachzahlungen für frühere Jahre (insbesondere aus Betriebsprüfungen) gingen zurück, während die Erstattungen wegen eines Sonderfalls auf dem gleichen Niveau wie im Vorjahr verharrten. Die das Aufkommen der Körperschaftsteuer mindernde Auszahlung von Steuerguthaben aus Altkapital belief sich im 1. bis 3. Quartal 2011 auf insgesamt 1,4 Mrd. € und überschritt das Vorjahresniveau nur unwesentlich.

Die Mehreinnahmen bei den **nicht veranlagten Steuern vom Ertrag** (Steuern auf Dividenden) betrugen im 1. bis 3. Quartal + 43,0 %. Der Anstieg ist zwar überzeichnet durch einen Sonderfall im 1. Quartal, jedoch ergibt sich auch ohne diesen Sonderfall noch ein erheblicher Zuwachs aufgrund der guten Gewinnentwicklung im Vorjahr und daraus resultierender hoher Ausschüttungen. So wiesen auch das 2. Quartal mit + 34,7 % und das 3. Quartal mit + 15,0 % ein erhebliches Plus gegenüber dem Vorjahr auf.

Bei der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge ist im 1. bis 3. Quartal 2011 ein Rückgang um - 6,6 % zu verzeichnen. Während im 1. Quartal noch Einbußen in Höhe von - 11,1 % gemeldet wurden, weitete sich das Volumen im 2. Quartal 2011 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um + 3,6 % aus, um im 3. Quartal 2011 wieder um - 5,1 % zu schrumpfen. Das Gesamtergebnis korrespondiert mit dem immer noch äußerst niedrigen Zinsniveau und der damit verbundenen deutlich verringerten Steuerbemessungsgrundlage.

Das Kassenaufkommen der **Steuern vom** Umsatz lag mit + 6,4% über dem Ergebnis des 1. bis 3. Quartals 2010. Dies deutet auf eine Belebung der Binnennachfrage infolge der konjunkturellen Entwicklung hin. Die (Binnen-)Umsatzsteuer konnte im bisherigen Jahresverlauf ein Plus von + 1,7% verbuchen, während die Einfuhrumsatzsteuer auf Importe aus Nicht-EU-Ländern eine Zunahme um + 21,4% verzeichnete. Hier ist zu berücksichtigen, dass der Zuwachs bei der Einfuhrumsatzsteuer entsprechend hohe Vorsteuerabzüge im Inland zur Folge hat, die das Aufkommen der (Binnen-)Umsatzsteuer vermindern. Der Anstieg der Einfuhrumsatzsteuer ist das Ergebnis der deutlich ausgeweiteten Außenhandelstätigkeit.

Bei den **reinen Bundessteuern** wurde das Vorjahresniveau im 1. bis 3. Quartal 2011 um + 6,6 % überschritten. Dabei stieg das

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2011

Volumen im 2. Quartal 2011 mit + 5,9 % nach + 8,0 % im 1. Quartal 2011 etwas verhaltener an und verharrte im 3. Quartal 2011 auf diesem Niveau (+6,0 %).

Die Energiesteuer als die aufkommensstärkste Bundessteuer übertraf im Berichtszeitraum das Vorjahresniveau um +1,3 %. Während das Aufkommen aus der Energiesteuer auf Heizöl um - 25,2 % zurückging, stiegen die Einnahmen aus der Energiesteuer auf Erdgas um + 29,9%. Allerdings war zum einen die Vorjahresbasis bei der Energiesteuer auf Erdgas ausgesprochen schwach, zum anderen dürfte das starke Plus auch auf die nunmehr erfolgten Jahresabrechnungen zurückzuführen sein. Die beiden Teilkomponenten der Energiesteuer machen allerdings nur circa 1/10 des Gesamtaufkommens aus. Die den Großteil des Aufkommens generierende Besteuerung des Kraftstoffverbrauchs stagnierte auf Vorjahresniveau.

Die Tabaksteuer dehnte im 1. bis 3. Quartal 2011 ihr Volumen um + 2,3 % aus. Während der starke Einnahmenanstieg im 1. Quartal (+17,5 %) den vorgezogenen Käufen in Reaktion auf die Erhöhung der Tabaksteuersätze zum 1. Mai 2011 geschuldet war, gab es spiegelbildlich hierzu im 2. und 3. Quartal 2011 einen Rückgang um - 0,8 % beziehungsweise um - 5,3 %.

Der Solidaritätszuschlag konnte dank des Zuwachses bei seinen Bemessungsgrundlagen Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer und Körperschaftsteuer im 1. bis 3. Quartal ein Plus von + 9,7 % verbuchen. Auch die Versicherungsteuer (+4,2%) und die Stromsteuer (+18,9%) verzeichneten einen hohen Zuwachs. Die Kraftfahrzeugsteuer verfehlte nur knapp das Vorjahresniveau. Auch für die übrigen Bundessteuern gab es überwiegend Mehreinnahmen: Branntweinsteuer (+9,9%), Schaumweinsteuer (+8,2%) und Kaffeesteuer (+1,6%). Demgegenüber sank das Aufkommen der Alkopopsteuer (- 41,9 %) und der Zwischenerzeugnissteuer (- 27,6 %). Beide

Steuern tragen allerdings nur geringfügig zum Gesamtaufkommen der Bundessteuern bei.

Bei der Luftverkehrsteuer betrugen die Einnahmen im 1. bis 3. Quartal 2011 insgesamt 622,4 Mio. €. Die Luftverkehrsteuer wurde zum 1. Januar 2011 eingeführt und belegt die Abflüge von einem innerdeutschen Flughafen mit einer Steuer von 8 € für die Kurzstrecke, von 25 € für die Mittelstrecke und von 45 € für die Langstrecke. Bei der ebenfalls neu eingeführten Kernbrennstoffsteuer wurde im Berichtszeitraum 2011 ein Aufkommen in Höhe von 875.2 Mio. € erzielt.

Die reinen Ländersteuern lagen im 1. bis 3. Quartal 2011 um + 9,8 % über dem Vorjahresniveau. Getragen wird dieses Ergebnis vom Anstieg der Grunderwerbsteuer um + 19,0 %. Der kontinuierliche Anstieg bei der Grunderwerbsteuer ist ein Indiz für die verbesserte konjunkturelle Situation. Auch die Erbschaftsteuer (+ 2,8 %), die Feuerschutzsteuer (+ 14,4 %) und die Rennwett- und Lotteriesteuer (+ 2,3 %) konnten Zuwächse verzeichnen, während die Biersteuer mit - 2,3 % das Vorjahresniveau unterschritt.

# 2 Entwicklung derSteuereinnahmen in deneinzelnen Monaten des3. Quartals 2011

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern) stiegen im Juli 2011 gegenüber dem Vorjahresmonat um + 9,9%. Aus den Einnahmen des Bundes wurden erstmals Konsolidierungshilfen in Höhe von 533 Mio. € an die Länder Berlin, Bremen, Saarland, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein gezahlt, um sie bei der Erreichung des ab 2020 verfassungsmäßig vorgesehenen strukturellen Haushaltsausgleichs zu unterstützen. Die positive Entwicklung bei den gemeinschaftlichen Steuern (+ 10,3 %) wurde getragen von den deutlichen Zuwächsen bei der Lohnsteuer, den Steuern vom Umsatz

DIE STEUEREINNAHMEN DES BUNDES UND DER LÄNDER IM 1. BIS 3. QUARTAL 2011

und der Abgeltungsteuer auf Zins- und Veräußerungserträge. Die Bundessteuern übertrafen das Vorjahresniveau um + 10,2% nicht zuletzt aufgrund der guten Ergebnisse bei der Energiesteuer, der Stromsteuer und dem Solidaritätszuschlag, aber auch durch erste Ergebnisse bei der in diesem Jahr neu eingeführten Kernbrennstoffsteuer. Bei den Ländersteuern (- 2,0%) konnte der Rückgang bei der Erbschaftsteuer und der Biersteuer durch die Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer nicht kompensiert werden.

Im August 2011 fiel die Zunahme der Steuereinnahmen mit insgesamt +4,0% deutlich niedriger aus als noch im Juli 2011. Hierzu trugen die gemeinschaftlichen Steuern (+4,5%), die Bundessteuern (+3,4%) und die Ländersteuern (+3,3%) gleichermaßen bei. Die Einnahmen des Bundes stiegen aufgrund geringerer EU-Abführungen mit + 7,9% überdurchschnittlich an. Die Lohnsteuer und die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Abgeltungsteuer auf Dividenden) verzeichneten hohe Zuwachsraten. Die Steuern vom Umsatz übertrafen ebenfalls das Vorjahresniveau. Die veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer mussten leichte Mindereinnahmen hinnehmen. Bei den Bundessteuern (+3,4%) wurde das Ergebnis insbesondere von den Entwicklungen der Stromsteuer, der Versicherungsteuer, des Solidaritätszuschlags und der Kraftfahrzeugsteuer geprägt. Auch bei der Luftverkehrsteuer setzte sich der Aufwärtstrend fort. Die reinen Ländersteuern (+3,3%) verdankten ihren Aufkommenszuwachs erneut insbesondere der Grunderwerbsteuer und der Rennwett- und Lotteriesteuer, während die Erbschaftsteuer und die Biersteuer das Vorjahresniveau unterschritten.

Auch im aufkommensstarken Vorauszahlungsmonat **September 2011** lagen die Steuereinnahmen mit +7,3 % über dem Vorjahreswert. Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen hierbei um +8,1% zu. Hervorzuheben sind insbesondere die Mehreinnahmen bei der Körperschaftsteuer, der Lohnsteuer, der veranlagten

Einkommensteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag. Zu diesem positiven Ergebnis trugen ebenfalls die Steuern vom Umsatz bei. Deutliche Zuwächse beim Solidaritätszuschlag, bei der Stromsteuer und der Kraftfahrzeugsteuer führten bei den Bundessteuern zu einem Aufkommensplus von + 4,8 %. Die Energiesteuer musste Einbußen hinnehmen. Kernbrennstoffsteuer und Luftverkehrsteuer blieben auch im September 2011 auf hohem Niveau. Die reinen Ländersteuern (- 2,6 %) unterschritten das Vorjahresniveau aufgrund der starken Rückgänge bei der Erbschaftsteuer, der Rennwett- und Lotteriesteuer sowie der Feuerschutzsteuer, die durch die positiven Resultate bei der Grunderwerbsteuer und der Biersteuer nicht kompensiert werden konnten.

#### 3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Im 1. bis 3. Quartal 2011 konnten alle Ebenen das entsprechende Vorjahresniveau übertreffen. Dies gilt auch für den Anteil der Gemeinden an den Gemeinschaftssteuern. Die höheren EU-Abführungen, die zu dem Anstieg der EU-Eigenmittel um + 3,8 % beitrugen, reduzierten das Ergebnis der Steuereinnahmen des Bundes, der dennoch mit + 10,3 % die höchste Zuwachsrate verzeichnet.

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. bis 3. Quartal 2011 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in Tabelle 2 dargestellt.

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. bis 3. Quartal 2011 und in den einzelnen Monaten finden sich im Internetangebot des BMF unter http://www. bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Steuern> Steuerschätzung/Steuereinnahmen> Steuereinnahmen.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. bis 3. Quartal 2011

#### Tabelle 2: Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Steuereinnahmen nach Ebenen		Quartal Iio. €	Änderung geg	ung gegenüber Vorjahr		
	2011	2010	in Mio. €	in%		
Bund <sup>1</sup>	176 633	160 205	16 429	+10,3		
EU	18 580	17 906	675	+3,8		
Länder <sup>1</sup>	164 562	152 983	11 579	+7,6		
Gemeinden <sup>2</sup>	22 103	20 619	1 484	+7,2		
Zusammen	381 879	351 712	30 166	+8,6		

Differenzen in den Summen durch Rundung.

Quelle: Bundesministerium der Finanzen.

 $<sup>^{1}\,</sup>Nach\,Bundeserg\"{a}nzungszuweisungen.$ 

 $<sup>{}^2\,</sup>Lediglich\,Gemeinde anteil\,an\,Einkommensteuer, Abgeltungsteuer\,und\,Steuern\,vom\,Umsatz.$ 

E-BILANZ

#### E-Bilanz

## Informationen zur Einführung des elektronischen Jahresabschlusses nach § 5b EStG

1	Einleitung	44
2	Ausgangslage	45
3	Lösungsansätze und Umsetzung in KONSENS	45
4	Festlegungen zum amtlich vorgeschriebenen Datensatz und zur Übermittlung	46
4.1	XBRL als internationaler Übermittlungsstandard	46
4.2	Taxonomie als amtlich vorgeschriebener Datensatz	47
4.3	Aufbau der Taxonomie und Details zu einzelnen Positionen	48
4.4	Technische Übermittlung/Validierung und Plausibilisierung	49
5	Anwendungszeitpunkt und Einstiegshilfen	49
5.1	Pilotphase 2011	49
5.2	Nichtbeanstandungs- und Übergangsregelungen	49
5.3	Weitere Einstiegshilfen	49
6	Fazit und Aushlick	50

- Für Wirtschaftsjahre, die nach dem 31. Dezember 2011 beginnen, führt § 5b EStG die elektronische Übermittlung des Inhaltes von Bilanzen sowie von Gewinn- und Verlustrechnungen für Besteuerungszwecke ein. Einstiegshilfen, wie eine generelle Nichtbeanstandungsklausel und Übergangsregelungen, erleichtern den Wechsel in das neue Verfahren.
- Die Übermittlung erfolgt im freien Datenaustauschformat XBRL, welches bereits heute zur Offenlegung von Jahresabschlüssen beim elektronischen Bundesanzeiger und weltweit zum Austausch von Unternehmensinformationen im Bereich der Finanzberichterstattung genutzt wird.
- Grundlage der XBRL-Übermittlung sind sogenannte Taxonomien. Die für Zwecke der Einreichung einer steuerlichen Gewinnermittlung definierten Taxonomien stellen den amtlich vorgeschriebenen Datensatz nach § 5b EStG dar. Darin enthaltene Mussfelder kennzeichnen den Mindestumfang der Daten im Sinne des § 51 Absatz 4 Nr. 1b EStG.
- Durch die Beseitigung des Medienbruches bei der Übermittlung der steuerlichen Gewinnermittlung an das Finanzamt wird in einem zentralen Bereich des Verwaltungsverfahrens ein wesentlicher Beitrag zum Abbau bürokratischer Lasten und zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens geleistet, von dem letztlich alle Beteiligten profitieren.

#### 1 Einleitung

Ende 2008 wurde das Gesetz zur Modernisierung und Entbürokratisierung des Steuerverfahrens (Steuerbürokratieabbaugesetz vom 28. Dezember 2008, BGBl. I 2850) verabschiedet, mit dem der Gesetzgeber die Strategie verfolgte, die elektronische Kommunikation zwischen Finanzverwaltung und Steuerpflichtigen auszubauen und vorzulegende Papierunterlagen weitgehend durch elektronische Daten zu ersetzen. Demgemäß ist es Hauptziel, die Steuererhebung im Interesse von Bürgerinnen und Bürgern, Unternehmen und Verwaltung so bürokratiearm wie möglich und weitestgehend papierlos zu gestalten (Motto: "Elektronik statt Papier").

E-BILANZ

In diesem Sinn enthält das Gesetz zahlreiche Bausteine eines Gesamtkonzepts zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens. Ein wesentliches Element ist die elektronische Übermittlung von unternehmerischen Steuererklärungen ab dem Veranlagungszeitraum 2011 (§ 25 Absatz 4 EStG: Einkommensteuererklärung, wenn Einkünfte nach § 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 erzielt werden; § 181 Absatz 2a AO: Einheitliche und gesonderte Feststellung nach § 180 Absatz 1 Nummer 2 AO; § 31 Absatz 1a KStG: Körperschaftsteuererklärung; § 14a GewStG: Erklärung zur Festsetzung des Gewerbesteuermessbetrags).

Folgerichtig soll künftig zu den obligatorischen elektronischen Steuererklärungen auch die elektronische Übermittlung des Inhalts von Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz gemäß § 5b EStG erfolgen.

#### 2 Ausgangslage

In der bisherigen Praxis werden als Unterlage zur Steuererklärung steuerliche Gewinnermittlungen bei der Finanzverwaltung in Papierform eingereicht, obwohl in der Mehrzahl der Fälle die Daten eines Jahresabschlusses auf Seiten der Unternehmer als strukturierte Information in elektronischen Systemen zur Verfügung stehen. Aus diesen Daten werden kostenintensiv Papierberichte für Besteuerungszwecke generiert. Auf Seiten der Verwaltung müssen die Papierunterlagen wiederum manuell erfasst werden, um sie einer elektronischen Verarbeitung zuführen zu können. Durch die Übermittlung steuererheblicher Daten auf dem Papierweg existiert mithin in einer erheblichen Fallzahl ein vermeidbarer und in seiner Form auch nicht zukunftsfähiger Medienbruch zwischen den elektronischen Datenhaltungen der Unternehmen und der Datenhaltung der Verwaltung. Mit der Abschaffung dieses Umstands hatte der Gesetzgeber im Zuge des Steuerbürokratieabbaugesetzes insbesondere Synergieeffekte und die Realisierung von

Kosteneinsparungspotenzialen für alle Beteiligten vor Augen.

#### 3 Lösungsansätze und Umsetzung in KONSENS

Bei der Realisierung einer elektronischen Lösung zur Umsetzung des § 5b EStG boten sich verschiedene Lösungsansätze. Einer davon war die Abfrage der für die Finanzverwaltung relevanten Informationen über einen Erklärungsvordruck, der analog zur Anlage EÜR auch elektronisch hätte übermittelt werden können. Betrachtet man die Vorgehensweise in anderen Ländern, so findet man durchaus Beispiele für die Umsetzung eines solchen Vorgehens. In Frankreich werden beispielsweise schon seit Jahren für die Besteuerung notwendige Informationen aus den unternehmerischen Abschlüssen über Vordrucke abgefragt. Diese Vordruckgestaltung geht allerdings so weit, dass bis auf die unterste Ebene der jeweiligen Kontenrahmen Angaben gefordert werden.

Mit dem Ziel, bürokratische Lasten abzubauen, erschien ein Weg über eine solche "Vordrucklösung" für die Umsetzung von § 5b EStG nicht sinnvoll und gangbar.

Stattdessen wurde nach einer Lösung gesucht, die sowohl eine hinreichende Standardisierung als auch die notwendige Qualität der Daten sicherstellt und darüber hinaus auch für die Unternehmen ein Nutzenpotenzial über die bloße Erfüllung ihrer steuerlichen Pflichten hinaus birgt. Eine solche Lösung wurde mit der Übermittlung unter Verwendung des freien Standards XBRL (siehe dazu unten) gefunden.

Im Rahmen des Vorhabens KONSENS (Koordinierte neue Softwareentwicklung der Steuerverwaltung¹) haben die Länder Nordrhein-Westfalen und Bayern die fachliche, organisatorische und technische Umsetzung

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Zum Vorhaben KONSENS vergleiche BMF-Monatsbericht Juni 2011, S. 45.

E-BILANZ

dieser Aufgabe als auftragnehmende Länder übernommen und zu diesem Zweck das Projekt E-Bilanz gegründet. Wirtschaftsverbände, Unternehmen, die Kammern der steuerberatenden Berufe und die Verbände der Softwarehersteller wurden seit 2009 in die Konzeption eingebunden. Durch ihre aktive Beteiligung in Arbeitsgruppen des Projekts wurde sichergestellt, dass alle Interessen bereits frühzeitig vorgetragen und berücksichtigt wurden. Gerade vor dem Hintergrund eines angestrebten Bürokratieabbaus war ein frühes Bewusstsein für die Erfordernisse und Interessen der betroffenen Steuerpflichtigen, ihrer Berater und Dienstleister für die Verwaltung sehr wichtig. Dieser Weg wird auch künftig weiter gemeinsam beschritten.

## 4 Festlegungen zum amtlich vorgeschriebenen Datensatz und zur Übermittlung

## 4.1 XBRL als internationaler Übermittlungsstandard

Das BMF-Schreiben vom 19. Januar 2010 (IV C 6 – S 2133-b/0, 2009/0865962, BStBl. I 47) zeigt die grundlegenden Anforderungen an den Inhalt und die Form der Datenübermittlung der steuerlichen Gewinnermittlungen auf. Insbesondere hat sich die Verwaltung darin auf das Format XBRL (eXtensible Business Reporting Language) als ausschließlichen Übermittlungsstandard festgelegt.

Hierbei handelt es sich um einen international weitverbreiteten Standard für den elektronischen Austausch von Unternehmensinformation im Bereich der Finanzberichterstattung, welcher

- eine flexible und plattformunabhängige Datenübertragung zwischen dem Ersteller und dem Empfänger,
- eine Steigerung der Qualität der Rechnungslegungsdaten durch

- sachgerechte und strukturierte Darstellung vorhandener Information,
- eine Harmonisierung der externen und internen Berichterstattung von Unternehmen und innerhalb von Konzernen sowie
- eine multidimensionale und mehrsprachige Darstellung der Finanzberichterstattung ermöglicht.

XBRL ist geeignet, die Datenverarbeitung schneller und somit kostengünstiger zu gestalten. Durch die Vermeidung von Medienbrüchen und manuellen Eingriffen trägt dieses Datenformat zu einer Qualitätssteigerung und Transparenzerhöhung der externen Rechnungslegung in inhaltlicher und zeitlicher Sicht bei. Organisationsrisiken bei Finanzprozessen, -abläufen und -daten werden nachhaltig verringert: An einer zentralen Stelle werden die Informationen zur umfänglichen Finanzberichterstattung erfasst, aus der selektiv die Berichterstattung an Eigner, Investoren, Kreditgeber, Behörden oder andere Adressaten generiert werden kann.<sup>2</sup>

Nicht zuletzt deshalb sind - auch von entsprechenden OECD-Empfehlungen gestützt - weltweit in einer Vielzahl von Ländern XBRL-Projekte vorzufinden.<sup>3</sup> Auch wurde die EU-Kommission im Mai 2008 damit beauftragt, die Einführung von XBRL für das regulatorische Reporting vorzubereiten.

Während der Fokus bei den meisten Projekten zunächst in erster Linie auf der

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> So z. B. auch für die Nachhaltigkeitsberichte nach den Richtlinien der Global Reporting Initiative (GRI).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Siehe beispielsweise FTA – Taxpayers Services Sub-Group: "Survey of Trends and Developments in the Use of Electronical Services for Taxpayer Service Delivery" (March 2010); "Standard Business Reporting" (July 2009).

E-BILANZ

finanzmarktorientierten Übermittlung von Abschlussdaten lag, gerät auch immer stärker die Nutzung von XBRL als Einreichungsformat bei Verwaltungen und hier besonders bei Steuerverwaltungen in den Fokus: 2004 hat China als erster weltweiter Markt börsennotierte Unternehmen verpflichtet, ihre Abschlüsse in XBRL zu veröffentlichen. Im gleichen Jahr hat die Deutsche Börse die Möglichkeit für Unternehmen geschaffen, ihre Quartalsberichte und Jahresabschlüsse in XBRL zu liefern. Im Bereich der Bankenaufsicht in den USA (Federal Reserve System, Federal Deposit Insurance Corporation) wird XBRL obligatorisch seit dem 4. Quartal 2005 verwendet. Die Bank of Japan verwendet seit März 2006 XBRL, um Monatsberichte zu empfangen. Großbritannien setzt XBRL für direktes und indirektes steuerliches Reporting ein. Die Niederlande haben seit 2007 einen umfangreichen Austausch von Finanzdaten zwischen dem Privatsektor und der öffentlichen Verwaltung, u.a. für Steuererklärungen sowie statistische Meldungen, mit dem Ziel etabliert, Kosten für die Berichterstattung von Unternehmen um 25% zu senken.<sup>4</sup> Seit Mitte des Jahres 2007 verwendet die spanische Börsenaufsicht CNMV<sup>5</sup> XBRL für den Empfang der laufenden Finanzinformation. In Deutschland kann bereits seit dem 1. Januar 2007<sup>6</sup> das XBRL-Format zur Erleichterung der Veröffentlichung von Jahresabschlüssen beim

<sup>4</sup> Laut Mitteilung des niederländischen Standard Business Reporting Programma vom 30. Mai 2011 muss XBRL dort ab dem 1. Januar 2013 für die Corporate Tax Filings aller Unternehmen verwendet werden. Danach wird XBRL für die Umsatzsteuer-Erklärungen verpflichtend ab dem Jahr 2014. Für weitere steuerliche Erklärungen, zur Offenlegung der Abschlüsse sowie für statistische Zwecke soll XBRL im anschließenden Jahr zur Pflicht werden. elektronischen Bundesanzeiger genutzt werden. Vergleichbare XBRL-Projekte gibt es darüber hinaus in Schweden, Belgien, Großbritannien, den Niederlanden und in Italien.

## 4.2 Taxonomie als amtlich vorgeschriebener Datensatz

Grundlage eines Datenaustausches in XBRL sind gegliederte Datenschemata, sogenannte Taxonomien. Sie beschreiben den Inhalt und die Struktur von Finanzberichten und dienen als Vorlage oder Baukasten für einen individuellen Abschluss. Vergleichbar einem Kontenrahmen beinhalten sie die Positionen, die für die Darstellung der Abschlussposten genutzt werden können. Taxonomien gibt es im internationalen XBRL-Umfeld für die verschiedensten Rechnungslegungsstandards (z. B. HGB, US-GAAP, IFRS).

Das für die Einreichung bei der Finanzverwaltung entwickelte Taxonomieschema basiert auf der aktuellen HGB-Taxonomie 4.1, welches bisherige handelsrechtliche Regelungen ebenso berücksichtigt wie die durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) erforderlich gewordenen Anpassungen.

Die Taxonomien wurden durch BMF-Schreiben vom 28. September 2011 (IV C 6 – S 2133-b/11/10009, 2011/0770620, BStBl. I, S. 855) bestimmt und auf der Webseite www.eSteuer. de bekanntgegeben. Grundsätzlich ist der Inhalt der Bilanz sowie Gewinn- und Verlustrechnung mit der sogenannten Kerntaxonomie zu übermitteln. Hierbei handelt es sich um einen Berichtsstandard, der prinzipiell alle Rechtsformen und Unternehmensgrößen erfasst. Aufbauend darauf werden zusätzlich für bestimmte Wirtschaftszweige Ergänzungstaxonomien bereitgestellt, welche die Positionen der Kerntaxonomie um spezifische Elemente erweitern. Wegen

<sup>&</sup>lt;sup>5</sup> Comision Nacional del Mercado de Valores.

<sup>&</sup>lt;sup>6</sup> Vergleiche Gesetz über elektronische Handelsregister und Genossenschaftsregister sowie das Unternehmensregister (EHUG) vom 10. November 2006, BGBl. I 2006, S. 2553.

<sup>&</sup>lt;sup>7</sup>Betroffene Branchen: Land-und Forstwirtschaft, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen, Verkehrsunternehmen, Wohnungswirtschaft und kommunale Eigenbetriebe.

E-BILANZ

spezieller Rechnungslegungsvorschriften für Banken und Versicherungen/Pensionsfonds sind darüber hinaus eigene Spezialtaxonomien geschaffen worden. Im Bereich der Versicherungen, Wohnungsunternehmen und Pflegeeinrichtungen wurden damit erstmals die Vorteile von XBRL erschlossen. Bislang war in diesen Sektoren keine den Bedürfnissen entsprechende Taxonomie vorhanden.

Gemäß Randziffer 10 des BMF-Schreibens vom 28. September 2011 handelt es sich bei den veröffentlichten Taxonomieschemata um den amtlich vorgeschriebenen Datensatz im Sinne des § 5b EStG. Für die zu übermittelnden steuerlichen Gewinnermittlungen bedeutet dies, dass grundsätzlich alle - aber auch nur diese Positionen - aus der Taxonomie mit ihren dort beschriebenen Bezeichnungen und Eigenschaften verwendet werden können. Im Ergebnis entspricht der Umfang der elektronisch zu übermittelnden Daten dem bisher in Papierform erstellten Inhalt von Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung. Die Abbildung handelsrechtlich zulässiger individueller Besonderheiten ist mit den entsprechenden Taxonomiepositionen möglich (z. B. die handelsrechtlich zulässige Darstellung von Posten zwischen Anlageund Umlaufvermögen). Im Rahmen der Überleitungsrechnung sind diese gegebenenfalls auf steuerlich zulässige Positionen umzugliedern. Liegen individuelle Besonderheiten vor, die nicht über das Taxonomieschema abgebildet werden können, sind die Werte in vorhandene Positionen der Taxonomie einzustellen. Sollte hierbei der Bedarf für eine Erweiterung der Taxonomie um bestimmte Positionen offensichtlich werden, so werden diese im Wege der regelmäßigen Taxonomiepflege zusätzlich aufgenommen werden.

## 4.3 Aufbau der Taxonomie und Details zu einzelnen Positionen

Die Taxonomie enthält ein Modul zur Übermittlung von Stammdaten ("GCD-Modul") und ein Modul zur Übermittlung der eigentlichen Abschlussdaten ("GAAP- Modul"). Letzteres enthält neben weiteren Berichtsbestandteilen insbesondere die Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung sowie ein Schema für eine strukturierte steuerliche Überleitungsrechnung. Im Ergebnis hat der Steuerpflichtige wie bisher die Möglichkeit, alternativ eine Handelsbilanz mit Überleitungsrechnung, eine Steuerbilanz oder eine sogenannte "Einheitsbilanz" zu übermitteln.

Das Datenschema weist bestimmte Positionen als "Mussfelder" aus (Einzelheiten ergeben sich aus dem BMF-Schreiben vom 28. September 2011, den veröffentlichten Taxonomiedateien und Leitfäden).¹ Angaben in diesen Feldern sind für alle Übermittler verpflichtend. Sie stellen den Mindestumfang nach § 51 Absatz 4 Nummer 1b EStG dar. Sofern sich ein Mussfeld nicht mit Werten füllen lässt, z. B. weil aufgrund der Rechtsform des Unternehmens kein dem Mussfeld entsprechendes Buchungskonto geführt wird oder weil sich die benötigte Information aus der ordnungsmäßigen individuellen Buchführung nicht ableiten lässt, ist zur erfolgreichen Übermittlung des Datensatzes die entsprechende Position "leer" (technisch mit NIL für "Not in List") zu übermitteln.

Freiwillig lassen sich mit der Taxonomie unter anderem der von den Finanzämtern in aller Regel benötigte Anlagespiegel und der Kontennachweis elektronisch einreichen. Auch alle anderen Berichtsbestandteile können grundsätzlich zur freiwilligen Übermittlung genutzt werden. Da es sich bei § 5b EStG insbesondere um eine Verfahrensnorm handelt, bleibt das bestehende materielle Recht unberührt. Alle von § 5b EStG umfassten Unterlagen und Angaben, welche bisher im Rahmen des Besteuerungsverfahrens auf Papier vorgelegt werden, sind künftig elektronisch zu übermitteln.

<sup>&</sup>lt;sup>8</sup> Abrufbar im Internet auf der Seite: www.eSteuer.de.

E-BILANZ

#### 4.4 Technische Übermittlung/ Validierung und Plausibilisierung

Die Übermittlung der Datensätze erfolgt authentifiziert über das Verfahren ELSTER. Die Datensätze werden bei der elektronischen Übermittlung - mittels des in das Steueranwendungsprogramm einzubindenden ElsterRich-Clients (ERiC) - Prüfungen unterworfen, um sicherzustellen, dass nur valide und plausible Daten übersandt werden. Es wird insbesondere geprüft, ob der Datensatz rechnerisch richtig ist und ob zu allen Mussfeldern Angaben enthalten sind.

## 5 Anwendungszeitpunkt und Einstiegshilfen

#### 5.1 Pilotphase 2011

Zunächst war vorgesehen, dass Gewinnermittlungen ab dem Wirtschaftsjahr 2011 elektronisch zu übermitteln sind. Durch die Anwendungszeitpunktverschiebungsverordnung wurde im Dezember 2010 der Start der E-Bilanz um ein Jahr verschoben. Dies trug u. a. dem Wunsch der Wirtschaft Rechnung, mehr Zeit für die technisch und organisatorisch nötigen Anpassungen zu gewinnen. Auch wurde das Zeitfenster genutzt, die Praxistauglichkeit des zur Datenfernübertragung zu nutzenden amtlichen Datensatzes zu erproben. Im Juni 2011 konnte diese Pilotphase erfolgreich abgeschlossen werden. Sie hat gezeigt, dass die elektronische Übermittlung der Bilanz sowie der Gewinn- und Verlustrechnung in der von der Finanzverwaltung geforderten Form und mit dem gewünschten Inhalt möglich ist.9

## 5.2 Nichtbeanstandungs- und Übergangsregelungen

Das Anwendungsschreiben zu § 5b EStG regelt zahlreiche Einstiegshilfen für das neue Übermittlungsverfahren E-Bilanz. So wird es beispielsweise von den Finanzbehörden nicht beanstandet werden, wenn für das erste Wirtschaftjahr, das nach dem 31. Dezember 2011 beginnt, die Bilanz sowie die Gewinn- und Verlustrechnung noch - wie bisher - auf Papier eingereicht werden. Für besondere sachliche Anwendungsbereiche, wie Betriebsstätten, teilweise steuerbefreite Körperschaften und Betriebe gewerblicher Art juristischer Personen öffentlichen Rechts, sehen Übergangsregelungen zur Vermeidung unbilliger Härten vor, dass für kalendergleiche Wirtschaftsjahre bis 2014 (abweichende Wirtschaftsjahre bis 2014/2015) die steuerliche Gewinnermittlung weiterhin in Papierform eingereicht werden kann.

#### 5.3 Weitere Einstiegshilfen

Um Eingriffe in das Buchungsverhalten der betroffenen Unternehmen weitestgehend zu vermeiden, sind in die Taxonomien neben Mussfeldern und fakultativen Positionen auch Auffangpositionen implementiert worden. Sie sollen eine Befüllung des Datensatzes erleichtern, wenn die Information für ein Mussfeld aus der Buchführung nicht abgeleitet werden kann. Zusätzlich mildern Mussfelder mit erwünschtem Kontennachweis den Eingriff in die Buchführung durch eine zu tiefgehende Gliederung ab. Um arbeitsintensive Nachfragen des Finanzamts zu vermeiden, kann an dieser Stelle freiwillig ein Kontennachweis zur jeweiligen

<sup>&</sup>lt;sup>9</sup> Der Bericht zur Pilotphase ist auf der Seite www. bundesfinanzministerium.de unter der Rubrik Wirtschaft und Verwaltung, Unterrubrik Steuern abrufbar.

E-BILANZ

Berichtsposition beigefügt werden. Dies entspricht der bisherigen Praxis, den Finanzbehörden neben dem Abschluss auch eine Summen- und Saldenliste zur weiteren Sachverhaltserläuterung beizulegen.

#### 6 Fazit und Ausblick

Die erfolgreiche Umsetzung des Projekts E-Bilanz dient nachhaltig dem Bürokratieabbau und der Verwaltungsvereinfachung: Die Unternehmen können ihre steuerlichen Pflichten elektronisch und damit schnell, kostensparend und medienbruchfrei erfüllen. Die E-Bilanz ist als ein Baustein zu sehen, der die einzelnen Stufen des steuerlichen Deklarations- und Besteuerungsprozesses organisationsübergreifend und automationsgestützt miteinander verbindet (E-Taxation-Wertschöpfungskette). Diese Verbindung hilft, das Verwaltungshandeln evolutionär moderner, leistungsfähiger und effizienter zu gestalten. Durch die Standardisierung der Arbeitsabläufe der steuerlichen Gewinnermittlung bei gleichzeitig umfassender IT-Unterstützung

(Risikomanagement) wird eine zeitnahe und qualitativ hochwertige Rechtsanwendung sichergestellt. Die E-Bilanz ist überdies unabdingbare Voraussetzung für das Institut der zeitnahen Betriebsprüfung. Denn mit der Einführung der E-Bilanz erhält die Finanzverwaltung strukturierte Datensätze, welche zu einer automationsunterstützten und am steuerlichen Risikopotential des Einzelfalles ausgerichteten Auswahl der einer Betriebsprüfung zu unterziehenden Unternehmen genutzt werden können. Dies dient insgesamt der Steuergerechtigkeit und schont Ressourcen bei Unternehmen und Verwaltung.

Darüber hinaus bieten sich den Unternehmen zahlreiche Möglichkeiten zur Hebung von Effizienzrenditen. Neben den Nutzungsmöglichkeiten von XBRL in der allgemeinen Finanzberichterstattung, z. B. an den elektronischen Bundesanzeiger, an verbundene Unternehmen oder Banken, ist hier die frühzeitige Erlangung von Rechtssicherheit für die Unternehmen im Zuge der risikoorientierten Fallbearbeitung auf Seiten der Verwaltung zu nennen.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

### Wirtschafts- und Finanzlage in ausgewählten Schwellenländern

1	Überblick	53
2	China	55
	Indien	
4	Indonesien	58
5	Korea	60
6	Russische Föderation	62
7	Ukraine	63
8	Argentinien	65
	Brasilien	
10	Mexiko	68
11	Türkei	70
12	Südafrika	71

- Die meisten Schwellenländer konnten im 1. Halbjahr 2011 beeindruckende Wachstumsraten beim realen Bruttoinlandsprodukt aufweisen.
- Die Wachstumsaussichten für diese Länder werden weiterhin als gut eingeschätzt. Insbesondere Asien dürfte auch 2011 und 2012 Wachstumsraten von über 7% aufweisen können.
- In einigen Schwellenländern war ein deutlicher Anstieg der Inflation, insbesondere bedingt durch einen starken Anstieg der Nahrungsmittelpreise, zu verzeichnen.
- 2010 erhielten Entwicklungsländer, Schwellenländer und osteuropäische Transformationsländer erstmals mehr ausländische Direktinvestitionen als die Industrieländer.

#### 1 Überblick

Nach Einschätzung des Internationalen Währungsfonds (IWF) ist für 2011 mit einem globalen Wachstum von 4% zu rechnen. Die Entwicklung verlaufe zwischen den Gruppen der Industrie- und Schwellenländer aber unterschiedlich. Während die Entwicklungsund Schwellenländer laut IWF mit einem soliden Tempo von 6% wüchsen, könnten die Industrieländer nur ein Wachstum von 1½% aufweisen. Der IWF sieht die weltwirtschaftliche Lage durch eine erhebliche Zunahme von Abwärtsrisiken gekennzeichnet, zum einen realwirtschaftlich durch den parallelen Rückgang der Wachstumsdynamik in allen Weltregionen, zum anderen bedingt durch Unsicherheiten über die Finanzierungslage von öffentlichen Haushalten und Finanzinstitutionen. Die vom Euroraum ausgehenden Unsicherheiten sowie ein möglicher weiterer Rückgang des Wachstums in den USA sieht der IWF als wesentliche Risiken.

Die Asiatische Entwicklungsbank (ADB) erwartet, dass aufgrund starker Inlandsnachfrage und ausgeprägten intraregionalen Handels das Wachstumsmoment in der Region beibehalten werden kann. Für 2011 und 2012 wird ein Wachstum von 7,5 % angenommen. Allerdings gebe die Inflationsentwicklung Anlass zur Besorgnis. So habe sich der Preisdruck in der ersten Jahreshälfte mit dem rapiden Wachstum in Asien und den steigenden Rohstoffpreisen deutlich erhöht. Die ADB prognostiziert für 2011 eine Inflation von 5,8 %, bevor sie 2012 auf 4,6 % zurückgehen werde.

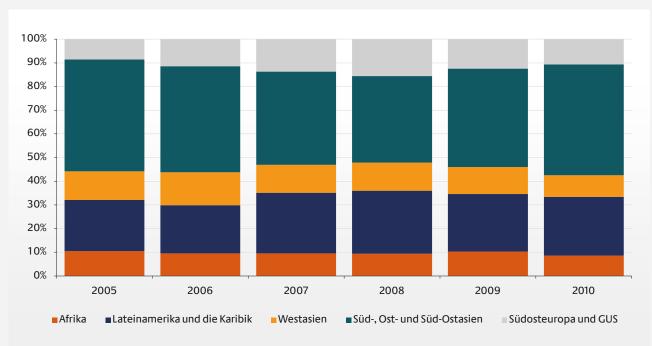
WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Trotz einer nur mäßigen Erholung der US-Wirtschaft und einer deutlichen Eintrübung der weltwirtschaftlichen Aussichten ist das BIP in Lateinamerika im 1. Halbjahr 2011 robust gewachsen. Insbesondere in den rohstoffexportierenden Ländern Südamerikas, wie Argentinien, Peru oder Chile war die konjunkturelle Dynamik in den ersten Quartalen 2011 kräftig. Dabei profitierten fast alle Länder der Region von günstigen Terms of Trade und - mit Ausnahme von Argentinien - von hohen internationalen Kapitalzuflüssen. Die Inlandsnachfrage ist nach wie vor robust, nicht zuletzt, weil sich die Einkommensperspektive der privaten Haushalte verbessert hat. Kehrseite der Medaille sind hohe und weiter steigende Inflationsraten. So dürfte der Anstieg der Verbraucherpreise 2011 in fast allen Ländern Lateinamerikas höher sein als 2010.

Nach Angaben der UNCTAD haben sich die globalen ausländischen Direktinvestitionen (Foreign Direct Investment, FDI) im

vergangenen Jahr wieder etwas erhöht: um 5% gegenüber dem Vorjahr auf 1244 Mrd. US-Dollar: sie befinden sich aber noch um rund 15% unter dem Vorkrisenniveau. Dabei haben die Entwicklungs-, Schwellensowie Transformationsländer Osteuropas zusammen erstmals mehr FDI erhalten als die Industrieländer. Die UNCTAD geht davon aus, dass das Vorkrisenniveau mit 1400 Mrd. US-Dollar bis 1600 Mrd. US-Dollar 2011 wieder annähernd erreicht werden kann, die FDI 2012 auf 1700 Mrd. US-Dollar ansteigen werden und 2013 mit 1900 Mrd. US-Dollar den bisherigen Höchststand von 2007 wieder erreichen könnten. Der globale Anstieg 2010 verdeckt allerdings, dass die Zuflüsse recht ungleich verteilt waren und die FDI in vielen Ländern und Regionen rückläufig waren. Rund 50% aller FDI in die Entwicklungs-, Schwellen- sowie Transformationsländer flossen in fünf Länder (China, Hongkong, Brasilien, Singapur, Saudi Arabien). Insbesondere die Entwicklungsund Schwellenländer konnten nicht nur als Empfänger von FDI, sondern auch als

Abbildung 1: Anteil der Regionen an den jeweiligen Zuflüssen ausländischer Direktinvestitionen in Entwicklungs-, Schwellen- und Transformationsländern



Quelle: UNCTAD World Investment Report 2011.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Auslandsinvestoren verstärkt in Erscheinung treten. Ihr Anteil an den Auslandsinvestitionen stieg um 21% gegenüber dem Vorjahr auf 388 Mrd. US-Dollar, und sie tragen so zu 29% zu den globalen Auslandsinvestitionen bei. Treiber für diese Entwicklung sind insbesondere die Länder aus Süd-, Ost- und Südostasien sowie Lateinamerika.

#### 2 China

Das Wachstum des realen BIP hat sich in China im 3. Quartal verlangsamt, erreichte aber noch 9,1% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, nach 9,5% im 2. Quartal. Der IWF erwartet für 2011 einen Zuwachs beim realen BIP von 9,5% und 9,0% für 2012, was eine Abschwächung gegenüber der Periode 2000 bis 2007 bedeuten würde. Gründe für die Abschwächung des Wachstums sind neben den Bemühungen der Zentralbank, eine Überhitzung der Wirtschaft zu vermeiden, die Unsicherheiten im Hinblick auf die weltwirtschaftliche Entwicklung durch die Schuldenkrise in den USA und dem Euroraum.

Der Anstieg der Verbraucherpreise, der im Juli mit 6,5 % den höchsten Wert seit 37 Monaten erreichte, hat sich im September mit 6,1 % leicht verlangsamt. Hier schlagen nach wie vor die Nahrungsmittelpreise zu Buche, die rund ein Drittel des Warenkorbes bestimmen und allein im September um 13,4 % gestiegen sind. In den nächsten Monaten wird ein weiteres Abflauen des Preisdrucks erwartet. Die durchschnittliche Inflation liegt in diesem Jahr (Januar bis September) bei 5,7 % und damit noch weit über dem Jahresziel der Regierung von 4 %.

Die chinesische Zentralbank hat ihre Geldpolitik gestrafft und zur Inflationseindämmung in diesem Jahr die Leitzinsen bereits dreimal, zuletzt im Juli (Zins für einjährige Einlagen und einjährige Kredite stiegen um je 25 Basispunkte auf 3,5 % beziehungsweise 6,56 %) erhöht. Außerdem hat sie die Mindestreserveverpflichtung für die Banken sechsmal erhöht – zuletzt im Juni für die großen Staatsbanken auf 21,5 % und

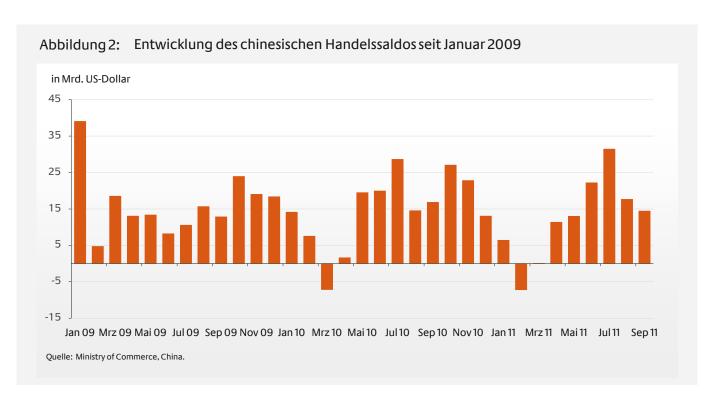
für kleine und mittlere Banken auf 18,5 %. Zudem hat sie Einfluss auf das Kreditwachstum genommen. In diesem Jahr (Januar bis September) haben Banken bisher Kredite von insgesamt 5 691 Mrd. Yuan (rund 790 Mrd. US-Dollar) vergeben. Das Volumen liegt deutlich (mehr als 15 %) unter dem des vergleichbaren Vorjahreszeitraums. Die für 2011 angestrebte Zielmarke von 7 500 Mrd. Yuan dürfte aufgrund der bisherigen Entwicklung durchaus erreichbar sein.

Der chinesische Aktienmarkt befindet sich im laufenden Jahr weiterhin in der Verlustzone. Seit Anfang 2011 verzeichnete der Shanghai Composite Index bis Ende Oktober einen Verlust von rund 11%. Seit Anfang des Jahres sind auch die Aktienkurse der chinesischen Staatsbanken deutlich gefallen. Zur Stützung hat die Central Huijin, eine Tochter des chinesischen Staatsfonds China Investment Corporation (CIC), mit dem Kauf von Aktien der vier großen börsennotierten Staatsbanken (ICBC, CCB, BoC, ABC) begonnen. Die Aktienkurse der Banken erholten sich daraufhin deutlich. Gründe für die negative Entwicklung am Aktienmarkt dürften neben der Entwicklung in den USA und der Euroschuldenkrise unter anderem auch die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung von Spekulationen im Immobiliensektor und die Einschränkung des Kreditvolumens sein.

Die CIC konnte ihr Eigenkapital bis Ende 2010 auf fast 375 Mrd. US-Dollar ausweiten. Das globale Investitionsportfolio der CIC verteilte sich 2010 auf Aktien (48 %), festverzinsliche Wertpapiere (27 %), alternative Investitionen (21 %) sowie dispositive Mittel (4 %). Die festverzinslichen Anlagen umfassen neben US Treasury Bonds auch Euroanleihen. Mit ihren Investitionen konnte die CIC 2010 wie im Vorjahr eine Rendite von 11,7 % erzielen.

Zwar fällt der Handelsbilanzüberschuss derzeit nicht mehr so hoch aus wie im vergangenen Jahr (-10,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum), dennoch entwickelt sich Chinas Außenhandel weiterhin sehr dynamisch. Das Handelsvolumen stieg in

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



diesem Jahr bis September im Vergleich zum Vorjahr um knapp 25 % auf rund 2 680 Mrd. US-Dollar. Es ist zu erwarten, dass es sich bei anhaltend guter Entwicklung auf rund 3 500 Mrd. US-Dollar am Jahresende belaufen dürfte und damit das Niveau des Vorjahres um fast 20 % übersteigen könnte. Die Exporte erhöhten sich bis einschließlich September um knapp 23 % gegenüber dem Vorjahresniveau, die Importe stiegen noch etwas stärker um knapp 27 %.

Die in China getätigten FDI sind nach wie vor hoch. Von Januar bis September flossen rund 87 Mrd. US-Dollar (+ 17% gegenüber dem Vorjahreszeitraum) an FDI nach China, davon allein 9 Mrd. US-Dollar im September (+ 8%). Dabei war ein Rückgang der US-Investitionen in China um knapp 10% im Jahresvergleich zu verzeichnen, während die FDI der EU lediglich um knapp 2% sanken. Auch die Auslandsinvestitionen chinesischer Unternehmen stiegen weiter. Nach offiziellen Angaben haben chinesische Unternehmen 2011 bis einschließlich September Investitionen von knapp 41 Mrd. US-Dollar (ohne Finanzsektor) im Ausland getätigt.

#### 3 Indien

Im abgelaufenen Haushaltsjahr 2010/2011 war Indien eine der weltweit am stärksten expandierenden Volkswirtschaften mit einem realen Wirtschaftswachstum von 8,8% - nach Angaben der Statistikbehörde betrugen die Wachstumsraten im Primärsektor 6,6%, im Sekundärsektor 7.9% und im Tertiärsektor 9,4%. Der Anteil der Sektoren am BIP betrug danach 14,9%, 20,1% beziehungsweise 65%. Für das seit April laufende Haushaltsjahr 2011/2012 geht die Zentralbank in ihrer jüngsten Projektion (Oktober 2011) von einem Wirtschaftswachstum von 7,6 % aus. Dies berücksichtigt auch die bisherige Entwicklung – im Quartal von April bis Juni konnte nur ein Wert von 7.7 % für das BIP-Wachstum ausgewiesen werden. Das indische Wachstum wird insbesondere von der Binnennachfrage getragen.

Das relative hohe Wachstum geht aber mit einer Preisentwicklung einher, die die Zentralbank des Landes zum Handeln veranlasst. Die Inflation in Indien, gemessen auf Basis der Großhandelspreise (Wholesale

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Price Index, WPI), erreichte im August mit fast 9,8% (gegenüber dem Vorjahreszeitraum) ein relativ hohes Niveau. Auch die Verbraucherpreise (Consumer Price Index, CPI) stiegen um mehr als 9%, wobei insbesondere bei den Lebensmittelpreisen der zweistellige Bereich erreicht ist. Die Zentralbank hat aufgrund der Inflationsentwicklung bereits seit Anfang 2010 ihre Geldpolitik gestrafft. Um dem Inflationsdruck zu widerstehen, hat sie allein in diesem Jahr die Leitzinsen bereits siebenmal erhöht, zuletzt im Oktober. Der Ausleihzinssatz (Reposatz) stieg zuletzt um 25 Basispunkte auf nunmehr 8,5%, während der Einlagensatz (Satz für reverse Repogeschäfte) ebenfalls um 25 Basispunkte auf 7,5 % angehoben wurde. Mit der Verengung des Zinskorridors zwischen beiden Sätzen auf 100 Basispunkte, die im letzten Jahr erfolgte, soll die Volatilität der kurzfristigen Zinsen verringert werden.

Die Rupee verzeichnete seit Jahresbeginn eine relativ kontinuierliche und in den vergangenen Wochen bis Ende Oktober signifikante Abwertung gegenüber dem US-Dollar. Seit Jahresbeginn beträgt die Abwertung gegenüber dem US-Dollar rund 8 %, gegenüber dem Euro rund 14 %. Der indische Aktienmarkt musste im Laufe des Jahres deutliche Verluste hinnehmen. Der Bombay Stock Exchange Sensitive Index (SENEX) verzeichnete seit Jahresbeginn bis Ende Oktober ein Minus von rund 13 %.

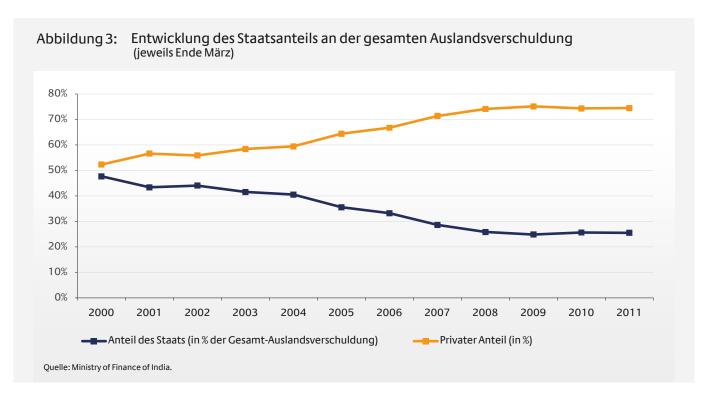
Das Handelsvolumen übertraf im Fiskaljahr 2010/2011 die Marke von 600 Mrd. US-Dollar, dabei wurde das Handelsdefizit mit weit über 100 Mrd. US-Dollar ausgewiesen. Die Exporte Indiens sind im laufenden Fiskaljahr (April bis August) kontinuierlich um über 50 % gegenüber dem Vorjahr auf 135 Mrd. US-Dollar angestiegen. Dem liegt eine Diversifizierung der Exportzusammensetzung und der Destinationen zugrunde. Allerdings war auch ein relativ starker Anstieg der Importe um rund 40 % (auf 189 Mrd. US-Dollar) zu verzeichnen; dies bedingte eine Ausweitung des Handelsdefizits um 15 %.

Durch die steigende Binnennachfrage ist mit einer weiteren Erhöhung der Importe zu rechnen. Dies birgt jedoch das Risiko eines weiter steigenden Handels- und Leistungsbilanzdefizits.

Indien war im Fiskaljahr 2010/2011 Destination für FDIs in Höhe von gut 30 Mrd. US-Dollar. Im Fiskaljahr 2011/2012 flossen im Zeitraum von April bis August 2011 insgesamt knapp 21 Mrd. US-Dollar an FDI nach Indien; sie haben sich damit gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres in etwa verdoppelt. Die UNCTAD geht davon aus, dass Indien im Zeitraum von 2010 bis 2012 zu den fünf attraktivsten Destinationen für FDI zählen wird. Auch indische Unternehmen haben in den vergangenen Jahren verstärkt im Ausland investiert. Nach Angaben der Zentralbank sind die Auslandsinvestitionen indischer Unternehmen im Fiskaljahr 2010/2011 um 144% gegenüber dem Vorjahr auf knapp 44 Mrd. US-Dollar gestiegen. In den ersten sechs Monaten des laufenden Fiskaljahres (April bis September) betrugen die indischen Auslandsinvestitionen gut 19 Mrd. US-Dollar.

Die indische Auslandsverschuldung hat sich im Fiskaljahr 2010/2011 erhöht. Ende März 2011 lag sie bei knapp 306 Mrd. US-Dollar damit ist sie um mehr als 17 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Bezogen auf das BIP ist die Rate der externen Verschuldung nach wie vor rückläufig und lag nur noch bei 17,3 % (Vorjahr: 18 %). Auch die Verschuldungsstruktur im Ausland bleibt relativ günstig. Der Anteil der kurzfristigen Verschuldung an der Auslandsverschuldung erreicht etwas mehr als 21%, ein Anstieg um 1,2 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Der Anteil der staatlichen Auslandsverschuldung beträgt 25,6% der gesamten Auslandsverschuldung und liegt damit nur unwesentlich unter dem Vorjahresniveau. Für Juni 2011 wurde eine Erhöhung der gesamten Auslandsverschuldung um 10 Mrd. US-Dollar gemeldet.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



#### 4 Indonesien

Indonesiens Präsident Susilo Bambang Yudhoyono nahm Mitte Oktober eine seit längerem erwartete Kabinettsumbildung vor. Dabei wurden 11 Ministerposten neu besetzt. Die Neubesetzung stellt aber keinen grundlegenden Wechsel der Politik dar, da auch das neue Kabinett durch den auf Konsens ausgerichteten Regierungsstil des Präsidenten geprägt ist. Insgesamt sind sechs der neun im Parlament vertretenen Parteien, die zusammen rund 75 % der Mandate innehaben, in die Regierung eingebunden. Sowohl der Finanzminister als auch der koordinierende Wirtschaftsminister blieben im Amt. Zudem wurde die Funktion des G20-Sherpa im Finanzministerium statt im Handelsministerium angesiedelt; diese wird weiterhin durch den bisherigen Vizehandelsund nun neuen Vizefinanzminister Mahendra Siregar wahrgenommen. Zudem wurde der bisherige Leiter der Investitionsbehörde BKPM, Gita Wirjawan, ein Befürworter von Handelsliberalisierung und Auslandsinvestitionen, zum neuen Handelsminister ernannt.

Die Wirtschaft Indonesiens expandiert weiter. Das reale BIP wuchs in der 1. Jahreshälfte 2011 um 6,5 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Für 2011 und 2012 prognostiziert der IWF ein weiterhin robustes Wachstum von 6,4% beziehungsweise 6,3%. Neben Exportsteigerungen aufgrund zunehmender Nachfrage in China, Indien und den ASEAN-Staaten sind die ausgedehnte Staatsnachfrage sowie der starke private Konsum, der auch 2011 einen Großteil des indonesischen BIP ausmachen dürfte, die Wachstumstreiber. Dem IWF zufolge wird es in den kommenden Jahren durch steigendes Kreditwachstum, steigende FDI sowie Steueranreize für den Erwerb von Wohneigentum zu steigenden Investitionen und somit zu stetigem Wirtschaftswachstum kommen.

Der Inflationsdruck hat auch aufgrund sinkender Nahrungsmittelpreise seit Jahresanfang nachgelassen. Im September 2011 sind die Verbraucherpreise um 4,6 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen. Dies lag innerhalb des von der indonesischen Zentralbank Bank Indonesia für die Inflationsentwicklung 2011 vorgesehenen Zielkorridor von 5 % (±1%). Die Bank Indonesia

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

hat angesichts der stabilen Entwicklung im Oktober 2011 den Leitzins um 25 Basispunkte auf 6,5 % gesenkt. Sie erwartet, dass die Inflationsrate auch im Gesamtjahr 2011 innerhalb des Zielkorridors liegen wird. Der IWF prognostiziert eine Inflation von 5,7 %, was ebenfalls innerhalb des Zielkorridors liegen würde.

Die Entwicklung an den indonesischen Finanzmärkten ist in diesem Jahr durch relativ hohe Volatilität gekennzeichnet. Der indonesische Aktienmarkt lag Ende Oktober 2011 mit einem leichten Minus in etwa auf dem Niveau zu Jahresbeginn. Zwischenzeitlich kam es jedoch zu großen Ausschlägen. So erreichte der Jakarta Composite Anfang August ein Allzeithoch mit über 4190 Punkten, wohingegen Anfang Oktober mit knapp 3 270 Punkten der bisherige Tiefstwert im Jahresverlauf ausgewiesen wurde. Die Risikoaufschläge für indonesische Staatsanleihen sind seit Jahresbeginn, wie in den anderen Schwellenländern auch, deutlich gestiegen und lagen Ende Oktober bei 257 Punkten.

Weiterhin hohe Kapitalzuflüsse aus dem Ausland, ausgelöst durch hohe Zins- und Renditedifferenzen zu den Industrieländern. haben die Währungsreserven Indonesiens weiter ansteigen lassen. Ende September lagen diese bei 114,5 Mrd. US-Dollar und haben sich damit seit Anfang 2009 mehr als verdoppelt. Die indonesische Rupiah hat von Anfang 2009 bis Mitte 2011 gegenüber dem US-Dollar deutlich aufgewertet und im August einen Wert von 8 455 Rupiah/US-Dollar realisiert. Seitdem ist aber eine leichte Abwertung zu verzeichnen. Die Bank Indonesia versuchte nicht grundsätzlich eine Aufwertung zu verhindern, sondern war bestrebt, durch Interventionen die Geschwindigkeit der Wechselkursänderungen zu bremsen beziehungsweise in geordnete Bahnen zu lenken. So hat sie auch Mitte September, als die Rupiah gegenüber dem US-Dollar relativ deutlich an Wert verlor, mit US-Dollar-Verkäufen interveniert.

Die Schuldenquote dürfte 2011 weiter sinken. Laut Prognose des IWF werden die Staatseinnahmen vor allem aufgrund des



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

kräftigen Wachstums, der gestiegenen Öl- und Gaseinnahmen und der höheren Ausfuhrabgaben zunehmen. Der Anteil der Staatsverschuldung am BIP dürfte sich 2011 auf rund 25 % reduzieren.

Indonesiens Außenhandel verzeichnete aufgrund der robusten Inlandsnachfrage und der gestiegenen Nachfrage im asiatischen Raum einen deutlichen Anstieg. Von Januar bis August stiegen die Exporte um + 35 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf 135 Mrd. US-Dollar. Auch die Importe wuchsen, allerdings mit knapp 31% nicht ganz so stark, auf 115 Mrd. US-Dollar. Für das Gesamtjahr 2011 erwartet die Statistikbehörde ein Exportvolumen von rund 200 Mrd. US-Dollar. Der IWF rechnet für 2011 mit einem nur noch geringen Leistungsbilanzüberschuss von 0,2%.

Als Folge der positiven Wirtschaftsdaten entwickeln sich die inländischen Investitionen und die FDI besser als erwartet. Nach Angaben der Investitionsbehörde BKPM dürften die direkten Investitionen 2011 rund 290 Bio. Rupiah (32,5 Mrd. US-Dollar) betragen. Das von der Regierung gesetzte Ziel von 240 Bio. Rupiah könnte damit deutlich übertroffen werden. Die gesamten Investitionen von Januar bis September beziffert die BKPM auf 181 Bio. Rupiah (+ 20,9 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum); davon entfielen 129 Bio. Rupiah auf FDI. Diese stammten überwiegend aus Singapur, den USA, den Niederlanden, Japan und Südkorea, und es handelte sich hauptsächlich um Engagements in den Bereichen Transport und Telekommunikation sowie Bergbau. Das kräftige Investitionswachstum dürfte sich dank umfangreicher ausländischer Direktinvestitionszuflüsse, vor allem in der Rohstoff- und Fertigungsindustrie wie auch im Einzelhandel, fortsetzen.

#### 5 Korea

Im September hat Präsident Lee Myung-bak einen neuen Verteidigungsminister berufen, von dem eine flexiblere Nordkoreapolitik

erwartet wird. Außerdem trat im gleichen Monat der Wirtschaftsminister zurück. Er übernahm damit die Verantwortung für Stromausfälle, die Teile von Seoul und anderen Regionen des Landes Mitte September lahmgelegt hatten. Zudem wurde am 26. Oktober ein neuer Bürgermeister in der Hauptstadt gewählt. Der unabhängige Kandidat Park Won-soon  $konnte\,sich\,mit\,mehr\,als\,53\,\%\,gegen\,den$ Kandidaten der Regierungspartei GNP (Große Nationalpartei) durchsetzen. Die Position des Oberbürgermeisters ist in der koreanischen Politik durchaus mit großem politischem Einfluss verbunden. Auch der amtierende Staatspräsident Lee Myung-bak war vor seinem Amtsantritt Bürgermeister von Seoul.

Das koreanische Wirtschaftswachstum hält auch 2011 an, allerdings schwächte es sich im Verlauf des Jahres deutlich von 4,2% im 1. Quartal (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum) auf 3,4% im 2. Quartal ab. Der IWF hat seine Wachstumserwartung für 2011 von 4,5% auf 4,0% nach unten korrigiert.

Nach Angaben des koreanischen Statistischen Amts stiegen die Verbraucherpreise im September gegenüber dem Vorjahr um 4,3 %, nach 5,3 % im August. Die Preise von Petroleumprodukten und ver- und bearbeiteten Lebensmitteln erhöhten sich dabei jeweils deutlich um 16,5 % und 8,0 %. Der Handlungsspielraum von Regierung und Zentralbank zur Eindämmung der hohen Inflation und zur Rückführung der übermäßigen Verschuldung der Privathaushalte ist durch die hohe Volatilität der Finanzmärkte eher eingeschränkt.

Ende Oktober verzeichnete der Seoul Composite Index einen Wertverlust seit Jahresbeginn von rund 7% - zwischenzeitlich (im September) hatte der Verlust bei rund 15 % gelegen. Der Aktienindex KOSPI war Ende September um 22,5 % gegenüber dem Stand von Ende Juli gefallen (von 2133 Punkten auf 1653 Punkte). Die Heftigkeit der Kursbewegungen reflektiert neben der hohen Nervosität der Anleger auch Koreas kontinuierlich steigende Abhängigkeit

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

vom Außenhandel und damit seine Anfälligkeit für externe Schocks.

Im September geriet der koreanische Won unter Abwertungsdruck. Gegenüber dem US-Dollar wertete der Won allein von Ende August (1066 Won/US-Dollar) bis Ende September (1173 Won/US-Dollar) um 10% ab. Auch gegenüber dem Euro gab der Won nach, wenn auch mit - 4% nicht so stark. Die Währungsreserven des Landes betrugen Ende September 303 Mrd. US-Dollar. Sie sind gegenüber dem Vormonat um knapp 9 Mrd. US-Dollar gesunken. Die koreanischen Währungsreserven dürften derzeit die achthöchsten der Welt sein.

Der Budgetentwurf des Finanzministeriums für 2012 sieht Ausgaben in Höhe von 273 Mrd. US-Dollar (+ 5,5%) vor. Dabei soll das Haushaltsdefizit von 2% im Jahr 2011 auf 1% des BIP im Jahr 2012 zurückgeführt werden. Ziel ist ein ausgeglichener Haushalt bis 2013. Die Projektion der Regierung geht von einem Wirtschaftswachstum von 4,5% und einer Inflation von 3% im nächsten Jahr aus.

Die koreanische Bankenaufsicht hat im September sieben Sparkassen für vorläufig insolvent erklärt; bereits im Frühjahr hatte sie neun Institute schließen lassen. Hintergrund der durch leichtfertige Kreditvergabe bei spekulativen Bauvorhaben verursachten Sparkassenkrise sind offenbar auch illegale Kreditvergaben. Der Anteil der Sparkassen am Finanzmarkt liegt zwar unter 3%, die zweite Insolvenzrunde wirft allerdings Schatten auf den Immobiliensektor.

Korea ist es gelungen, seine Handelsstrukturen zu diversifizieren. Dadurch konnte das von Nachfragerückgängen in einer Region ausgehende Risiko erheblich verringert werden. In diesem Zusammenhang zeigt sich, dass der relative Anteil von USA und EU am Außenhandel Koreas im Zeitraum von 2008 bis zum 1. Halbjahr 2011 leicht rückläufig war – von 9,9% auf 9,4% (USA) beziehungsweise 11,5% auf 10,1% (EU). Hingegen ist die Bedeutung Chinas und anderer asiatischer Länder deutlich gestiegen inzwischen gehen mehr als 40 % der Exporte Koreas in diese Länder. Nach Angaben der Bank of Korea (BoK) erreichte Korea im August einen Leistungsbilanzüberschuss von etwa 400 Mio. US-Dollar, Dadurch hat Korea 18 Monate in Folge Überschüsse in der Leistungsbilanz erzielt. Für 2011 erwartet die BoK, dass der geplante Leistungsbilanzüberschuss von 15,5 Mrd. US-Dollar erreichbar ist.



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Die koreanischen Direktinvestitionen im Ausland stiegen im 1. Halbjahr 2011 um 132 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum auf knapp 27 Mrd. US-Dollar. Dabei haben koreanische Unternehmen überwiegend im Bergbaubereich (Öl- und Gasexploration) investiert. Bevorzugte Investitionsländer waren hierbei die USA, Australien und Kambodscha.

#### 6 Russische Föderation

Die politische Situation in Russland war zuletzt von der Entscheidung geprägt, dass Premierminister Wladimir Putin im März 2012 als Präsidentschaftskandidat und Präsident Dmitri Medvedev im Dezember 2011 bei den Parlamentswahlen als Spitzenkandidat antreten werden. Damit sind die personellen Unsicherheiten geklärt, gleichzeitig hat aber der Rücktritt von Finanzminister Alexei Kudrin in diesem Zusammenhang Fragen hinsichtlich der künftigen Ausrichtung der russischen Finanzpolitik aufgeworfen.

Die Wachstumsdynamik der russischen Wirtschaft hat sich im Laufe des Jahres verlangsamt und dürfte zum Ende des Jahres 2011 voraussichtlich bei knapp 4 % liegen. Haupttriebfedern des Wachstums sind die seit Sommer ansteigenden Investitionen und der private Konsum, der sich u. a. in seit Februar 2011 stetig angestiegenen Einzelhandelsumsätzen niederschlägt. Für 2012 wird mit ähnlichen Zahlen wie 2011 gerechnet. Die Inflationsrate lag im 1. Halbjahr 2011 bei 9 %, die Arbeitslosenquote bei 6,5 % mit starken regionalen Unterschieden. An der starken Ölpreisabhängigkeit der russischen Wirtschaft hat sich bislang nichts geändert.

Die Haushaltsplanung bis 2014 sieht vor, die vorhandenen fiskalischen Spielräume vollständig für staatliche Ausgabenprogramme zu nutzen und die Rückführung des gegenwärtig bei über 10 % des BIP liegenden non-oil deficit zurückzustellen. Die Verschuldung des russischen Staates gegenüber dem Ausland belief sich zur Jahresmitte 2011 auf nur 37 Mrd. US-Dollar. Die

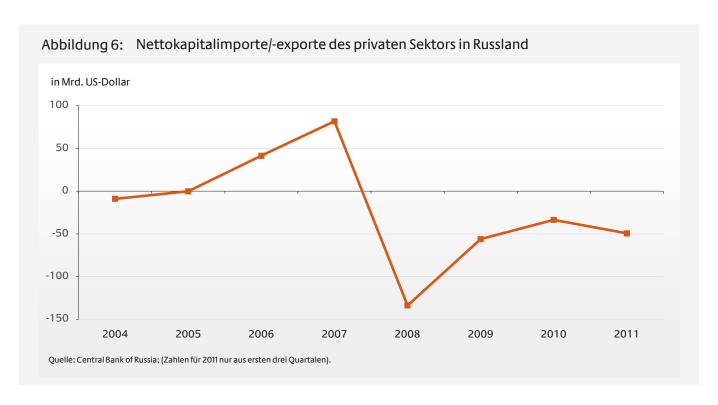
Staatsschulden/BIP-Quote ist ebenfalls gering und liegt bei nur 11%. Die Budgetplanung für den Zeitraum 2012 bis 2014 ging vor wenigen Monaten noch von einem jährlichen Budgetdefizit zwischen 2,5% und 2,75% aus, inzwischen wurde die Schätzung auf 1,5% reduziert.

Die Leitzinsen der russischen Zentralbank befanden sich von 2009 bis zur Jahresmitte 2010 in einem stetigen Abwärtstrend (Tiefpunkt am 1. Juni 2010 mit 7,75 %), seitdem sind sie auf 8,25 % angestiegen. Die Sparquote der russischen Bevölkerung ist tendenziell rückläufig. Der Verschuldungsgrad der außerhalb des Öl-Gas-Sektors tätigen Unternehmen gilt als bedenklich, im Falle einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums könnte der Anteil notleidender Kredite (bisher 5 % bis 6 % des Kreditportfolios) deutlich ansteigen.

Der Handelsbilanzüberschuss Russlands im laufenden Jahr erreichte rohstoffbedingt im Juli 2011 fast 118 Mrd. US-Dollar, eine Steigerung von knapp 22 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Im Laufe des Jahres 2011 sind sowohl Importe als auch Exporte deutlich angestiegen. Deutschland ist zweitgrößter Handelspartner Russlands (nach China) mit einem Anteil von knapp 9 % des gesamten Außenhandelsvolumens.

Ab Anfang August kam der Rubel zunehmend unter Abwertungsdruck, nachdem er sich seit Beginn des Jahres relativ stabil entwickelt hatte. In den Monaten August und September fiel er gegenüber dem Euro um etwa 10 % und gegenüber dem US-Dollar um 15 %. Hintergrund war neben dem Abbau der Rubelguthaben durch ausländische Unternehmen angesichts der sich verschärfenden internationalen Schuldenkrise die Befürchtung russischer Unternehmen, ihre Kreditlinien bei westlichen Banken nicht weiterführen zu können. Die Zentralbank verkaufte Reserven in Höhe von 6 Mrd. US-Dollar, die höchste Summe seit dem Krisenjahr 2008. Das Wechselkursband wurde um 35 Kopeken in Richtung eines schwächern

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Rubels verschoben (32,50-37,50 Rubel).
Druck auf die Währung wird auch durch die Nettokapitalabflüsse verursacht, die sich vom 1. Quartal bis 3. Quartal auf 49,3 Mrd. US-Dollar akkumulierten. Im Oktober hat sich der Rubel wieder stabilisiert (27. Oktober: 1 US-Dollar = 30 Rubel).

Die russische Regierung ist sichtlich bemüht, bei potenziellen ausländischen Investoren ein Klima des Vertrauens zu schaffen, und betont bei öffentlichen Auftritten das berechtigte Interesse der Investoren an der Berechenbarkeit und Verlässlichkeit der russischen Wirtschaftspolitik. Nicht erkennbar ist derzeit allerdings, wie die Forderung des Präsidentschaftskandidaten Putin erfüllt werden soll, das Wirtschaftswachstum auf Vorkrisenniveau zu heben. Ein schlüssiges Reformprogramm zur Verbesserung des Investitionsklimas fehlt bisher, und der Spielraum für neue staatliche Ausgabenprogramme zur Stimulierung der Konjunktur ist weitgehend ausgeschöpft, soweit man nicht deutlich steigende Haushaltsdefizite in Kauf nehmen will.

#### 7 Ukraine

In der Ukraine amtiert seit Februar 2010 Präsident Wiktor Janukowytsch. Mit dem Sieg bei den umstrittenen letzten Kommunalwahlen am 31. Oktober 2010 hat seine Machtfülle und die seiner Partei der Regionen weiter zugenommen. Zunehmend wird dem Präsidenten vorgeworfen, demokratische und rechtsstaatliche Spielregeln zu missachten. Dies war zuletzt durch die Verurteilung von Ex-Premierministerin Julia Tymoschenko am 11. Oktober 2011 wieder besonders in die öffentliche Diskussion gerückt. Diese Unsicherheiten dürften auch die künftige wirtschaftliche Entwicklung der Ukraine belasten.

Das wirtschaftliche Wachstum der Ukraine hat sich 2011 im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs - insbesondere auch aufgrund einer verbesserten Binnennachfrage wegen gestiegener Reallöhne - leicht verbessert. Das ukrainische Wirtschaftsministerium hat

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

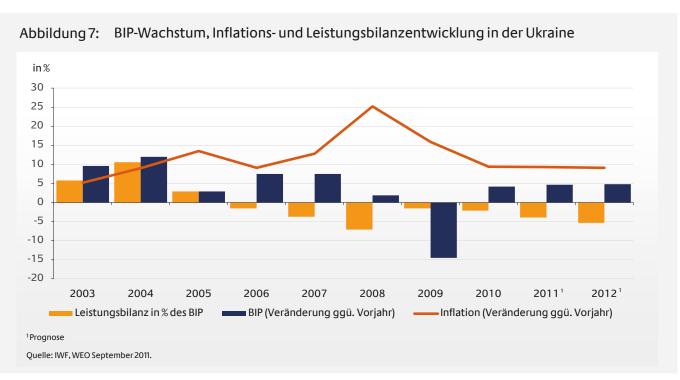
seine Wachstumsprognose für dieses Jahr von 4,5 % auf 4,7 % (Stand Juni) angehoben, seine Inflationserwartung beträgt 8,9 %, das geplante Haushaltsdefizit soll in diesem Jahr bei 3,1 % des BIP liegen (ohne Unterstützung für Naftogas).

Die Staatseinnahmen entwickelten sich zunächst positiver als erwartet, die Ausgaben stiegen nur moderat. Geplante Gehaltserhöhungen im öffentlichen Sektor sowie geringere Steuereinnahmen aufgrund der seit April reduzierten Körperschaftsteuer dürften das Jahresergebnis aber belasten. Insgesamt wird 2011 allerdings mit Privatisierungseinnahmen in Höhe von mehr als 11 Mrd. Hryvnja gerechnet.

Seit Jahren bemüht sich die Nationalbank um eine Glättung des Wechselkurses gegenüber dem US-Dollar. Der IWF kritisiert die mangelnde Orientierung an der preislichen Wettbewerbsfähigkeit und fordert mehr Wechselkursflexibilität. In den vergangenen Monaten fiel der Hryvnja-Kurs durch steigende Importe und erhöhte Devisennachfrage (1 US-Dollar = knapp 8 Hryvnja); eine

weitere Abwertung wird erwartet. Der Bankensektor hat sich etwas stabilisiert und konnte Vertrauen zurückgewinnen, ist aber weiterhin störanfällig. Die Kontrolle durch die Nationalbank (NBU) und der institutionelle und regulative Rahmen des Sektors sind weiterhin verbesserungsbedürftig.

Besorgniserregend stellt sich die Entwicklung des Leistungsbilanzdefizits der Ukraine dar, das sich im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppelt hat. Als Gründe werden die hohen Preise für russische Gasimporte sowie eine stärkere Importnachfrage genannt. Bisher ist es der Ukraine nicht gelungen, Russland in Bezug auf den Gaspreis zu Konzessionen zu bewegen, und es zeichnet sich auch nicht ab, dass es ohne größere ukrainische Zugeständnisse (GUS-Zollunion, Joint Venture von Gazprom und Naftogas) dazu kommen wird. Der Nettozufluss von FDIs ist insbesondere angesichts der rechtlichen Unsicherheiten gering und wird sich nach Einschätzung der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) von 4,2 % des BIP (2010) auf 3,9 % (2011) verringern.



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Die gesamte Auslandsverschuldung (privat und staatlich) liegt derzeit bei gut 117 Mrd. US-Dollar (knapp 86 % des BIP). Die öffentliche Verschuldung liegt bei circa 40 % des BIP. Ein Großteil der externen Verschuldung ist kurzfristiger Natur und muss innerhalb der nächsten zwölf Monate refinanziert werden. Marktzugang zu den Finanzmärkten über Eurobonds besteht seit Sommer 2010 nicht mehr.

Zur Stabilisierung ihrer Wirtschaft hatte sich die Ukraine im vergangenen Jahr an den IWF gewandt. Der IWF hatte am 28. Juli 2010 einen neuen Kredit in Höhe von 15,2 Mrd. US-Dollar bewilligt, der über 29 Monate läuft (Juli 2010 bis Dezember 2012). Das IWF-Programm sieht eine Auszahlung in zehn Tranchen mit vierteljährlichen Überprüfungen vor – ist aber seit sechs Monaten ausgesetzt ("off track"), weil die Ukraine die Bedingungen für die Auszahlung der nächsten Tranche nicht erfüllt. Nachdem die vom IWF geforderte Rentenreform nun auf dem Wege ist, hakt es noch an der zweiten Erhöhung der Gaspreise für die Endverbraucher, die von der Regierung bislang stark subventioniert und als Instrument der Sozialpolitik eingesetzt werden.

Im Zusammenhang mit dem Stocken des IWF-Programms stehen auch finanzielle Hilfen anderer internationaler Geber wie EU und EBRD in Frage. Zum Ausgleich von Zahlungsbilanzdefiziten war auch eine Makrofinanzhilfe der EU in Form eines Darlehens von bis zu 500 Mio. €, zahlbar in zwei Tranchen, mit einer Laufzeit von maximal 15 Jahren vorgesehen, über die neu nachgedacht wird. Auch das Freihandels- und Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine dürfte unter den gegenwärtigen politischen Umständen kaum ratifiziert werden können.

#### 8 Argentinien

Am 23. Oktober 2011 fanden in Argentinien die Präsidentschaftswahlen statt. Zudem

wurden die Hälfte des Abgeordnetenhauses und ein Drittel des Senats sowie neun Provinzgouverneure gewählt. Wie erwartet, wurde die amtierende Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner mit einer überragenden Mehrheit bereits im ersten Wahlgang bestätigt. Sie gewann die Wahlen mit über 53% der Stimmen. Außerdem konnte ihre politische Wahlallianz "Frente para la Victoria" die parlamentarische Mehrheit zurückerobern, die sie bei den Wahlen im Juni 2009 verloren hatte. Dieses Rekordergebnis ist vor allem auf die gute Wirtschaftslage, eine zerstrittene Opposition und hohe Sympathiewerte von Cristina Kirchner zurückzuführen. Den zweiten Platz erreichte der Sozialist Hermes Binner. Allerdings konnte er nur rund 17 % der Stimmen auf sich vereinen.

Die wirtschaftliche Expansion in Argentinien setzt sich, trotz deutlicher Eintrübung der Aussichten für die Weltwirtschaft, unvermindert fort. Das BIP stieg nach Angaben der argentinischen Statistik-Agentur INDEC in den ersten beiden Quartalen 2011 jeweils mit Raten von über 9% gegenüber dem Vorjahr. Private Wirtschaftsforschungsinstitute gehen zwar von niedrigeren Raten aus, doch auch der IWF erwartet nach jüngsten Prognosen einen BIP-Zuwachs von 8 % für 2011. Damit dürfte Argentinien das mit Abstand höchste Wirtschaftswachstum in der Region aufweisen. Getragen wird der Aufschwung vom privaten Konsum, der dank einer expansiven Fiskalpolitik, hohen Reallohnzuwächsen und einem Kreditboom weiter rasch expandiert. Zudem profitiert Argentinien von den nach wie vor hohen Weltmarktpreisen für Rohstoffe und Nahrungsmittel.

Für dieses Jahr erwartet der IWF einen - unter Herausrechnung der Zinslast - positiven Haushaltsüberschuss in Höhe von 1,1% des BIP. Allerdings dürfte sich die Haushaltsbilanz, auch wegen steigender Staatsausgaben während des Wahlkampfes, verschlechtern. Bei der Finanzierung der Staatsausgaben kommt der argentinischen Zentralbank nach wie vor eine entscheidende Rolle zu.

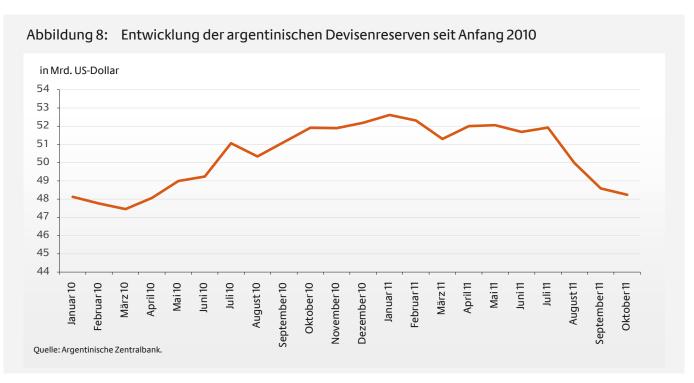
WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Eine große wirtschaftspolitische
Herausforderung bleibt die Inflation. Im
1. Halbjahr 2011 überstiegen nach offiziellen
Angaben die Verbraucherpreise ihr
Vorjahresniveau um circa 10 %. Private Institute
schätzen die Inflation weitaus höher ein und
gehen von 20 % bis 25 % aus. Die argentinische
Regierung ist weiterhin mit dem IWF in Bezug
auf die Inflationsmessung im Gespräch. Bis
Ende des Jahres beabsichtigt das Executive
Board des IWF sich zu den Fortschritten der
argentinischen Statistikbehörde bezüglich
ihrer Berechnungs- und Erfassungsmethode
des offiziell ausgewiesenen
Konsumentenpreisindexes zu äußern.

Seit Anfang des Jahres hat der Peso gegenüber dem US-Dollar um rund 6% abgewertet. Um die Abwertung zu beschränken, hat die argentinische Zentralbank zuletzt verstärkt am Devisenmarkt interveniert. So sind seit August die Devisenreserven um rund 3,9 Mrd. US-Dollar gesunken und liegen aktuell bei 48,2 Mrd. US-Dollar. In allen anderen Volkswirtschaften der Region sind die Devisenreserven hingegen gestiegen.

Für die kommenden Monate wird mit einem weiteren Pesoverfall gerechnet, da die wiedergewählte Präsidentin die Abwertung des Peso beschleunigen dürfte, um die Wettbewerbsfähigkeit Argentiniens zu verbessern. In der Vergangenheit kam es nach Präsidentschaftswahlen in Argentinien bereits mehrfach zu deutlichen Abwertungen der einheimischen Währung. Die Aussichten eines Kursrutsches des Peso tragen zu einer Beschleunigung der Kapitalflucht aus Argentinien bei. Nach Angaben der Zentralbank wurden im 1. Halbjahr 2011 fast 10 Mrd. Dollar aus der argentinischen Volkswirtschaft abgezogen. Im August dürften rund 2,5 Mrd. US-Dollar das Land verlassen haben. Um die Kapitalflucht zu mindern, steigen die Einlagezinsen. Seit Ende Juli ist der Zins für 30-tägige Bankeinlagen von mehr als 238 000 US-Dollar um 6 Prozentpunkte gestiegen. Ende Oktober erreichte er 17,75 %.

Die Exporte und Importe sind im 1. Halbjahr 2011 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum deutlich gestiegen. Dabei legten die Exporte um 25 %



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

(79 Mrd. US-Dollar) und die Importe um beinahe 40 % (69 Mrd. US-Dollar) zu. Der Handelsbilanzüberschuss nimmt somit weiter ab. Die argentinische Regierung versucht zwar, mit Importbeschränkungen diesen Trend abzuschwächen, doch ist mit einem weiteren Rückgang des Handelsbilanzüberschusses zu rechnen. Erstmals nach dem Krisenjahr 2002 erwartet der IWF für dieses Jahr sogar ein Leistungsbilanzdefizit.

#### 9 Brasilien

Die Staatspräsidentin Dilma Rousseff hat im Januar 2011 ihr Amt übernommen und musste zwischen Juni und September bereits fünf Ministerrücktritte verkraften. Zuletzt trat der Tourismusminister Pedro Novais am 14. September aufgrund von Korruptionsvorwürfen zurück. Zuvor hatten bereits der Kabinettschef, der Verkehrsminister und der Agrarminister nach Korruptionsvorwürfen ihr Amt niederlegen müssen.

In der größten südamerikanischen Volkswirtschaft hat sich die konjunkturelle Dynamik im Verlauf des 1. Halbjahres deutlich verlangsamt. Das reale BIP erhöhte sich in den ersten sechs Monaten um 3,6 %; 2010 waren es im 1. Halbjahr noch 9,2% gewesen. Während der private Konsum bislang ähnlich starke Zuwächse wie im Vorjahr verbuchen kann, expandierte die Investitionstätigkeit im Vergleich zum Vorjahr weniger dynamisch. Die brasilianische Zentralbank geht nunmehr von einem BIP-Wachstum von 3,5 % für dieses und 5 % für kommendes Jahr aus. Allerdings dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im kommenden Jahr aufgrund der sich abzeichnenden Abkühlung der Weltwirtschaft etwas geringer ausfallen. Der IWF geht für 2012 von einer Zunahme des BIP von 3,6 % aus.

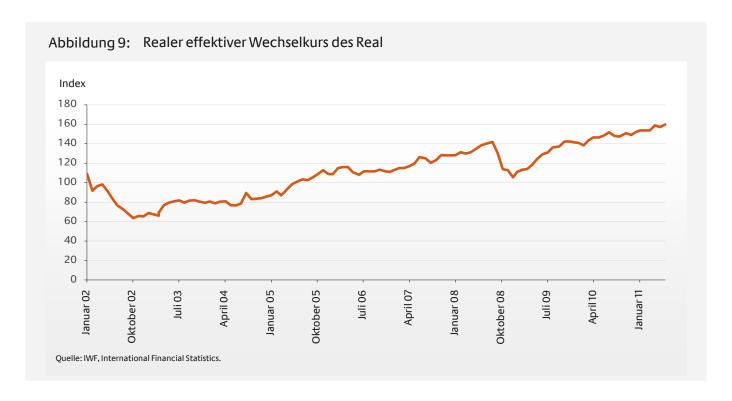
Unter Herausrechnung der Zinslast ist Brasiliens Budgetüberschuss im 1. Halbjahr 2011 auf 3,6 % des BIP gestiegen. Damit kommt das Land seinem Ziel näher, dieses Jahr einen sogenannten Primärüberschuss in Höhe von 3,2% des BIP zu erreichen. Im August hatte der Finanzminister angekündigt, die Zielmarke des Überschusses von 3% auf 3,2% zu erhöhen, um mit dem zusätzlichen Überschuss Zinszahlungen zu begleichen und damit den Schuldendienst zu vermindern. Insgesamt konnte das Land sein Haushaltsdefizit im 1. Halbjahr 2011 gegenüber demselben Vorjahreszeitraum leicht senken. Für 2011 und 2012 dürfte das Haushaltsdefizit bei 2,4% beziehungsweise 3% liegen.

Trotz einer hohen Inflationsrate - Anfang des Jahres betrug sie 6 % und stieg im September auf 7,3% im Vergleich zum Vorjahr - hat die brasilianische Zentralbank den Leitzins seit August bereits zweimal auf nun 11,5 % gesenkt. Sie reagierte damit auf die Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfelds. Zudem dürfte auch die stetige Aufwertung des Real und die damit einhergehende Verschlechterung der Wettbewerbsfähigkeit eine Rolle bei dieser Entscheidung gespielt haben. Tatsächlich wertete der Real im September, nach der ersten Leitzinssenkung, gegenüber dem US-Dollar um rund 18 % nominal ab. Insgesamt hat der Real allerdings in den vergangenen 10 Jahren um über 90 % real effektiv aufgewertet und gilt im Allgemeinen als stark überbewertet.

Aufgrund der nach wie vor positiven
Wachstumsaussichten sind die Kapitalzuflüsse
in Brasilien hoch, trotz einer gestiegenen
Risikoaversion an den internationalen
Finanzmärkten. Nach Angaben der
brasilianischen Zentralbank lagen die FDIZuflüsse (netto) mit rund 50 Mrd. US-Dollar
vom 1. Quartal bis zum 3. Quartal 2011 sogar
über denen des Gesamtjahres 2010 (gut 48 Mrd.
US-Dollar). Die Währungsreserven stiegen in
den Monaten Januar bis August diesen Jahres
um fast 65 Mrd. und erreichten mit 344 Mrd.
US-Dollar im August einen historischen
Höchststand.

Die Exporte Brasiliens sind im 1. Halbjahr 2011 stärker gestiegen (+ 32 %) als die Importe (+ 28 %), sodass der Handelsbilanzüberschuss sich ausgeweitet hat. Er betrug im 2. Quartal

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



rund 9,8 Mrd. US-Dollar. Noch im vergangen Jahr war der Anstieg der Importe stärker als der der Exporte ausgefallen. Trotz des Überschusses in der Handelsbilanz ist die Leistungsbilanz negativ. Das Defizit dürfte sich im kommenden Jahr auf rund 2,5 % ausweiten.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt dürfte sich im Verlauf des Jahres weiter verbessern und die Arbeitslosenquote auf rund 6,3 % verringern.

#### 10 Mexiko

Da im Juli 2012 Präsidentschaftswahlen stattfinden werden, hat Mexikos Präsident Felipe de Jesús Calderón im September die lang erwartete Kabinettsumbildung vorgenommen: Finanzminister Ernesto Javier Cordero verließ das Kabinett und wendet sich ganz dem Vorwahlkampf um die Spitzenkandidatur der Regierungspartei Partido Acción Nacional (PAN) für die Präsidentschaftswahlen zu. Nachfolger als Finanzminister wurde José Antonio Meade Kuribrená, bis dato Energieminister. Gesundheitsminister José Angel Córdova

verließ ebenfalls sein Amt, da er im Juli für das Gouverneursamt im Bundesstaat Guanajuato kandidieren will. Sein Nachfolger wurde der bisherige Beauftragte für die Sozialversicherung, Salomón Chertorivsky Woldenberg. Dieser ist im Gegensatz zu seinen Vorgängern, die meist Mediziner waren, Volkswirt, was darauf schließen lässt, dass die zukünftigen Herausforderungen des mexikanischen Gesundheitssystems finanzieller und wirtschaftlicher Natur sein werden. Neuer Energieminister wurde der bisherige Vorstand des staatlichen Erdölkonzerns Pemex, Jordy Herrera Flores.

Die Wirtschaft Mexikos erholt sich weiterhin von der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. In der ersten Jahreshälfte 2011 war das Wachstum einigermaßen robust, trotz schwachen US-Wachstums und der Effekte auf dem Automobilmarkt aufgrund des Erdbebens und Tsunamis in Japan. Laut IWF-Prognose soll sich das Wachstum trotz negativer Spillovers der US-Wirtschaft nur leicht auf 3,8 % im Jahr 2011 und 3,6 % im Jahr 2012 abschwächen und dabei zunehmend von der Inlandsnachfrage gestützt werden.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

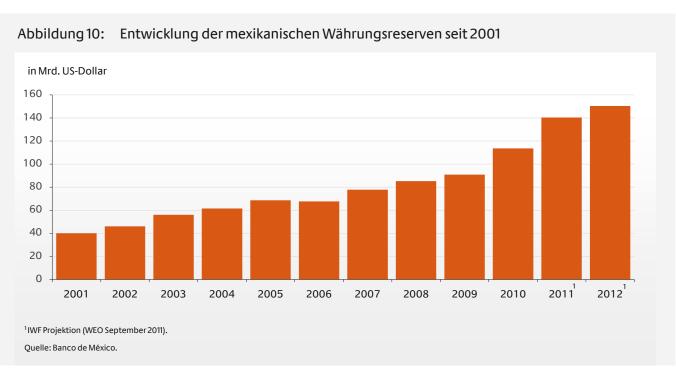
Der Bruttoschuldenstand dürfte sich 2011 bei circa 43 % des BIP stabilisieren. Mexikos hohe fiskalische Disziplin kommt dadurch zum Ausdruck, dass ab 2012 kein Haushaltsdefizit mehr vorgesehen ist. Darüber hinaus versucht die mexikanische Regierung seit 2010, ihren Haushalt durch eine teilweise Rückführung von Konjunkturmaßnahmen, Steuererhöhungen und Ausgabenkürzungen zu konsolidieren. Die Ölförderung hat sich leicht stabilisiert, dennoch empfiehlt der IWF, die Abhängigkeit von dieser volatilen Einnahmequelle durch die Umsetzung weiterer Steuerreformen und den rascheren Abbau der Energiesubventionen zu verringern.

Die mexikanische Zentralbank Banco de México belässt den Leitzins seit 2 Jahren unverändert bei 4,5 %. Die seit Anfang 2009 rückläufige Inflationsrate befand sich im September 2011 mit 3,3 % im 3 %-Zielkorridor (+/-1%) der Notenbank.

Durch eine Aufwertung des mexikanischen Peso gegenüber dem US-Dollar seit Jahresbeginn hatte der Peso seinen stärksten Wert seit Oktober 2008 erreicht. Ende Oktober war 1 US-Dollar = 13,08 mexikanische Peso wert, was einer Abwertung von 5,5% gegenüber dem Jahresbeginn entspricht. Der mexikanische Leitindex IPC, der die 35 größten Unternehmen der mexikanischen Börse umfasst, erreichte im Januar 2011 mit 38 696 Punkten ein neues Rekordhoch. Seit Jahresbeginn ist er aber wieder um gut 6% gefallen und befand sich Ende Oktober bei 36 159 Punkten.

Das Leistungsbilanzdefizit fällt moderat aus. Im Jahr 2010 betrug es 0,5 % des BIP. Dieser vergleichsweise geringe Wert ist Ausdruck einer zögerlichen Konsumnachfrage im Verhältnis zum raschen Wiederanstieg der Exporte. Die Konsumnachfrage soll sich jedoch rasch erholen und damit das Defizit im Jahr 2011 auf 1% beziehungsweise 2012 auf 0,9 % vergrößern. 90 % der Exporte und 50 % der Importe Mexikos wurden mit den NAFTA-Partnern abgewickelt, 80 % der Handelsgewinne wiederum verdankt Mexiko den USA.

FDI stellen für Mexiko eine wichtige Quelle externer Finanzierung dar. Die Zuflüsse steigen stetig an; im 1. und 2. Quartal 2011 flossen Schätzungen der OECD zufolge jeweils gut 5 Mrd. US-Dollar auf diesem Wege in die mexikanische Wirtschaft.



WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Die mexikanische Regierung versucht seit geraumer Zeit, ihre Währungsreserven zu erhöhen, um die mexikanische Wirtschaft gegen externe Schocks abzusichern. Im September 2011 lagen diese bei 139 Mrd. US-Dollar. Die Regierung hat durch ein neues Flexible-Credit-Line-Arrangement beim IWF (mit einem angestiegenen Zugriff um 73 Mrd. US-Dollar) im Januar 2011 ihre eigenen internationalen Reserven ergänzt. Die Nettoauslandsverschuldung Mexikos befindet sich nach einer leichten Erhöhung in den Vorjahren im 1. Quartal 2011 bei 23,5 % des BIP und zählt damit zu einer der geringsten der G20-Länder.

#### 11 Türkei

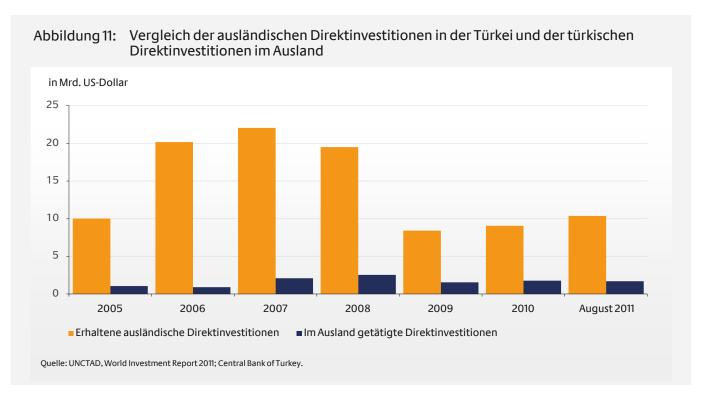
Bei den Parlamentswahlen im Juni 2011 konnte Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan einen deutlichen Sieg erzielen und den Stimmenanteil der AKP auf fast 50 % steigern. Die Türkei hat sich in den vergangenen acht Jahren seiner Regierung politisch stabilisiert und ist wirtschaftlich sehr erfolgreich. Bei der Neuordnung des zivil-militärischen Verhältnisses konnte sich Erdogan nach dem Rücktritt der fast kompletten Militärspitze Ende Juli 2011 durchsetzen. Diese Entwicklung stellt für das Land eine historische Zäsur dar. Allerdings ist der Konflikt mit den Kurden nach den Wahlen und insbesondere in den vergangenen Monaten eskaliert. Zahlreiche Anschläge führten zuletzt zu Bombardierungen von vermuteten PKK-Einrichtungen durch die türkischen Streitkräfte im Nordirak.

Nachdem die türkische Wirtschaft 2009 im Rahmen der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise geschrumpft war und sich 2010 mit einem beachtlichen BIP-Wachstum von 8,9 % wieder erholen konnte, hält sie nun dieses hohe Niveau mit einem Wachstum von 10,2 % im 1. Halbjahr 2011 (im Vergleich zum Vorjahreszeitraum). Die Türkei gehört damit zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften weltweit. Die starke Inlandsnachfrage gilt als Hauptursache für das kräftige Wachstum im Vorjahr und für die weiterhin äußerst positive wirtschaftliche Entwicklung. Die rasante wirtschaftliche Erholung ist auch dem stabilen türkischen Bankensektor zu verdanken, der die Krise ohne staatliche Unterstützung überstehen konnte. Die Finanzstruktur im türkischen Bankensektor ist überwiegend durch inländische Einlagen geprägt.

Die Verbraucherpreise sind nach Inflationsraten von unter 5 % im Frühjahr 2011 und damit historisch niedrigen Werten wieder angestiegen. Zurückzuführen ist dies auch auf den jüngsten Wertverlust der türkischen Lira, von dem das Exportgeschäft profitieren konnte. Die inflationstreibende Wirkung ist dabei aber nicht zu unterschätzen. Ende September lag die Inflationsrate bei 6,2% gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Für das Gesamtjahr erwartet der IWF eine Inflation von 6 %. Die Zentralbank strebt 5,5 % zum Jahresende an.

Seit Dezember vergangenen Jahres verfolgt die Zentralbank eine eher ungewöhnliche Politik, bei der der Leitzinssatz auf einem für türkische Verhältnisse niedrigen Niveau gehalten wird, zugleich aber den Banken höhere Mindestreserveanforderungen auferlegt wurden, um die Geschwindigkeit der Zunahme des Kreditvolumens abzubremsen. Im August 2011 senkte sie überraschend den Leitzins (seit Mitte vergangenen Jahres ist dies der 7-Tageszinssatz - one-week Repo) um 50 Basispunkte auf 5,75 % und erhöhte den Interbankenzinssatz (overnight borrowing rate) um 350 Basispunkte. Im Oktober folgte die Erhöhung des Zinses für die Verleihung untertägiger Kredite (overnight lending rate) ebenfalls um 350 Basispunkte auf 12,5 %. Die Zentralbank beabsichtigt damit zu verhindern, dass die gegenwärtige Preissteigerung sich negativ auf die Inflationserwartung auswirkt. Die erwünschten Effekte auf das Kreditwachstum konnten damit zwar erzielt werden, gleichzeitig wurde aber damit auch die Abwertung der Lira beschleunigt.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN



Der Wertverlust der türkischen Lira lag Ende Oktober bei knapp 11% gegenüber dem US-Dollar und bei rund 17% gegenüber dem Euro. Der türkische Aktienindex Istanbul SE 100 ist seit Jahresbeginn 2011 bislang um mehr als 14% gefallen. Die türkischen Währungsreserven betrugen 2011 rund 94 Mrd. US-Dollar (Ende September).

Die Leistungsbilanzentwicklung ist aufgrund eines chronischen Handelsbilanzdefizits nach wie vor als schwierig zu bewerten. Das Handelsbilanzdefizit lag Mitte des Jahres bei 9,25 % des BIP, das Leistungsbilanzdefizit betrug sogar 11,3 %. Bis August stieg es auf 54 Mrd. US-Dollar an. Für das Gesamtjahr erwartet der IWF ein Leistungsbilanzdefizit von 10,3 %. Zurückzuführen ist das hohe Defizit insbesondere auf die - basierend auf der hohen inländischen Nachfrage - zunehmenden Importe, die bis August auf rund 160 Mrd. US-Dollar anstiegen; die Exporte erreichten lediglich 89 Mrd. US-Dollar.

Die FDI haben sich im Verlauf dieses Jahres bis August im Vergleich zum Vorjahreszeitraum fast verdoppelt und übertrafen mit mehr als 10 Mrd. US-Dollar bereits die des gesamten vergangenen Jahres.

#### 12 Südafrika

Im Jahr 2010 konnte Südafrika nach einer durch die weltweite Finanzkrise bedingten Phase der Rezession wieder ein positives Wirtschaftswachstum erzielen, auch dank und maßgeblich von der Fußballweltmeisterschaft getragen. An diese Entwicklung konnte in den ersten beiden Quartalen 2011 im Zuge der weiteren Erholung der Weltwirtschaft mit einem BIP-Wachstum von 3,6 % beziehungsweise 3,2 % im Vergleich zum Vorjahreszeitraum angeknüpft werden. Für das Gesamtjahr prognostiziert der IWF ein Wachstum von 3,4 %, für 2012 von 3,6 %.

Zwischenzeitliche Entwicklungen im Juli/August 2011, wie ein Rückgang im verarbeitenden Gewerbe und im Handel sowie eine Arbeitslosigkeit, die im 2. Quartal mit 25,7% ein Siebenjahreshoch erreicht hat, lassen aber befürchten, dass sich ein temporärer Wachstumsrückgang durch

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

die Verwerfungen auf den internationalen Märkten auch zu einer erneuten Rezession auswachsen könnte. Nach wie vor bleibt die größte Herausforderung für Südafrika die schwierige Lage am Arbeitsmarkt: Zum einen die geringe Erwerbsquote und zum anderen die hohe Arbeitslosigkeit, verbunden mit schlechten Bildungs- und Ausbildungsperspektiven. Der durch die Fußballweltmeisterschaft vorübergehend erzeugte wirtschaftliche Boom hat die Situation am Arbeitsmarkt, die besonders schwierig für die Jugend ist, nicht nachhaltig verbessern können. Ein Jahr nach dem Großereignis liegt über die Hälfte der für die WM gebauten Stadien jetzt als Investitionsruine brach.

Die Fiskalpolitik hat sich die Sanierung des Haushalts und damit eine Begrenzung des Ausgabenwachstums auferlegt. Ziel ist, den 2009 auf über 5 % des BIP angestiegenen Negativsaldo schrittweise wieder zu reduzieren. Laut IWF-Schätzung wird eine Reduktion des Haushaltsdefizits für 2011 auf - 4,2 % des BIP, für 2012 auf nur noch - 3,8 % möglich sein. Die Inflation stieg zum Ende des 3. Quartals 2011 auf 5,4% an; es wird mit einem weiteren Anstieg gerechnet, für das Gesamtjahr in Höhe von 5,9%. Damit läge der Wert noch knapp innerhalb des 2008 festgelegten Inflationszielkorridors der südafrikanischen Zentralbank von 3,0% bis 6,0%. Dies schränkt den Spielraum der Zentralbank für weitere Leitzinssenkungen (Leitzins derzeit bei 5,5%) ein.

Der Index der Johannesburger Börse ist seit Jahresbeginn bis Ende Oktober im Vergleich zu den weltweiten Börsen sogar um knapp 2% gestiegen und konnte damit dem zum Teil sehr starken Abwärtstrend an den weltweiten Börsen trotzen. Der südafrikanische Rand hat seit Jahresbeginn extrem stark abgewertet, gegenüber dem US-Dollar fiel er um 14%, gegenüber dem Euro verlor er fast 20 %, wovon insbesondere die Exportwirtschaft profitiert. Der Risikoaufschlag südafrikanischer Staatsanleihen gegenüber US-Treasuries hat sich im Vergleich zu anderen Schwellenländern moderat erhöht, seit Jahresbeginn um 83 Punkte auf 228 Basispunkte.

Abbildung 12: Veränderung der Risikoaufschläge gegenüber US-Staatsanleihen seit Jahresanfang 120% 104% 100% 81% 78% 80% 71% 66% 59% 60% 48% 44% 40% 33% 20% 0% Brasilien China Türkei ■Ukraine ■ Argentinien Südafrika ■Indonesien ■ Mexiko Russland Quelle: JP Morgan.

WIRTSCHAFTS- UND FINANZLAGE IN AUSGEWÄHLTEN SCHWELLENLÄNDERN

Die FDI sind 2010 mit 1,5 Mrd. US-Dollar nach 4,2 Mrd. US-Dollar und 12,1 Mrd. US-Dollar in den Jahren 2008 und 2009 stark eingebrochen. Für 2011 rechnet der IWF wieder mit einem Anstieg auf 3,6 Mrd. US-Dollar.

Südafrika ist in den vergangenen Jahren der Aufbau weiterer Währungsreserven gelungen Diese betrugen Ende September knapp 50 Mrd. US-Dollar. Im Vergleich zum Vormonat bedeutet das einen Rückgang um 1,7 Mrd. US-Dollar, über den Zeitraum von zehn Jahren sind sie jedoch kontinuierlich angestiegen und haben sich seit September 2001 (7,7 Mrd. US-Dollar) mehr als verachtfacht.

Die Auslandsverschuldung konnte nach einem zwischenzeitlichen Höchststand von 27,5 % des BIP im 1. Quartal 2009 wieder zurückgefahren werden und lag zum Ende des 2. Quartals 2011 bei 25,7 %. Das Leistungsbilanzdefizit fiel 2010 mit 2,8 % moderat aus, zum Halbjahr 2011 betrug es 3 %, 2011 rechnet der IWF wieder mit 2,8 % und für 2012 mit einem Anstieg auf 3,7 %.

RÜCKBLICK AUF DEN EUROPÄISCHEN RAT AM 23. OKTOBER 2011 UND DEN EURO-GIPFEL AM 26./27. OKTOBER 2011 IN BRÜSSEL

# Rückblick auf den Europäischen Rat am 23. Oktober 2011 und den Euro-Gipfel am 26./27. Oktober 2011 in Brüssel

1	Überblick	76
2	Ergebnisse des Europäischen Rates	77
2.1	Wirtschaftspolitik	77
2.2	Klimawandel	77
2.3	Außenpolitik	78
	Der Euro-Gipfel – Entscheidungen in den fünf maßgeblichen Handlungsfeldern	
	Tragfähige Lösung für Griechenland	
	Stabilisierung des europäischen Finanzsystems	
	Effiziente Nutzung der EFSF	
	Gewährleistung der Haushaltsdisziplin und Beschleunigung von Strukturreformen	
	Glaubwürdige Schritte zu einer europäischen Stabilitätsunion	

- Der Europäische Rat und der Euro-Gipfel haben mehrere Maßnahmenpakete beschlossen, um der Finanzkrise entgegenzutreten und das Wachstum zu fördern.
- Themen des Europäischen Rates waren die Wirtschaftspolitik, das G20-Gipfeltreffen in Cannes, der Klimaschutz und die Außenpolitik.
- Der Euro-Gipfel befasste sich mit fünf Handlungsfeldern: Suche nach einer tragfähigen Lösung für Griechenland, Stabilisierung des europäischen Finanzsystems, effiziente Nutzung der EFSF, Gewährleistung der Haushaltsdisziplin und Beschleunigung von Strukturreformen sowie glaubwürdige Schritte zu einer europäischen Stabilitätsunion.

#### 1 Überblick

Sowohl beim Europäischen Rat (ER) als auch beim Euro-Gipfel standen die unmittelbaren Herausforderungen durch die Finanzkrise im Vordergrund. Auch die Verstärkung eines langfristigen und beschäftigungswirksamen Wachstums lag im Fokus der Staats- und Regierungschefs.

Angesichts der Spannungen an den Finanzmärkten und einem erheblichen Vertrauensverlust bei Bürgern und Investoren war es das Ziel der Staats- und Regierungschefs der Euroländer, ein umfassendes Paket mit Maßnahmen zur nachhaltigen Stabilisierung des Euroraums zu schnüren. Um dieses Ziel zu erreichen, verständigte man sich auf eine konsequente Haushaltskonsolidierung, eine stärkere wirtschaftliche Steuerung und Integration innerhalb des Euroraums sowie die weitere Unterstützung von hilfebedürftigen Mitgliedsländern und ein ehrgeiziges Wachstumskonzept.

Der ER befasste sich außerdem mit Themen der Klima- und Außenpolitik sowie mit dem G20-Gipfeltreffen im November.

## 2 Ergebnisse des Europäischen Rates

#### 2.1 Wirtschaftspolitik

Der Europäische Rat hat Vereinbarungen zur Förderung des Wachstums getroffen. So

RÜCKBLICK AUF DEN EUROPÄISCHEN RAT AM 23. OKTOBER 2011 UND DEN EURO-GIPFEL AM 26./27. OKTOBER 2011 IN BRÜSSEL

sollen weitere Maßnahmen zur Vollendung des Binnenmarktes ergriffen und durch Vorschriften bedingter Verwaltungsaufwand für Unternehmen abgebaut werden. Die Nutzung verfügbarer Mittel der Kohäsionsund Strukturfonds soll insbesondere in den Ländern optimiert werden, in denen Anpassungsprogramme durchgeführt werden. Die in den vergangenen Monaten geschaffenen Instrumente zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Steuerung, insbesondere zur Einhaltung der sogenannten Maastricht-Kriterien, sollen entschieden angewendet werden. Die Notwendigkeit der Haushaltkonsolidierung wurde besonders betont.

Die Vorschriften im Finanzsektor in der Europäischen Union (EU) sollen weiter verschärft werden. Der ER begrüßte die gefundene Einigung in Bezug auf das Verbot ungedeckter Leerverkäufe und forderte zudem, dass auch andere wichtige Gesetzgebungsvorschläge, beispielsweise zu OTC-Derivaten und Eigenkapitalanforderungen, rasch verabschiedet werden.

Die Modalitäten der Benennung des Präsidenten des Euro-Gipfels wurden geklärt. Der Präsident wird von den Staats- und Regierungschefs der dem Euro-Währungsgebiet angehörenden Mitgliedstaaten zu dem gleichen Zeitpunkt benannt, zu dem der Europäische Rat seinen Präsidenten wählt. Die Amtszeit entspricht ebenfalls 2,5 Jahren. Bis zur nächsten Wahl wird Hermann Van Rompuy den Vorsitz des Euro-Gipfels führen.

Der ER hat außerdem einige Maßnahmen angeregt, die im Rahmen der Außenbeziehungen der EU dazu beitragen können, das Wachstumspotenzial kurz- und langfristig zu steigern. So wurde die Bedeutung der Doha-Runde betont, gleichzeitig aber auch empfohlen, verstärkt Gewicht auf bilaterale und regionale Abkommen zu legen. Die Union sollte ihre besonderen Beziehungen zu ihren

Nachbarregionen nutzen, um neue Handelsund Investitionsmöglichkeiten zu eröffnen.

Der ER betonte ausdrücklich, dass die Maßnahmen des Euro-Währungsgebiets und der EU kohärent sein müssen und die Integrität der gesamten EU voll und ganz gewahrt bleiben muss.

G20-Gipfeltreffen in Cannes am 3./4. November 2011

Der Europäische Rat hat die EU-Positionen für das G20-Gipfeltreffen erörtert und dabei die Leitlinien bekräftigt, die der Rat zur Vorbereitung der Treffen der Finanz-, Landwirtschafts-, Arbeits- und Entwicklungsminister der G20 vereinbart hat.

Aus Sicht des ER sollten bei dem Gipfeltreffen Fortschritte bei der Reform des internationalen Währungssystems, bei der Verschärfung von Vorschriften und Aufsicht des Finanzmarktes sowie bei der Eindämmung der übermäßigen Volatilität der Rohstoffpreise erzielt werden. Der weltweite Aufschwung und nachhaltiges, integratives Wachstum sollen ebenso wie die soziale Dimension der Globalisierung gefördert werden. Dafür soll die Liberalisierung des internationalen Handels und die Bekämpfung des Klimawandels unterstützt werden.

#### 2.2 Klimawandel

Zur Vorbereitung der EU-Klimakonferenz in Durban vom 28. November bis 9. Dezember 2011 billigte der Europäische Rat die Schlussfolgerungen des Rates, in denen der Standpunkt der EU für die Klimakonferenz in Durban ausführlich dargelegt ist. Er betonte, wie dringend erforderlich eine ehrgeizige internationale Regelung zur Bekämpfung des Klimawandels ist, an der alle, auch alle großen Volkswirtschaften, sich beteiligen.

#### 2.3 Außenpolitik

Der Europäische Rat hob die Entschlossenheit Europas hervor, den demokratischen Wandel

RÜCKBLICK AUF DEN EUROPÄISCHEN RAT AM 23. OKTOBER 2011 UND DEN EURO-GIPFEL AM 26./27. OKTOBER 2011 IN BRÜSSEL

seiner südlichen Nachbarn zu unterstützen. Libyen wurde aufgerufen, eine von einer breiten Basis getragene Regierung zu bilden und einen demokratischen Übergang einzuleiten. Der ER bekräftigte weiterhin seine Unterstützung für ein demokratisches, pluralistisches und stabiles Ägypten und für das syrische Volk. Er begrüßte die ersten freien Wahlen in Tunesien sowie die Verschärfung der restriktiven Maßnahmen der EU gegen Iran aufgrund nicht hinnehmbarer Menschenrechtsverletzungen. Außerdem wurde die Ankündigung des Fahrplans der Hohen Vertreterin und der Kommission mit den Zielen der Östlichen Partnerschaft positiv aufgenommen.

# 3 Der Euro-Gipfel – Entscheidungen in den fünf maßgeblichen Handlungsfeldern

Das beim Euro-Gipfel vereinbarte Maßnahmenpaket kann in fünf Handlungsfelder gegliedert werden, denen bei der Bewältigung der Probleme des Euroraums eine maßgebliche Bedeutung zukommt.

# 3.1 Tragfähige Lösung für Griechenland

Um Griechenland mittelfristig einen Zugang auf den Kapitalmarkt zu akzeptablen Bedingungen zu ermöglichen, soll die Defizitquote bis 2020 auf 120 % des BIP gesenkt werden. Hierbei soll nach Auffassung der Staats- und Regierungschefs der Privatsektor eine zentrale Rolle spielen. Um eine langfristige Schuldentragfähigkeit zu erreichen, sollen private Investoren durch einen freiwilligen Anleihetausch mit einem Abschlag von 50 % des Nennwertes beteiligt werden. Für den für Anfang 2012 vorgesehenen Anleihentausch haben die Mitgliedstaaten des Euroraums eine Unterstützung von bis zu 30 Mrd. € in Aussicht gestellt. Außerdem

soll von EU und IWF bis Ende des Jahres ein weiteres bis zu 100 Mrd. € schweres Hilfsprogramm aufgelegt werden. Zusätzlich zu diesen Maßnahmen wird das griechische Reformprogramm mit technischer Hilfe der EU-Kommission und der Mitgliedstaaten unterstützt und die Umsetzung des Programms verstärkt vor Ort überwacht.

# 3.2 Stabilisierung des europäischen Finanzsystems

Um sicherzustellen, dass die systemrelevanten europäischen Banken Verluste aus dem Griechenland-Engagement verkraften können und um Ansteckungseffekte zu minimieren, sollen die Banken hinreichend mit Eigenkapital ausgestattet werden. Daher wurde eine bis Ende Juni 2012 von den systemrelevanten Banken zu erreichende Kernkapitalquote von 9% beschlossen. Zunächst sollen die Institute sich selbst am Markt rekapitalisieren. Gelingt dies nicht, muss der jeweilige Staat einspringen. Nur wenn er dazu nicht in der Lage ist, kann als letzte Möglichkeit die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF) unter Auflagen unterstützend hinzugezogen werden. Es ist dabei Aufgabe der Europäischen Bankenaufsicht (EBA) sicherzustellen, dass die Banken während der Rekapitalisierung weiterhin ausreichend Kredite vergeben. Zusätzlich soll die Erleichterung des Zugangs zu längerfristiger Finanzierung insbesondere für südeuropäische Banken durch Bereitstellung staatlicher Liquiditätsgarantien geprüft werden.

#### 3.3 Effiziente Nutzung der EFSF

Es wurde hervorgehoben, dass trotz eines erleichterten Zuganges zu den Finanzmärkten die hohe Bonität der EFSF gewahrt bleiben muss.

Nachdem die Ratifizierung der EFSF in allen Mitgliedsstaaten erfolgreich abgeschlossen wurde, gibt es nun zwei Optionen, die

RÜCKBLICK AUF DEN EUROPÄISCHEN RAT AM 23. OKTOBER 2011 UND DEN EURO-GIPFEL AM 26./27. OKTOBER 2011 IN BRÜSSEL

Finanzmittel der EFSF zu vervielfachen, ohne dabei die vorhandenen Garantien zu erhöhen: erstens die Teilabsicherung neu ausgegebener Staatsanleihen des betreffenden Euro-Staates und zweitens die Schaffung der Möglichkeit der Beteiligung von privaten und öffentlichen Investoren an der Finanzierung finanzieller Unterstützungsmaßnahmen durch die EFSF. Unter bestimmten Umständen können auch beide Optionen gleichzeitig genutzt werden. Dadurch können die Finanzmittel der EFSF abhängig von den jeweiligen Marktbedingungen um das bis zu Vier- oder Fünffache gesteigert werden und damit ein Volumen von voraussichtlich 1 Billion € erreichen. Zusätzlich könnte eine weitere Wirkungssteigerung der EFSF-Ressourcen durch eine noch engere Zusammenarbeit mit dem IWF erreicht werden.

#### 3.4 Gewährleistung der Haushaltsdisziplin und Beschleunigung von Strukturreformen

Damit die beschlossenen Maßnahmen zur Bewältigung der Schuldenkrise ihre angestrebten Wirkungen entfalten können, treten alle Mitgliedsstaaten entschlossen für eine konsequente Haushaltsdisziplin sowie die Beschleunigung von Strukturreformen für Wachstum und Beschäftigung ein.

Besondere Anstrengungen werden dabei von den Mitgliedstaaten gefordert, bei denen Spannungen an den Märkten für Staatsanleihen auftreten. Positiv hervorgehoben wurden insbesondere Spaniens Maßnahmen zur Umstrukturierung des Bankensektors, zur Reform der Produktmärkte und des Arbeitsmarkts sowie die Änderung der Verfassung zur Gewährleistung eines ausgeglichenen Haushalts. Auch Italiens Pläne für wachstumsfördernde Strukturreformen und die Strategie zur Haushaltskonsolidierung wurden begrüßt. Portugal und Irland werden ihre Kernprogramme mit Unterstützung der vorhandenen Krisenmechanismen weiter fortsetzen.

# 3.5 Glaubwürdige Schritte zu einer europäischen Stabilitätsunion

Die Teilnehmer des Gipfels haben ein Bündel von Maßnahmen zur Verstärkung der wirtschafts- und finanzpolitischen Koordinierung und Überwachung der Währungsunion vorgesehen, das über das bisher beschlossene Paket hinausgeht. Es wurden auch Maßnahmen für effizientere Entscheidungsfindung und kohärentere Kommunikation beschlossen. Zudem wurde hervorgehoben, dass die Zugehörigkeit zu einer Währungsunion derartige Maßnahmen dringend erfordert und dass die derzeitige Krise die Notwendigkeit solcher Maßnahmen verdeutlicht.

Dem Präsidenten des Europäischen Rats wurde das Mandat erteilt, in enger Kooperation mit dem Präsidenten der Kommission und dem Präsidenten der Eurogruppe mögliche Schritte zur Vertiefung der Wirtschaftsunion zu identifizieren und zu sondieren, inwieweit in begrenztem Umfang Vertragsänderungen vorgenommen werden können.

Zusätzlich zu dem bereits angenommenen Gesetzgebungspaket, dem Europäischen Semester und dem Euro-Plus-Pakt verpflichteten sich die Mitgliedstaaten zu weiteren Maßnahmen auf nationaler Ebene. So sollen ab 2012 die Vorschriften über einen strukturell ausgeglichenen Haushalt in einzelstaatliches Recht umgesetzt werden.

Zudem soll es Kommission und Rat ermöglicht werden, die nationalen Haushaltspläne von Euroraumstaaten, die sich im Defizitverfahren befinden, zu prüfen und eine Stellungnahme zu beschließen. Die Kommission soll auch die Haushaltsumsetzung in diesen Ländern überwachen und gegebenenfalls Änderungen vorschlagen können. Weicht ein Land von den Zielvorgaben eines Anpassungsprogramms ab, wird eine stärkere Überwachung und Koordinierung der Durchführung des Programms stattfinden.

RÜCKBLICK AUF DEN EUROPÄISCHEN RAT AM 23. OKTOBER 2011 UND DEN EURO-GIPFEL AM 26./27. OKTOBER 2011 IN BRÜSSEL

Zur Stärkung der institutionellen Struktur des Euroraums einigte man sich auf zehn konkrete Maßnahmen. Unter anderem sollen mindestens zweimal jährlich Euro-Gipfel durchgeführt werden. Diese Treffen werden von der Eurogruppe vorbereitet. Um die Vorbereitung zu verbessern, sollen die bestehenden Strukturen (Ratssekretariat und Sekretariat des Wirtschafts- und Finanzausschusses) gestärkt werden.

Autoren: MR Dirk H. Kranen, Referatsleiter im Bundesministerium der Finanzen, Praktikantin Christina Schenten.

Übers	sichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	83
1	Kreditmarktmittel	83
2	Gewährleistungen	
3	Bundeshaushalt 2010 bis 2015	
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren	
_	2010 bis 2015	85
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabengruppen und Funktionen,	
	Regierungsentwurf 2012	87
6	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012	
7	Entwicklung des öffentlichen Gesamthaushalts	
8	Steueraufkommen nach Steuergruppen	
9	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	
10	Entwicklung der Staatsquote	
11	Schulden der öffentlichen Haushalte	
12	Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	
13	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	
14	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	
15	Steuerquoten im internationalen Vergleich	
16	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	
17	Staatsquoten im internationalen Vergleich	
18	Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011	
10	Entwicklang der 20 Maantate 2010 bis 2011	103
Übers	sichten zur Entwicklung der Länderhaushalte	110
_		
1	Entwicklung der Länderhaushalte bis August 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011	
	Vergleich der Finanzierungsdefizite je Einwohner 2010/2011	111
2	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der	
	Länder bis August 2011	
3	Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis August 2011	114
Kenn	zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	118
1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	
2	Preisentwicklung	
3	Außenwirtschaft	
4	Einkommensverteilung	
	$Ge samt wirts chaft liches \ Produktions potenzial\ und\ Konjunkturkomponenten\$	
5	Produktionslücken, Budgetsensivität und Konjunkturkomponenten	
6	Prouktionspotenzial und -lücken	. 124
7	Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten	
	Potenzialwachstum	. 125
8	Bruttoinlandsprodukt	
9	Bevölkerung und Arbeitsmarkt	
10	Kapitalstock und Investitionen	
11	Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität	
12	Preise und Löhne	
13	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	132

14	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	. 133
15	Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich	. 134
16	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten	
	Schwellenländern	. 135
17	Übersicht Weltfinanzmärkte	. 136
	Entwicklung von DAX und Dow Jones	
18	Vorausschätzungen zu BIP, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote	. 138
19	Vorausschätzungen zu Haushaltssalden, Staatsschuldenquote und Leistungsbilanzsaldo	. 142

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand:	Zunahme	Abnahme	Stand: 30. September 2011
	31. August 2011	in M	io.€	30. September 2011
Inflations indexier te Bundes wert papiere	44 000	0	0	44 000
Anleihen <sup>1</sup>	632 736	5 000	0	637 736
Bundesobligationen	204 000	6 000	0	210 000
Bundesschatzbriefe <sup>2</sup>	8 442	45	138	8 3 4 9
Bundesschatzanweisungen	149 000	5 000	16 000	138 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	75 605	6 989	8 953	73 641
Finanzierungsschätze <sup>3</sup>	546	40	48	538
Tagesanleihe	1 882	124	36	1 969
Schuldscheindarlehen	12 323	13	13	12 323
Medium Term Notes Treuhand	51	0	0	51
sonstige unterjährige Kreditaufnahme	701	0	97	604
Kreditmarktmittel insgesamt	1 129 286			1 127 211

noch Tabelle 1: Kreditmarktmittel

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand:			Stand:
	31. August 2011			30. September 2011
		in M	lio.€	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	237 224			239 900
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	357 519			341 817
langfristig (mehr als 4 Jahre)	534 543			545 495
Kreditmarktmittel insgesamt	1 129 286			1 127 211

 $Abweichungen\ in\ den\ Summen\ ergeben\ sich\ durch\ Runden\ der\ Zahlen.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>10- u. 30-jährige Anleihen des Bundes und Euro-Gegenwert der US-Dollar-Anleihe.

 $<sup>^2</sup> Bundesschatzbriefe \, der \, Typen \, A \, und \, B.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1-jährige und 2-jährige Finanzierungsschätze.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen	Belegung am 30. September 2011	Belegung am 30. September 2010
		in Mrd. €	
Ausfuhren	135,0	117,6	107,0
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	50,0	38,4	33,5
Bilaterale FZ-Vorhaben	5,72	2,8	2,0
Ernährungsbevorratung	0,7	0,0	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	185,0	109,5	105,3
Internationale Finanzierungsinstitutionen	62,0	55,9	50,6
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,18	1,0	1,0
Zinsausgleichsgarantien	6,0	6,0	6,0
Garantien für Kredite an Griechenland gemäß dem Währungsunion-Finanzstabilitätsgesetz vom 7. Mai 2010	22,4	22,4	22,4
Garantien gemäß dem Gesetz zur Übernahme von Gewährleistungen im Rahmen eines europäischen Stabilisierungsmechanismus vom 22. Mai 2010	123,0	22,4	-

Tabelle 3: Bundeshaushalt 2010 - 2015 Gesamtübersicht

	2010	2011	2012	2013	2014	2015		
Gegenstand der Nachweisung	Ist	Ist Soll RegEntw Finanzplanung						
			Mr	d.€				
1. Ausgaben	303,7	305,8	306,0	311,5	309,9	315,0		
Veränderung gegen Vorjahr in %	+3,9	+0,7	+0,1	+1,8	- 0,5	+1,6		
2. Einnahmen <sup>1</sup>	259,3	257,0	278,4	286,3	290,9	300,0		
Veränderung gegen Vorjahr in %	+0,6	-0,9	+8,3	+2,8	+1,6	+3,1		
darunter:								
Steuereinnahmen	226,2	229,2	247,4	256,4	265,8	275,7		
Veränderung gegen Vorjahr in %	-0,7	+1,3	+7,9	+3,6	+3,7	+3,7		
3. Finanzierungssaldo	-44,4	-48,8	-27,6	-25,3	-19,1	-15,1		
in % der Ausgaben	14,6	16,0	9,0	8,1	6,1	4,8		
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos								
4. Bruttokreditaufnahme <sup>2</sup> (-)	288,2	317,9	270,0	284,6	273,2	279,2		
5. sonst. Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	5,0	-3,7	-1,6	-0,0	-1,2	-1,2		
6. Tilgungen (+)	239,2	273,1	244,4	259,7	255,7	265,6		
7. Nettokreditaufnahme	-44,0	-48,4	-27,2	-24,9	-18,7	-14,7		
8. Münzeinnahmen	-0,3	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4	-0,4		
Nachrichtlich:								
Investive Ausgaben	26,1	32,3	26,4	29,7	29,5	29,3		
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 3,8	+24,0	-18,4	+12,4	- 0,6	-0,7		
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,0	2,5	2,5	2,5	2,5		

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Stand: Juli 2011.

 $<sup>^1\</sup>mbox{Gem.\,BHO}\ \S\,13\ \mbox{Absatz}\ 4.2\ \mbox{ohne}\ \mbox{M\"unzeinnahmen.}$ 

 $<sup>^{\</sup>rm 2}$  nach Abzug der Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	28 196	27 799	27 366	27 086	26 894	26 729
Aktivitätsbezüge	21 117	20 749	20218	19861	19614	19 387
Ziviler Bereich	9 443	9 248	10337	10 339	10357	10 349
Militärischer Bereich	11 674	11 501	9881	9 522	9 258	9 038
Versorgung	7 079	7 050	7 147	7 2 2 6	7 280	7 342
Ziviler Bereich	2 459	2 443	2 483	2 506	2 5 4 0	2 583
Militärischer Bereich	4 620	4 606	4 665	4720	4740	4 758
Laufender Sachaufwand	21 494	22 336	23 602	23 506	23 424	23 030
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 544	1 350	1 280	1 305	1 296	1 308
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	10 442	10 429	10 655	10 574	10 435	10 085
Sonstiger laufender Sachaufwand	9 508	10 557	11 667	11 627	11 693	11 637
Zinsausgaben	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042
an andere Bereiche	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042
Sonstige	33 108	35 343	38 392	42 303	45 991	49 042
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	33 058	35 302	38 350	42 261	45 949	49 000
an Ausland	8	0	0	0	0	0
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	194 377	188 756	190 029	188 789	188 751	191 577
an Verwaltungen	14114	15 094	17 655	19 178	20 081	20 237
Länder	8 579	9 354	11 880	13 342	14271	14 442
Gemeinden	17	18	11	10	10	9
Sondervermögen	5518	5 721	5 763	5 825	5 800	5 786
Zweckverbände	1	1	1	1	1	0
an andere Bereiche	180 263	173 662	172 374	169 611	168 670	171 340
Unternehmen	24212	25 056	24943	25 362	25 513	25 853
Renten, Unterstützungen u.ä. an natürliche Personen	29 665	28 159	26731	25 271	23 748	23 569
an Sozialversicherung	120 831	114 657	113 824	112 275	112 903	115 379
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	1 336	1 584	1 645	1 656	1 664	1 663
an Ausland	4216	4 2 0 5	5 229	5 045	4840	4 8 7 5
an Sonstige	3	2	2	2	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	277 175	274 234	279 388	281 684	285 060	290 377

noch Tabelle 4: Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2010 bis 2015

	2010	2011	2012	2013	2014	2015
Ausgabeart	Ist	Soll	RegEntw		Finanzplanung	
		in Mio. €				
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	7 660	7 499	7 487	7 280	7 208	7 154
Baumaßnahmen	6 242	6014	6017	5 704	5 621	5 683
Erwerb von beweglichen Sachen	916	910	891	943	900	873
Grunderwerb	503	576	578	634	687	598
Vermögensübertragungen	15 350	14 975	15 119	15 103	14 975	14 903
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	14944	14581	14 652	14 602	14 474	14 407
an Verwaltungen	5 209	5 092	4 963	4 8 6 5	4716	4 620
Länder	5 142	5 031	4887	4772	4 624	4 541
Gemeinden und Gemeindeverbände	68	59	74	90	90	78
Sondervermögen	0	2	2	2	2	2
an andere Bereiche	9 735	9 489	9 689	9 738	9 757	9 787
Sonstige - Inland	6 599	6 179	6 3 3 3	6 3 6 9	6 460	6 557
Ausland	3 136	3 310	3 356	3 3 6 9	3 297	3 230
Sonstige Vermögensübertragungen	406	394	467	501	501	496
an andere Bereiche	406	394	467	501	501	496
Sonstige - Inland	137	157	145	144	141	136
Ausland	269	237	322	357	360	360
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	3 473	10 250	4 254	7 771	7 793	7 698
Darlehensgewährung	2 663	9 444	4 2 5 3	3 426	3 449	3 3 5 3
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 662	9 443	4 2 5 3	3 425	3 448	3 353
Sozialversicherung	0	5 400	0	0	0	(
Sonstige - Inland (auch Gewährleistungen)	1 075	2 3 6 8	2 3 7 1	2 081	1 960	1744
Ausland	1 587	1 675	1 881	1344	1 488	1 609
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	810	806	1	4345	4345	4345
Inland	13	1	1	1	1	1
Ausland	797	805	0	4344	4344	4344
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	26 483	32 724	26 860	30 154	29 976	29 75
Darunter: Investive Ausgaben	26 077	32 330	26 393	29 653	29 475	29 259
Globale Mehr-/Minderausgaben	0	-1 158	- 248	- 339	-5 136	-5 132
Ausgaben zusammen	303 658	305 800	306 000	311 500	309 900	315 000

Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe		Rechnung		in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	55 158	49 061	23 242	18 882	-	6 937
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 021	5 8 1 8	3 440	1 354	-	1 024
2	Auswärtige Angelegenheiten	9 2 1 0	4706	508	176		4022
3	Verteidigung	31 542	31 264	14546	15 718	_	1 001
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 695	3 3 3 3	2 105	995	_	232
5	Rechtsschutz	354	339	248	74	-	16
6	Finanzverwaltung	4336	3 600	2 3 9 5	565	-	641
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	17 501	14 256	478	891	-	12 887
13	Hochschulen	4 032	3 0 3 7	10	10	-	3 018
14	Förderung von Schülern, Studenten	2 358	2 358	-	-	-	2 3 5 8
15	Sonstiges Bildungswesen	595	518	9	65	-	444
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	9 825	7 807	458	812	-	6 5 3 7
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	691	537	1	6	-	531
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	154 973	154 035	228	389	-	153 418
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	109 138	109 138	52	-	-	109 086
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	7 973	7 973	-	3	-	7 970
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	2 526	2 201	-	32	-	2 168
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 374	33 257	48	103	-	33 105
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	280	280	-	-	-	280
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 683	1 187	127	250	-	809
3	Gesundheit und Sport	1 516	883	277	307	-	299
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	451	368	147	173	-	48
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	-	-
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	451	368	147	173	-	48
32	Sport	131	115	-	4	-	111
33	Umwelt- und Naturschutz	410	223	80	72	-	72
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	524	176	50	59	-	68
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	2 064	818	-	19	-	799
41	Wohnungswesen	1387	801	-	2	-	799
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	-	1	-	-
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste	12	-	-	-	-	-
44	Städtebauförderung	664	17	-	17	-	-
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	957	546	29	178	-	338
52	Verbesserung der Agrarstruktur	567	199	-	1	-	198
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	132	132	-	70	-	62
533	Gasölverbilligung	-	-	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	132	132	_	70	_	62
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	259	215	29	107	_	78

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

E ditte	A	Sach- investitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaber
Funktion	Ausgabengruppe			in Mio. €		
0	Allgemeine Dienste	888	2 677	2 533	6 097	6 065
1	Politische Führung und zentrale Verwaltung	202	2	-	203	203
2	Auswärtige Angelegenheiten	115	2 508	1 881	4 504	4503
3	Verteidigung	210	67	-	278	246
4	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	263	99	-	362	362
5	Rechtsschutz	15	-	-	15	15
6	Finanzverwaltung	83	1	651	735	735
1	Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	133	3 112	-	3 245	3 245
13	Hochschulen	1	993	-	995	995
14	Förderung von Schülern, Studenten	-	-	-	-	
15	Sonstiges Bildungswesen	0	77	-	77	77
16	Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	131	1 888	-	2 019	2019
19	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion1	0	154	-	154	154
2	Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	9	929	1	939	504
22	Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	-	-	-	-	
23	Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u.Ä.	-	-	-	-	
24	Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	324	1	326	3
25	Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	4	113	-	117	5
26	Jugendhilfe nach dem SGB VIII	-	-	-	-	
29	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	492	-	496	496
3	Gesundheit und Sport	420	213	-	633	633
31	Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesen	72	11	-	83	83
312	Krankenhäuser und Heilstätten	-	-	-	-	
319	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	72	11	-	83	83
32	Sport	-	16	-	16	16
33	Umwelt- und Naturschutz	6	180	-	186	186
34	Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	342	6	-	348	348
4	Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	-	1 242	4	1 246	1 246
41	Wohnungswesen	-	583	4	587	587
42	Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	-	-	-	-	
43	Kommunale Gemeinschaftsdienste		12	-	12	12
44	Städtebauförderung	-	647	-	647	647
5	Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2	409	1	411	411
52	Verbesserung der Agrarstruktur		367	1	368	368
53	Einkommensstabilisierende Maßnahmen	_	-	-	-	
533	Gasölverbilligung	_	-	-	-	-
539	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	_	-	-	-	
599	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	2	42		44	44

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sachaufwand	Zinsausgaben	Laufende Zuweisunger und Zuschüss
Funktion	Ausgabengruppe			iı	n Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	4 913	2 445	60	501	-	1 885
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	750	587	-	383	-	204
621	Kernenergie	288	188	-	-	-	188
622	Erneuerbare Energieformen	51	20	-	4	-	16
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	411	379	-	379	-	-
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 555	1 537	-	0	-	1 537
64	Handel	62	62	-	9	-	53
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	595	9	-	8	-	1
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 950	250	60	101	-	89
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	11 847	4 135	1 047	1 977	-	1 112
72	Straßen	7 462	1 040	-	886	-	154
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 736	854	510	304	-	40
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	335	3	-	-	-	3
75	Luftfahrt	199	197	47	24	-	126
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 115	2 041	489	762	-	790
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	16 147	12 076	-	6	-	12 069
81	Wirtschaftsunternehmen	10908	6836	-	6	-	6 8 3 0
832	Eisenbahnen	4016	76	-	5	-	71
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 892	6 760	-	2	-	6 759
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 239	5 239	-	-	-	5 239
873	Sondervermögen	5 2 3 9	5 2 3 9	-	-	-	5 2 3 9
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	40 923	41 133	2 005	451	38 392	285
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	323	285	-	-	-	285
92	Schulden	38 405	38 405	-	13	38 392	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	2 194	2 443	2 005	438	-	0
Summe al	ller Hauptfunktionen	306 000	279 388	27 366	23 602	38 392	190 029

noch Tabelle 5: Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Regierungsentwurf 2012

		Sachin- vestitionen	Vermögens- beratungen	Darlehns- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Summe Ausgaben der Kapital- rechnung <sup>a</sup>	<sup>a</sup> Darunter Investive Ausgaben
Funktion	3 3 11			in Mio. €		
6	Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	101	675	1 691	2 468	2 468
62	Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	100	62	-	162	162
621	Kernenergie	100	-	-	100	100
622	Erneuerbare Energieformen	-	31	-	31	31
629	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	-	32	-	32	32
63	Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	-	19	-	19	19
64	Handel	-	-	-	-	-
69	Regionale Förderungsmaßnahmen	-	586	-	586	586
699	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	8	1 691	1 700	1 700
7	Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 934	1 777	-	7 712	7 712
72	Straßen	4992	1 429	-	6 421	6 421
73	Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	881	-	-	881	881
74	Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	-	333	-	333	333
75	Luftfahrt	3	-	-	3	3
799	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	58	16	-	73	73
8	Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	4 047	25	4 072	4 072
81	Wirtschaftsunternehmen	-	4 0 4 7	25	4 0 7 2	4072
832	Eisenbahnen	-	3 9 1 5	25	3 940	3 940
869	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	-	132	-	132	132
87	Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	-	-	-	-	-
873	Sondervermögen	-	-	-	-	-
879	Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	-	-	-	-	-
9	Allgemeine Finanzwirtschaft	-	38	-	38	38
91	Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	-	38	-	38	38
92	Schulden	-	-	-	-	-
999	Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	-	-	-	-	-
Summe a	ıller Hauptfunktionen	7 487	15 119	4 254	26 860	26 393

Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
				Ist-Erg	jebnisse			
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	0,0	-1,4	-1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	0,0	-1,5	-0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	-16,9	-14,1	-11,6	-24,6	-25,8	-23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-0,0	-15,3	-27,1	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,1	-0,4	-27,1	-0,2	-0,7	-0,2	-0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	0,0	-1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	0,0	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil a. d. Personalausgaben des	0/	242		10.0		0.0	144	15.5
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	24,3	21,5	19,8	19,1	0,0	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	-6,2	-4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	35,1	35,9	47,6	52,3	0,0	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	10,2	11,0	-4,4	-0,5	8,4	8,8	-1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,4	35,4	32,0	36,1	0,0	37,0	35,0
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	-3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten								
Steueraufkommen <sup>3</sup>	%	54,0	49,2	48,3	47,2	0,0	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	0,0	-15,3	-13,9	-11,4	-23,9	-25,6	-23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7		10,8	9,7
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0		75,3	84,4
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	0,0	55,8	50,4	55,3		51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>								
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	59,2	129,4	238,9	388,4	538,3	1018,8	1210,9
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	120,0	204,0	306,3	658,3	774,8

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 6: Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2012

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Segensiana del Nachweisung			Is	st-Ergebnisse				Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	259,8	261,0	270,4	282,3	292,3	303,7	305,8	306,0
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,3	0,5	3,6	4,4	3,5	3,9	0,7	0,
Einnahmen	Mrd.€	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3	257,0	278,4
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	7,8	1,9	9,8	5,8	- 4,7	0,6	- 0,9	8,3
Finanzierungssaldo	Mrd.€	-31,4	- 28,2	- 14,7	- 11,8	- 34,5	- 44,3	- 48,8	- 27,6
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,4	- 27,
Münzeinnahmen	Mrd.€	-0,2	-0,3	-0,4	- 0,3	- 0,3	- 0,3	-0,4	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	26,4	26,1	26,0	27,0	27,9	28,2	27,8	27,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,4	- 1,0	-0,3	3,7	3,4	0,9	- 1,4	- 1,
Anteil an den Bundesausgaben	%	10,1	10,0	9,6	9,6	9,6	9,3	9,1	8,9
Anteil a. d. Personalausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	15,3	14,9	14,8	15,0	14,4	14,2	13,8	
Zinsausgaben	Mrd.€	37,4	37,5	38,7	40,2	38,1	33,1	35,3	38,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	3,0	0,3	3,3	3,7	- 5,2	- 13,1	6,8	8,
Anteil an den Bundesausgaben	%	14,4	14,4	14,3	14,2	13,0	10,9	11,6	12,
Anteil an den Zinsausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	58,3	57,9	58,6	59,7	61,0	55,5	57,5	
Investive Ausgaben	Mrd.€	23,8	22,7	26,2	24,3	27,1	26,1	32,3	26,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	6,2	-4,4	15,4	- 7,2	11,5	- 3,8	24,0	- 18,
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,1	8,7	9,7	8,6	9,3	8,6	10,6	8,
Anteil a. d. investiven Ausgaben des öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup>	%	34,2	33,7	39,9	37,1	25,3	29,5	34,8	
Steuereinnahmen <sup>1</sup>	Mrd.€	190,1	203,9	230,0	239,2	227,8	226,2	229,2	247,
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	1,7	7,2	12,8	4,0	- 4,8	- 0,7	1,3	7,
Anteil an den Bundesausgaben	%	73,2	78,1	85,1	84,7	78,0	74,5	74,9	80,
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	83,2	87,6	90,0	88,4	88,4	87,2	89,2	88,
Anteil am gesamten	%	42,1	41,7	42,8	42,6	43,5	42,6	40,5	
Steueraufkommen <sup>3</sup>									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	-31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,5	- 34,1	- 44,0	- 48,4	- 27,
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,0	10,7	5,3	4,1	11,7	14,5	15,8	8,
Anteil a.d. investiven Ausgaben des Bundes	%	131,3	122,8	54,7	47,4	126,0	168,8	149,7	103,
Anteil a.d. Nettokreditaufnahme des	%	59,0	60,2	103,7	60,3	38,5	67,1	124,4	
öffentl. Gesamthaushalts <sup>3</sup> nachrichtlich: Schuldenstand <sup>3</sup>									
öffentliche Haushalte <sup>2</sup>	Mrd.€	1 489,9	1 545,4	1 552,4	1 577,9	1 694,4	2 026,7	2068	
darunter: Bund	Mrd.€	903,3	950,3	957,3	985,7	1 053,8	1311,0	1335 1/2	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Ab}\,1991\,\mathrm{Gesamt}$  deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Stand Stabilitätsrat Juli 2011; 2011 = Schätzung. Öffentlicher Gesamthaushalt einschl. Kassenkredite. Bund einschl. Sonderrechnungen und Kassenkredite.

Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				in Mrd. €			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>1</sup>							
Ausgaben	614,5	626,7	638,0	649,2	679,2	729,0	736,1
Einnahmen	549,0	574,2	597,6	648,5	668,9	634,7	652,9
Finanzierungssaldo	-65,5	-52,5	-40,5	-0,6	-10,4	-92,0	-80,8
darunter:							
Bund <sup>2</sup>							
Ausgaben	251,6	259,9	261,0	270,5	282,3	292,3	303,7
Einnahmen	211,8	228,4	232,8	255,7	270,5	257,7	259,3
Finanzierungssaldo	-39,8	-31,4	-28,2	-14,7	-11,8	-34,5	-44,3
Länder <sup>3</sup>							
Ausgaben	257,1	260,0	260,0	265,5	277,2	286,1	286,7
Einnahmen	233,5	237,2	250,1	273,1	276,2	258,9	265,9
Finanzierungssaldo	-23,5	-22,7	-10,1	7,6	-1,1	-27,2	-20,8
Gemeinden <sup>4</sup>							
Ausgaben	150,1	153,2	157,4	161,5	168,0	178,3	182,2
Einnahmen	146,2	150,9	160,1	169,7	176,4	170,8	174,5
Finanzierungssaldo	-3,9	-2,2	2,8	8,2	8,4	-7,5	-7,7
			Veränderun	gen gegenübe	r Vorjahr in %		
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	-0,8	+2,0	+1,8	+1,7	+4,6	+7,3	+1,0
Einnahmen	-0,5	+4,6	+4,1	+8,5	+3,2	-5,1	+2,9
darunter:							
Bund							
Ausgaben	-2,0	+3,3	+0,5	+3,6	+4,4	+3,5	+3,9
Einnahmen	-2,6	+7,8	+1,9	+9,8	+5,8	-4,7	+0,6
Länder							
Ausgaben	-1,0	+1,1	+0,0	+2,1	+4,4	+3,2	+0,2
Einnahmen	+1,9	+1,6	+5,4	+9,2	+1,1	-6,2	+2,7
Gemeinden							
Ausgaben	+0,1	+2,0	+2,8	+2,6	+4,0	+6,1	+2,2
Einnahmen	+3,3	+3,3	+6,0	+6,0	+3,9	-3,2	+2,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 7: Entwicklung des Öffentlichen Gesamthaushalts

	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010
				Quoten in %			
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-3,0	-2,4	-1,8	-0,0	-0,4	-3,9	-3,3
darunter:							
Bund	-1,8	-1,4	-1,2	-0,6	-0,5	-1,5	-1,8
Länder	-1,1	-1,0	-0,4	0,3	-0,0	-1,1	-0,8
Gemeinden	-0,2	-0,1	0,1	0,3	0,3	-0,3	-0,3
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	-10,7	-8,4	-6,4	-0,1	-1,5	-12,6	-11,0
darunter:							
Bund	-15,8	-12,1	-10,8	-5,4	-4,2	-11,8	-14,6
Länder	-9,1	-8,7	-3,9	2,9	-0,4	-9,5	-7,2
Gemeinden	-2,6	-1,5	1,8	5,1	5,0	-4,2	-4,2
Ausgaben in % des BIP							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,0	28,2	27,6	26,7	27,5	30,7	29,7
darunter:							
Bund	11,5	11,7	11,3	11,1	11,4	12,3	12,3
Länder	11,7	11,7	11,2	10,9	11,2	12,0	11,6
Gemeinden	6,8	6,9	6,8	6,7	6,8	7,5	7,4

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Bund, Länder, Gemeinden und ihre jeweiligen Extrahaushalte. Der Öffentliche Gesamthaushalt ist um Zahlungen zwischen den Ebenen (Verrechnungsverkehr) bereinigt und errechnet sich daher nicht als Summe der einzelnen Ebenen.

Stand: September 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Kernhaushalt, Rechnungsergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Kernhaushalte; bis 2008 Rechnungsergebnisse; 2009 bis 2010: Kassenergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Kernhaushalte; bis 2009 Rechnungsergebnisse; 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen		
			dav	on	
	insgesamt	Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
Jahr		in Mrd. €		in	%
	Gebiet der Bund	lesrepublik Deutschland r	nach dem Stand bis zum 3.	Oktober 1990	
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
		Bundesrepublil	k Deutschland		
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 8: Steueraufkommen nach Steuergruppen<sup>1</sup>

		Steuerauf	kommen						
	inagaaamt	davon							
	insgesamt	Direkte Steuern Indirekte Steuern		Direkte Steuern	Indirekte Steuern				
Jahr		in Mrd. €		in	%				
		Bundesrepubli	k Deutschland						
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9				
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0				
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1				
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5				
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2				
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6				
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5				
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4				
2008	561,2	290,2	270,9	51,7	48,3				
2009	524,0	253,5	270,5	48,4	51,6				
2010	530,6	256,0	274,6	48,2	51,8				
2011 <sup>2</sup>	555,0	267,9	287,1	48,3	51,7				
2012 <sup>2</sup>	584,6	291,7	292,9	49,9	50,1				
2013 <sup>2</sup>	608,7	311,5	297,2	51,2	48,8				
2014 <sup>2</sup>	630,5	327,8	302,8	52,0	48,0				
2015 <sup>2</sup>	652,3	344,1	308,2	52,7	47,3				

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

Stand: Mai 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2011.

Tabelle 9: Entwicklung der Steuer- und Abgabequoten<sup>1</sup> (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

	Abgrenzung der Vol Gesamtrec		Abgrenzung der F	inanzstatistik <sup>3</sup>
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
Jahr		in Relation zu	m BIP in %	
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	33,1
1970	23,0	34,8	21,8	32,6
1975	22,8	38,1	22,5	36,9
1980	23,8	39,6	23,7	38,6
1981	22,8	39,1	22,9	38,3
1982	22,5	39,1	22,5	38,1
1983	22,5	38,7	22,6	37,9
1984	22,6	38,9	22,5	37,8
1985	22,8	39,1	22,7	38,1
1986	22,3	38,6	22,3	37,7
1987	22,5	39,0	22,5	38,0
1988	22,2	38,6	22,2	37,6
1989	22,7	38,8	22,8	37,9
1990	21,6	37,3	22,2	37,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,3	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,1	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,7
1995	21,9	40,5	22,5	40,2
1996	21,8	41,0	21,8	40,0
1997	21,5	41,0	21,3	39,5
1998	22,1	41,3	21,7	39,6
1999	23,3	42,3	22,6	40,4
2000	23,5	42,1	22,8	40,3
2001	21,9	40,2	21,3	38,5
2002	21,5	39,9	20,7	38,0
2003	21,6	40,1	20,6	38,0
2004	21,1	39,2	20,2	37,2
2005	21,4	39,2	20,3	37,1
2006	22,2	39,5	21,1	38,1
2007	23,0	39,5	22,2	37,6
2008	23,1	39,7	22,7	38,1
2009	23,0	40,3	22,1	38,3
2010	22,2	39,1	21,4	37,3

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

<sup>2007</sup> bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

 $<sup>^{\</sup>rm 3}$  Bis 2007 Rechnungsergebnisse. 2008 bis 2010: Kassenergebnisse.

Tabelle 10: Entwicklung der Staatsquote<sup>1,2</sup>

	Ausgaben des Staates							
to be		darunt	er					
Jahr	insgesamt	Gebietskörperschaften <sup>3</sup>	Sozialversicherung <sup>3</sup>					
		in Relation zum BIP in %						
1960	32,9	21,7	11,					
1965	37,1	25,4	11,					
1970	38,5	26,1	12,					
1975	48,8	31,2	17					
1980	46,9	29,6	17					
1981	47,5	29,7	17					
1982	47,5	29,4	18					
1983	46,5	28,8	17					
1984	45,8	28,2	17					
1985	45,2	27,8	17					
1986	44,5	27,4	17					
1987	45,0	27,6	17					
1988	44,6	27,0	17					
1989	43,1	26,4	16					
1990	43,6	27,3	16					
1991	46,2	28,2	18					
1992	47,1	27,9	19					
1993	48,1	28,2	19					
1994	48,0	28,0	20					
1995	48,2	27,7	20					
1996	49,1	27,6	21					
1997	48,2	27,0	21					
1998	48,0	26,9	21					
1999	48,2	27,0	21					
2000	47,6	26,4	21					
2000 <sup>4</sup>	45,1	23,9	21					
2001	47,6	26,3	21					
2002	47,9	26,2	21					
2003	48,5	26,4	22					
2004	47,1	25,8	21					
2005	46,9	26,0	20					
2006	45,3	25,4	19					
2007	43,5	24,5	19					
2008	44,0	25,0	19					
2009	48,1	27,0	21					
2010 <sup>4</sup>	47,9	27,4	20					

 $<sup>^{\</sup>rm 1}$  Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet. 2007 bis 2010 vorläufiges Ergebnis; Stand: August 2011.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
			Sc	hulden (Mio. €)			
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>	1 357 723	1 429 750	1 489 852	1 545 364	1 552 371	1 577 881	1 694 36
Bund	826 526	869 332	903 281	950 338	957 270	985 749	1 053 814
Kernhaushalte	767 697	812 082	887 915	919304	940 187	959 918	991 283
Kreditmarktmittel iwS	760 453	802 994	872 653	902 054	922 045	933 169	973 73
Kassenkredite	7 244	9 088	15 262	17 250	18 142	26 749	17 549
Extrahaushalte	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
Kreditmarktmittel iwS	58 829	57 250	15 366	30 056	15 600	23 700	59 53
Kassenkredite	-	-	-	978	1 483	2 131	2 99
Länder	423 666	448 622	471 339	482 783	484 475	483 268	526 74
Kernhaushalte	423 666	448 622	471 339	481 787	483 351	481 918	505 34
Kreditmarktmittel iwS	414952	442 922	468 214	479 454	480 941	478 738	503 00
Kassenkredite	8 714	5 700	3 125	2 333	2 410	3 180	2 33
Extrahaushalte	-	-	-	996	1124	1 350	21 39
Kreditmarktmittel iwS	-	-	-	986	1124	1 325	20 82
Kassenkredite	-	-	-	10	-	25	57
Gemeinden	107 531	111 796	115 232	112 243	110627	108 864	113 81
Kernhaushalte	100 033	104 193	107 686	109 541	108 015	106 182	111 03
Kreditmarktmittel iwS	84069	84 257	83 804	81 877	79 239	76 381	7638
Kassenkredite	15 964	19936	23 882	27 664	28 776	29 801	34 65
Extrahaushalte	7 498	7 603	7 546	2 702	2 612	2 682	2 77
Kreditmarktmittel iwS	7 429	7 5 3 1	7 467	2 649	2 560	2 626	2 72
Kassenkredite	69	72	79	53	52	56	4
nachrichtlich:							
Länder + Gemeinden	531 197	560 418	586 571	595 026	595 102	592 132	640 55
Maastricht-Schuldenstand	1 383 997	1 455 032	1 526 322	1 574 709	1 582 466	1 649 046	1 767 74
nachrichtlich:							
Extrahaushalte des Bundes	58 829	57 250	15 366	31 034	17 082	25 831	62 53
ERP-Sondervermögen	19 261	18 200	15 066	14357	-		
Fonds "Deutsche Einheit"	39 099	38 650	-	-	-	-	
Entschädigungsfonds	469	400	300	199	100	-	
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation	-	-	-	16 478	16 983	17 631	18 49
SoFFin	-	-	-	-	-	8 200	36 54
Investitions- und Tilgungsfonds	-	-	-	-	-	-	7 49
FMS Wertmanagement							

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	
			Anteil	an den Schulden	(in %)			
Bund	60,9	60,8	60,6	61,5	61,7	62,5	62,2	
Kernhaushalte	56,5	56,8	59,6	59,5	60,6	60,8	58,5	
Extrahaushalte	4,3	4,0	1,0	2,0	1,1	1,6	3,7	
Länder	31,2	31,4	31,6	31,2	31,2	30,6	31,1	
Gemeinden	7,9	7,8	7,7	7,3	7,1	6,9	6,7	
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	39,1	39,2	39,4	38,5	38,3	37,5	37,8	
		Anteil der Schulden am BIP (in %)						
Öffentlicher Gesamthaushalt	63,2	65,1	67,0	66,8	63,9	63,8	71,4	
Bund	38,5	39,6	40,6	41,1	39,4	39,8	44,4	
Kernhaushalte	35,7	37,0	39,9	39,7	38,7	38,8	41,7	
Extrahaushalte	2,7	2,6	0,7	1,3	0,7	1,0	2,6	
Länder	19,7	20,4	21,2	20,9	19,9	19,5	22,2	
Gemeinden	5,0	5,1	5,2	4,9	4,6	4,4	4,8	
nachrichtlich:								
Länder + Gemeinden	24,7	25,5	26,4	25,7	24,5	23,9	27,0	
Maastricht-Schuldenstand	64,4	66,3	68,6	68,1	65,2	66,7	74,4	
			Schu	ılden insgesamt	(€)			
je Einwohner	16 454	17 331	18 066	18 761	18 871	19 213	20 698	
nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2 147,5	2 195,7	2 224,4	2 313,9	2 428,5	2 473,8	2 374,5	
Einwohner 30.06.	82 517 958	82 498 469	82 468 020	82 371 955	82 260 693	82 126 628	81 861 862	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Vorläufiges Ergebnis.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup> Kredit markt schulden \, im \, weiteren \, Sinne \, zzgl. \, Kassenkredite$ 

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in M	io.€		Schulden esamt	in % de	es BIP
Öffentlicher Gesamthaushalt <sup>2</sup>		2 035 904				82,
Bund						
Kern- und Extrahaushalte		1311919		64,4		53,
Wertpapierschulden und Kredite	1 032 599	1 295 663		63,6	43,5	52,
Kassenkredite		16 256		0,8		0,
Kernhaushalte		1 035 647		50,9		41,
Wertpapierschulden und Kredite	973 067	1 022 192		50,2	41,0	41,
Kassenkredite		13 454		0,7		0,
Extrahaushalte		276 273		13,6		11,
Wertpapierschulden und Kredite	59 532	273 471		13,4	2,5	11,
Kassenkredite		2802		0,1		0,
im Einzelnen:						
Entschädigungsfonds				0,0	0,0	0,
SoFFin	36 540	28 552		1,4	1,5	1,
Investitions- und Tilgungsfonds	7 493	13 991		0,7	0,3	0,
Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation		17 302		0,8		0,
Wertpapierschulden und Kredite	15 500	14 500		0,7	0,7	0
Kassenkredite		2 802		0,1		0
FMS Wertmanagement		216 427		10,6		8.
Länder						
Kern- und Extrahaushalte		599 970		29,5		24,
Wertpapierschulden und Kredite		595 039		29,2		24,
Kassenkredite		4930		0,2		0,
Kernhaushalte		524 182		25,7		21,
Wertpapierschulden und Kredite	498 655	519 347		25,5	21,0	21,
Kassenkredite		4 8 3 5		0,2		0,
Extrahaushalte		75 788		3,7		3
Wertpapierschulden und Kredite	27 706	75 692		3,7	1,2	3
Kassenkredite		95		0,0		0,

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 11: Schulden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup> Neue Systematik

	2009	2010	2009	2010	2009	2010
	in Mi	o <b>.</b> €		Schulden	in%de	s BIP
			insge	esamt		
Gemeinden						
Kernhaushalte, Zweckverbände und Extrahaushalte		123 477		6,1		5,
Wertpapierschulden und Kredite		84271		4,1		3,
Kassenkredite		39 206		1,9		1,
Kernhaushalte		115 253		5,7		4,
Wertpapierschulden und Kredite	75 037	76 326		3,7	3,2	3,
Kassenkredite		38 927		1,9		1,
Zweckverbände <sup>3</sup>		1602		0,1		0,
Wertpapierschulden und Kredite	1 428	1 551		0,1	0,1	0,
Kassenkredite		52		0,0		0,
Sonstige Extrahaushalte der Gemeinden		6 622		0,3		0
Wertpapierschulden und Kredite	6 2 3 8	6 3 9 4		0,3	0,3	0
Kassenkredite		227		0,0		0
Gesetzliche Sozialversicherung						
Kern- und Extrahaushalte		539		0,0		0
Wertpapierschulden und Kredite		539		0,0		0
Kassenkredite				0,0		0
Kernhaushalte		506		0,0		0
Wertpapierschulden und Kredite	539	506		0,0	0,0	0
Kassenkredite		0		0,0		0
Extrahaushalte <sup>4</sup>		32		0,0		0
Wertpapierschulden und Kredite	36	32		0,0	0,0	0
Kassenkredite		0		0,0		0
Schulden insgesamt (Euro)						
je Einwohner		24904				
Maastricht-Schuldenstand	1 767 744	2 061 795			74,4	83
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. Euro)	2 3 7 5	2 477				
Einwohner 30.06.	81 861 862	81750716				

 $<sup>^1</sup>$ Auf Grund methodischer Änderungen und Erweiterung des Berichtskreises nur eingeschränkt mit den Vorjahren vergleichbar.

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

 $<sup>^2 \</sup>hbox{Einschl. aller\"{o}ffentlichen Fonds, Einrichtungen und Unternehmen des Staatssektors.}$ 

 $<sup>^3</sup>$  Zweckverbände des Staatssektors unabhängig von der Art des Rechnungswesens.

 $<sup>^4\,\</sup>mathrm{Nur}\,\mathrm{Extra}$  haus halte der gesetzlichen Sozialversicherung unter Bundesaufsicht.

Tabelle 12: Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte<sup>1</sup>

		Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechungen²									
Jahr	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherung	Öffentlicher Gesamthaushalt				
		in Mrd. €		ir	n Relation zum BIP i	in Mrd. €	in Relation zum BIP in %				
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	-	-			
1965	-1,4	-3,2	1,8	-0,6	-1,4	0,8	-4,8	-2,0			
1970	1,9	-1,1	2,9	0,5	-0,3	0,8	-4,1	-1,1			
1975	-30,9	-28,8	-2,1	-5,6	-5,2	-0,4	-32,6	-5,9			
1976	-20,4	-20,1	-0,3	-3,4	-3,4	-0,1	-24,6	-4,1			
1977	-15,9	-13,1	-2,8	-2,5	-2,1	-0,4	-15,9	-2,5			
1978	-17,5	-15,8	-1,7	-2,6	-2,3	-0,3	-20,3	-3,0			
1979	-19,6	-19,0	-0,6	-2,7	-2,6	-0,1	-23,8	-3,2			
1980	-23,2	-24,3	1,1	-2,9	-3,1	0,1	-29,2	-3,7			
1981	-32,2	-34,5	2,2	-3,9	-4,2	0,3	-38,7	-4,7			
1982	-29,6	-32,4	2,8	-3,4	-3,8	0,3	-35,8	-4,2			
1983	-25,7	-25,0	-0,7	-2,9	-2,8	-0,1	-28,3	-3,1			
1984	-18,7	-17,8	-0,8	-2,0	-1,9	-0,1	-23,8	-2,5			
1985	-11,3	-13,1	1,8	-1,1	-1,3	0,2	-20,1	-2,0			
1986	-11,9	-16,2	4,2	-1,1	-1,6	0,4	-21,6	-2,1			
1987	-19,3	-22,0	2,7	-1,8	-2,1	0,3	-26,1	-2,5			
1988	-22,2	-22,3	0,1	-2,0	-2,0	0,0	-26,5	-2,4			
1989	1,0	-7,3	8,2	0,1	-0,6	0,7	-13,8	-1,2			
1990	-24,8	-34,7	9,9	-1,9	-2,7	0,8	-48,3	-3,7			
1991	-43,9	-54,9	11,1	-2,9	-3,6	0,7	-62,8	-4,1			
1992	-40,3	-38,5	-1,8	-2,4	-2,3	-0,1	-59,2	-3,6			
1993	-50,5	-53,3	2,8	-3,0	-3,1	0,2	-70,5	-4,2			
1994	-44,2	-45,9	1,7	-2,5	-2,6	0,1	-59,5	-3,3			
1995	-55,8	-48,3	-7,5	-3,0	-2,6	-0,4	-55,9	-3,0			
1996	-62,8	-56,5	-6,3	-3,4	-3,0	-0,3	-62,3	-3,3			
1997	-52,6	-53,8	1,1	-2,8	-2,8	0,1	-48,1	-2,5			
1998	-45,8	-48,1	2,4	-2,3	-2,5	0,1	-28,8	-1,5			
1999	-32,2	-36,9	4,8	-1,6	-1,8	0,2	-26,9	-1,3			
2000	-27,5	-27,4	-0,1	-1,3	-1,3	0,0	-34,0	-1,7			
2000 <sup>4</sup>	23,3	23,4	-0,1	1,1	1,1	0,0					
2001	-64,6	-60,4	-4,3	-3,1	-2,9	-0,2	-46,6	-2,2			
2002	-82,0	-76,0	-6,1	-3,8	-3,6	-0,3	-56,8	-2,7			
2003	-89,1	-82,3	-6,8	-4,2	-3,8	-0,3	-67,9	-3,2			
2004	-82,6	-81,7	-0,9	-3,8	-3,7	0,0	-65,5	-3,0			
2005	-74,1	-70,1	-4,0	-3,3	-3,2	-0,2	-52,5	-2,4			
2006	-38,2	-43,2	5,0	-1,7	-1,9	0,2	-40,5	-1,8			
2007	5,5	-5,3	10,8	0,2	-0,2	0,4	-0,6	0,0			
2008	-1,4	-8,6	7,2	-0,1	-0,3	0,3	-10,4	-0,4			
2009	-76,1	-60,9	-15,2	-3,2	-2,6	-0,6	-92,0	-3,9			
2010 <sup>4</sup>	-106,0	-108,3	2,3	-4,3	-4,4	0,1	-80,5	-3,3			

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Bis 1990 früheres Bundesgebiet, ab 1991 Deutschland.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Ab 1970 in der Abgrenzung des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Ab 1991 nach neuer Methodik berechnet.

 $<sup>2007\,</sup>bis\,2010\,vorl\"{a}ufiges\,Ergebnis;\,Stand:\,August\,2011.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser. Bis 2008 Rechnungsergebniss, 2009 bis 2010 Kassenergebnisse.

<sup>&</sup>lt;sup>4</sup> Einschließlich der Erlöse aus der Versteigerung von Mobilfunkfrequenzen. In der Systematik der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen wirken diese Erlöse ausgabensenkend.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden<sup>1</sup>

Land	in% des BIP													
Land	1980	1985	1990	1995	2000²	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013		
Deutschland	-2,9	-1,1	-1,9	-3,0	-1,4	-3,3	-0,1	-3,2	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7		
Belgien	-9,4	-10,1	-6,7	-4,5	0,0	-2,7	-1,3	-5,8	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5		
Estland	-	-	-	1,1	-0,2	1,6	-2,9	-2,0	0,2	0,8	-1,8	-0,8		
Griechenland	-	-	-14,2	-9,1	-3,7	-5,5	-9,8	-15,8	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8		
Spanien	-	-	-	-7,2	-1,0	1,3	-4,5	-11,2	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3		
Frankreich	-0,3	-3,1	-2,5	-5,5	-1,5	-2,9	-3,3	-7,5	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1		
Irland	-	-10,7	-2,8	-2,1	4,7	1,7	-7,3	-14,2	-31,3	-10,3	-8,6	-7,8		
Italien	-7,0	-12,4	-11,4	-7,5	-2,0	-4,4	-2,7	-5,4	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2		
Zypern	-	-	-	-0,9	-2,3	-2,4	0,9	-6,1	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7		
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,0	3,0	-0,9	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9		
Malta	-	-	-	-4,2	-5,8	-2,9	-4,6	-3,7	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6		
Niederlande	-3,9	-3,6	-5,3	-4,3	1,3	-0,3	0,5	-5,6	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7		
Österreich	-1,6	-2,7	-2,5	-5,8	-2,1	-1,7	-0,9	-4,1	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9		
Portugal	-6,9	-8,4	-6,1	-5,0	-3,2	-5,9	-3,6	-10,1	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2		
Slowakei	-	-	-	-3,4	-12,3	-2,8	-2,1	-8,0	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0		
Slowenien	-	-	-	-8,3	-3,7	-1,5	-1,9	-6,1	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7		
Finnland	3,8	3,5	5,4	-6,2	6,8	2,7	4,3	-2,5	-2,5	-1,0	-0,7	-0,7		
Euroraum	-	-	-	-5,0	-1,2	-2,5	-2,1	-6,4	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0		
Bulgarien	-	-	-	-8,0	-0,5	1,0	1,7	-4,3	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3		
Dänemark	-2,3	-1,4	-1,3	-2,9	2,3	5,2	3,2	-2,7	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1		
Lettland	-	-	6,8	-1,6	-2,8	-0,4	-4,2	-9,7	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2		
Litauen	-	-	-	-1,5	-3,2	-0,5	-3,3	-9,5	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4		
Polen	-	-	-	-4,4	-3,0	-4,1	-3,7	-7,3	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1		
Rumänien	-	-	-	-2,0	-4,7	-1,2	-5,7	-9,0	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9		
Schweden	-	-	-	-7,4	3,6	2,2	2,2	-0,7	0,2	0,9	0,7	0,9		
Tschechien	-	-	-	-12,8	-3,6	-3,2	-2,2	-5,8	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0		
Ungarn	-	-	-	-8,8	-3,0	-7,9	-3,7	-4,6	-4,2	3,6	-2,8	-3,7		
Vereinigtes Königreich	-3,2	-2,8	-1,8	-5,9	1,2	-3,4	-5,0	-11,5	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8		
EU	-	-	-	5,2	-0,6	-2,5	-2,4	-6,9	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2		
Japan	-	-1,4	2,0	-4,7	-7,6	-6,7	-2,2	-8,7	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2		
USA	-2,3	-4,9	-4,1	-3,2	1,5	-3,2	-6,4	-11,5	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen:

 $F\"{u}r\ die\ Jahre\ 1980\ bis\ 2005: EU-Kommission, "Europ\"{a}ische\ Wirtschaft", Statistischer\ Anhang,\ November\ 2011.$ 

 $F\ddot{u}r\ die\ Jahre\ ab\ 2008:\ EU-Kommission,\ Herbstprognose,\ November\ 2011.$ 

Stand: November 2011.

 $<sup>^{2}\,\</sup>mathrm{Alle}\,\mathrm{Angaben}$  ohne einmalige UMTS-Erlöse.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land		in% des BIP													
Land	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013			
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	60,2	68,5	66,7	74,4	83,2	81,7	81,2	79,9			
Belgien	74,0	115,0	125,6	130,2	107,8	92,0	89,3	95,9	96,2	97,2	99,2	100,3			
Estland	-	-	-	8,2	5,1	4,6	4,5	7,2	6,7	5,8	6,0	6,1			
Griechenland	22,5	48,3	71,7	97,9	104,4	101,2	113,0	129,3	144,9	162,8	198,3	198,5			
Spanien	16,5	41,4	42,7	63,3	59,3	43,0	40,1	53,8	61,0	69,6	73,8	78,0			
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,4	57,4	66,7	68,2	79,0	82,3	85,4	89,2	91,7			
Irland	69,0	100,6	93,1	82,1	37,5	27,2	44,3	65,2	94,9	108,1	117,5	121,1			
Italien	56,9	80,5	94,7	121,5	108,5	105,4	105,8	115,5	118,4	120,5	120,5	118,7			
Zypern	-	-	-	51,8	59,6	69,4	48,9	58,5	61,5	64,9	68,4	70,9			
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,2	6,1	13,7	14,8	19,1	19,5	20,2	20,3			
Malta	-	-	-	35,3	55,0	69,7	62,2	67,8	69,0	69,6	70,8	71,5			
Niederlande	45,3	69,7	76,8	76,1	53,8	51,8	58,5	60,8	62,9	64,2	64,9	66,0			
Österreich	35,3	48,0	56,1	68,2	66,2	64,2	63,8	69,5	71,8	72,2	73,3	73,7			
Portugal	29,6	56,5	53,3	59,2	48,5	62,8	71,6	83,0	93,3	101,6	111,0	112,1			
Slowakei	-	-	-	22,1	50,3	34,2	27,8	35,5	41,0	44,5	47,5	51,1			
Slowenien	-	-	-	18,6	26,3	26,7	21,9	35,3	38,8	45,5	50,1	54,6			
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,6	43,8	41,7	33,9	43,3	48,3	49,1	51,8	53,5			
Euroraum	33,4	50,3	56,5	72,1	69,2	70,2	70,1	79,8	85,6	88,0	90,4	90,9			
Bulgarien	-	-	-	-	72,5	27,5	13,7	14,6	16,3	17,5	18,3	18,5			
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,6	52,4	37,8	34,5	41,8	43,7	44,1	44,6	44,8			
Lettland	-	-	-	15,1	12,4	12,5	19,8	36,7	44,7	44,8	45,1	47,1			
Litauen	-	-	-	11,4	23,6	18,3	15,5	29,4	38,0	37,7	38,5	39,4			
Polen	-	-	-	49,0	36,8	47,1	47,1	50,9	54,9	56,7	57,1	57,5			
Rumänien	-	-	-	6,6	22,5	15,8	13,4	23,6	31,0	34,0	35,8	35,9			
Schweden	39,4	61,0	41,2	72,8	53,9	50,4	38,8	42,7	39,7	36,3	34,6	32,4			
Tschechien	-	-	-	14,0	17,9	28,4	28,7	34,4	37,6	39,9	41,9	44,0			
Ungarn	-	-	-	85,6	56,1	61,7	72,9	79,7	81,3	75,9	76,5	76,7			
Vereinigtes Königreich	52,7	51,8	33,3	51,2	41,0	42,5	54,8	69,6	79,9	84,0	88,8	85,9			
EU	-	-	-	69,7	61,9	62,8	62,5	74,7	80,3	82,5	84,9	84,9			
Japan	48,4	69,4	63,9	86,2	135,4	175,3	174,1	194,1	197,6	206,2	210,0	215,7			
USA	42,2	55,9	63,6	71,2	54,8	61,8	71,8	85,8	95,2	101,0	105,6	107,1			

#### Quellen:

Für die Jahre 1980 bis 2005 - EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, Nov. 2011; für USA und Japan alle Jahre. Für die Jahre ab 2007 - EU-Kommission, Herbstprognose, Nov. 2011.

Stand: November 2011

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Steuerquoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern in % des BIP												
Land	1965	1975	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009		
Deutschland <sup>2,3</sup>	23,1	22,6	22,9	21,8	22,7	22,7	20,9	21,8	22,8	23,1	22,6		
Belgien	21,3	27,6	30,3	28,0	29,2	30,9	30,9	30,8	30,2	30,2	28,8		
Dänemark	28,8	38,2	44,8	45,6	47,7	47,6	49,7	48,6	48,0	47,2	47,2		
Finnland	28,3	29,1	31,1	32,5	31,6	35,3	31,9	31,6	31,1	31,0	30,3		
Frankreich	22,4	21,0	24,3	23,5	24,5	28,4	27,7	27,7	27,4	27,1	25,5		
Griechenland	12,2	13,7	16,4	18,3	19,5	23,6	20,5	20,5	20,6	20,3	19,4		
Irland	23,3	24,8	29,5	28,2	27,8	27,1	25,8	27,2	26,2	23,7	22,3		
Italien	16,8	13,7	22,0	25,4	27,5	30,2	28,3	29,8	30,4	29,8	29,7		
Japan	14,2	14,8	18,9	21,3	17,8	17,5	17,3	17,7	18,0	17,3			
Kanada	24,3	28,8	28,1	31,5	30,6	30,8	28,4	28,4	28,2	27,6	26,1		
Luxemburg	18,8	23,1	29,0	26,0	27,3	29,1	27,1	25,8	25,8	25,5	26,2		
Niederlande	22,7	25,1	23,7	26,9	24,1	24,2	25,4	25,1	25,3	24,6			
Norwegen	26,1	29,5	33,8	30,2	31,3	33,7	34,6	35,2	34,7	33,7	31,2		
Österreich	25,4	26,5	27,8	26,6	26,5	28,5	27,8	27,4	27,9	28,4	27,9		
Polen	-	-	-	-	25,2	19,8	20,7	21,8	22,8	22,9			
Portugal	12,4	12,5	18,1	19,6	21,5	22,9	22,7	23,4	23,9	23,7			
Schweden	29,3	33,3	35,6	38,0	34,4	37,9	35,8	36,0	35,0	34,8	35,1		
Schweiz	14,9	18,6	19,7	19,7	20,2	22,7	22,2	22,5	22,2	22,4	23,2		
Slowakei	-	-	-	-	-	20,0	18,8	17,7	17,7	17,4	16,7		
Spanien	10,5	9,7	16,3	21,0	20,5	22,2	23,7	24,6	25,2	21,1	18,6		
Tschechien	-	-	-	-	22,0	19,7	21,5	20,8	21,1	20,0	19,5		
Ungarn	-	-	-	-	26,6	27,2	25,7	25,2	26,7	27,1	26,8		
Vereinigtes Königreich	25,7	28,8	30,4	29,5	28,0	30,2	29,0	29,8	29,5	28,9	27,5		
USA	21,4	20,3	19,1	20,5	20,9	22,6	20,5	21,3	21,4	19,5	17,5		

 $<sup>^{1}</sup> Nach \, den \, Abgrenzungsmerkmalen \, der \, OECD.$ 

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $<sup>^2 \,</sup> Nicht vergleich bar \, mit \, Quoten \, in \, der \, Abgrenzung \, der \, Volkswirtschaftlichen \, Gesamtrechnungen \, oder \, der \, deutschen \, Finanzstatistik.$ 

 $<sup>^3</sup>$  1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Abgaben quoten im internationalen Vergleich<sup>1</sup>

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP											
Lanu	1970	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009		
Deutschland <sup>2,3</sup>	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	35,4	36,0	37,0	37,0		
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,7	44,6	44,3	43,8	44,2	43,2		
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	50,8	49,6	49,0	48,2	48,2		
Finnland	31,6	35,8	43,7	45,7	47,2	43,9	43,8	43,0	43,1	43,1		
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,9	44,0	43,5	43,2	41,9		
Griechenland	20,0	21,6	26,2	28,9	34,0	31,8	31,7	32,3	32,6	29,4		
Irland	28,5	31,0	33,1	32,5	31,3	30,4	31,8	30,9	28,8	27,8		
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,2	40,8	42,3	43,4	43,3	43,5		
Japan	19,6	25,1	29,0	26,8	27,0	27,4	28,0	28,3	28,1			
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,4	33,3	33,0	32,3	31,1		
Luxemburg	23,5	35,6	35,7	37,1	39,1	37,6	35,6	35,7	35,5	37,5		
Niederlande	35,6	42,9	42,9	41,5	39,6	38,4	39,1	38,7	39,1			
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,5	44,0	43,8	42,6	41,0		
Österreich	33,8	38,9	39,7	41,4	43,2	42,4	41,9	42,1	42,7	42,8		
Polen	-	-	-	36,2	32,8	33,0	34,0	34,8	34,3			
Portugal	17,8	22,2	26,9	32,1	32,8	33,7	34,4	35,2	35,2			
Schweden	37,9	46,5	52,2	47,5	51,4	48,9	48,3	47,4	46,3	46,4		
Schweiz	19,3	24,7	25,8	27,7	30,0	29,2	29,3	28,9	29,1	30,3		
Slowakei	-	-	-	-	34,1	31,5	29,4	29,4	29,3	29,3		
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	35,7	36,6	37,3	33,3	30,7		
Tschechien	-	-	-	37,5	35,3	37,5	37,0	37,3	36,0	34,8		
Ungarn	-	-	-	41,3	38,5	37,4	37,2	39,7	40,2	39,1		
Vereinigtes Königreich	36,7	34,8	35,5	34,0	36,4	35,7	36,5	36,2	35,7	34,3		
USA	27,0	26,4	27,4	27,9	29,5	27,1	27,9	27,9	26,1	24,0		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2009, Paris 2010.

Stand: Dezember 2010.

 $<sup>^2 \, \</sup>text{Nicht vergleichbar} \, \text{mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik.} \,$ 

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 17: Staatsquoten im internationalen Vergleich

					Gesamtau	sgaben des	Staates in :	% des BIP				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Deutschland <sup>1</sup>	45,2	43,6	48,3	45,1	46,8	45,3	43,5	43,8	47,5	46,6	45,3	44,3
Belgien	58,5	52,3	52,2	49,1	52,0	48,6	48,4	50,1	54,0	53,0	53,1	53,6
Estland	-	-	41,3	36,1	33,6	33,6	34,4	39,9	45,1	40,0	39,8	40,4
Finnland	46,5	48,2	61,4	48,3	50,0	48,9	47,2	49,3	56,0	54,8	53,7	53,5
Frankreich	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,4	52,8	56,2	56,2	55,8	55,4
Griechenland	-	44,8	45,7	46,6	43,8	44,9	46,3	49,6	52,7	49,6	49,7	49,5
Irland	53,2	42,8	41,1	31,3	34,0	34,5	36,7	42,8	48,2	67,0	45,5	43,9
Italien	49,8	52,9	52,5	46,1	48,1	48,7	47,9	48,9	51,9	50,6	49,9	49,2
Luxemburg	-	37,7	39,7	37,6	41,5	38,6	36,2	36,9	42,2	41,2	40,3	40,1
Malta	-	-	39,7	41,0	44,6	44,3	42,6	43,5	43,2	42,3	42,7	42,4
Niederlande	57,3	54,9	51,9	44,2	44,8	45,5	45,2	46,0	51,4	51,3	50,2	49,4
Österreich	53,5	51,5	56,4	52,0	50,2	49,4	48,8	49,2	52,9	53,0	52,4	52,0
Portugal	37,5	38,5	41,5	41,1	45,8	44,5	44,3	44,6	49,8	50,7	47,7	46,9
Slowenien	-	-	52,6	46,7	45,3	44,6	42,5	44,1	49,0	49,0	49,1	48,1
Spanien	-	-	44,4	39,1	38,4	38,4	39,2	41,3	45,8	45,0	42,9	42,0
Zypern	-	-	33,1	36,6	42,9	42,6	41,2	41,7	45,8	46,6	46,1	45,9
Euroraum	-	-	50,5	46,2	47,3	46,6	46,0	46,9	50,8	50,4	49,1	48,5
Bulgarien	-	-	45,4	41,3	39,7	34,4	39,7	37,6	40,7	37,7	37,4	36,6
Dänemark	55,5	55,4	59,3	53,6	52,6	51,5	50,8	51,9	58,3	58,0	57,5	56,8
Lettland	-	31,6	38,6	37,3	35,6	38,1	35,8	38,8	44,2	42,9	41,4	40,4
Litauen	-	-	34,4	39,1	33,3	33,6	34,8	37,4	44,0	41,2	39,0	38,3
Polen	-	-	47,7	41,1	43,4	43,9	42,2	43,2	44,5	45,7	45,8	43,7
Rumänien	-	-	34,1	38,6	33,6	35,5	36,3	38,3	40,6	40,8	38,8	38,1
Schweden	-	-	65,0	55,1	53,6	52,6	50,9	51,7	54,9	52,7	51,5	50,6
Slowakei	-	-	48,6	52,1	38,0	36,6	34,3	35,0	41,5	41,0	38,8	37,4
Tschechien	-	-	54,5	41,8	45,0	43,8	42,5	42,9	46,0	45,2	45,6	45,2
Ungarn	-	-	55,7	46,7	50,2	52,0	50,0	48,9	50,6	48,8	50,4	45,3
Vereinigtes Königreich	48,7	41,1	43,9	36,8	44,1	44,2	43,9	47,5	51,6	51,0	49,8	48,6
EU-27	-	-	50,2	44,8	46,8	46,3	45,6	46,9	50,8	50,3	49,1	48,3
USA	36,8	37,2	37,1	33,9	36,3	36,0	36,8	38,9	42,2	43,3	41,7	40,8
Japan	32,7	31,6	36,0	39,0	38,4	36,2	35,9	37,2	41,8	42,3	44,1	44,8

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>1985 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Stand: Mai 2011.

Quelle: EU-Kommission "Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft".

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

		EU-Haush	nalt 2010 <sup>1</sup>			EU-Hau:	shalt 2011 <sup>2</sup>	
	Verpflicht	ungen	Zahlun	gen	Verpflicht	tungen	Zahluı	ngen
	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%	in Mio. €	in%
1	2	3	4	5	6	7	8	9
Rubrik								
1. Nachhaltiges Wachstum	64 249,4	45,4	47 714,1	38,8	64 501,2	45,5	53 328,2	42,1
davon Globalisierungsanpassungsfonds	500,0	0,4	-	-	500,0	0,4	47,7	0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	59 498,8	42,1	58 135,6	47,3	58 659,2	41,4	56 409,3	44,6
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 687,5	1,2	1 411,0	1,1	1 821,9	1,3	1 460,2	1,2
4. Die EU als globaler Akteur	8 141,0	5,8	7 787,7	6,3	8 754,3	6,2	7 249,0	5,7
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	248,9	0,2	248,9	0,2	253,9	0,2	100,0	0,1
5. Verwaltung	7 908,0	5,6	7 907,5	6,4	8 081,7	5,7	8 080,4	6,4
Gesamtbetrag	141 484,8	100,0	122 955,9	100,0	141 818,3	100,0	126 574,8	100,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> EU-Haushalt 2010 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne Nrn. 1-7/2010).

noch Tabelle 18: Entwicklung der EU-Haushalte 2010 bis 2011

	Differe	nz in %	Differenz in Mio. €				
	SP. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4			
Rubrik	10	11	12	13			
1. Nachhaltiges Wachstum	0,4	11,8	251,7	5 614,1			
davon Globalisierungsanpassungsfonds	0,0	100,0	0,0	47,7			
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	-1,4	-3,0	- 839,6	-1 726,3			
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	8,0	3,5	134,3	49,2			
4. Die EU als globaler Akteur	7,5	- 6,9	613,3	- 538,7			
davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	2,0	- 59,8	5,0	- 148,9			
5. Verwaltung	2,2	2,2	173,7	172,9			
Gesamtbetrag	0,2	2,9	333,5	3 618,9			

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> EU-Haushalt 2011 (neuer Haushaltsentwurf der EU-Kommission vom 26. November 2010).

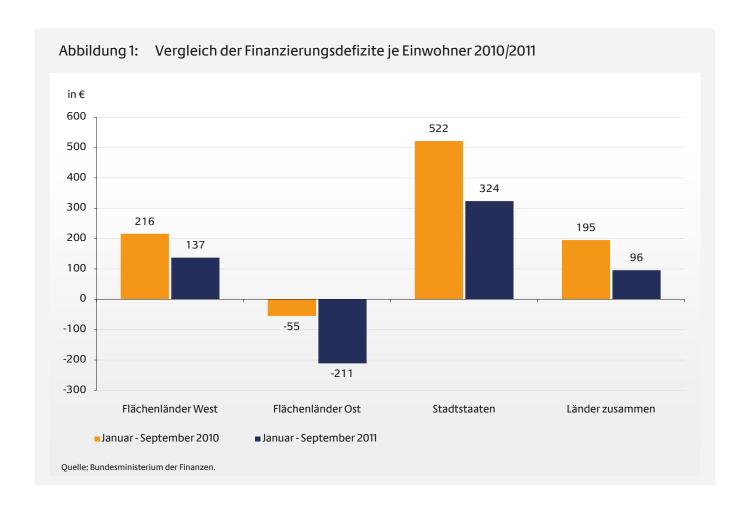
ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

# Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

Tabelle 1: Entwicklung der Länderhaushalte bis September 2011 im Vergleich zum Jahressoll 2011

	Flächenländ	der (West)	Flächenlär	ider (Ost)	Stadtst	aaten	Länder zu	sammen
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
				in M	1io.€			
Bereinigte Einnahmen	188 825	147 486	49 619	39 509	31 812	26 011	264 476	208 83
darunter:								
Steuereinnahmen	144 848	112 558	25 619	20 783	19 557	15 765	190 024	149 10
Übrige Einnahmen	43 977	34928	24000	18 726	12 255	10246	74 452	59 73
Bereinigte Ausgaben	205 125	156 135	51 641	36 801	37 218	27 927	288 203	216 69
darunter:								
Personalausgaben	81 570	61 720	12 385	9 178	10726	8 674	104 681	79 57
Lfd. Sachaufwand	13 503	9 5 3 5	3 771	2 614	7 833	6410	25 106	18 55
Zinsausgaben	13 506	10679	3 134	2 130	4 0 6 9	3 046	20 709	15 85
Sachinvestitionen	4078	2 5 3 9	1 708	1 028	820	530	6 606	4 09
Zahlungen an Verwaltungen	55 146	43 942	15717	13 629	917	862	66 000	54 26
Übrige Ausgaben	37 322	27722	14926	8 222	12 854	8 406	65 101	4434
Finanzierungssaldo	-16 300	-8 649	-2 021	2 708	-5 396	-1 916	-23 718	-7 85

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE



ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2011

		in Mio. €								
		Se	ptember 201	0	A	August 2011		S	eptember 201	1
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	181 230	192 991	362 484	169 910	182 609	339 823	192 906	208 836	387 85
11	Einnahmen der laufenden Rechnung	177 219	183 008	360 227	166 393	171 875	338 268	189 153	197 219	38637
111	Steuereinnahmen	158 813	138 183	296 996	153 323	130 632	283 955	174895	149 105	324000
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	1 984	35 982	37 966	1 848	32 261	34110	2 092	38 653	40 745
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	2018	2 018	-	1 331	1 331	-	2 082	2 082
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	-	-	
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	4010	9 983	13 994	3 517	10 734	14 251	3 753	11 617	15 370
121	Veräußerungserlöse	1 898	245	2 143	1 040	367	1 406	1 070	388	1 45
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1 490	64	1 554	809	88	898	809	89	899
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	423	7 266	7 689	735	7 298	8 033	709	8 087	8 79
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	230 693	208 963	427 920	206 420	190 831	384 555	227 425	216 694	430 23
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	214237	188 481	402 718	191 952	172 743	364 695	211 296	195 529	406 82
211	Personalausgaben	21 516	77 517	99 033	19 294	71 132	90 426	21 587	79 572	101 15
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	6 126	22 218	28 344	5 486	20 592	26 078	6 163	23 037	29 20
212	Laufender Sachaufwand	13 383	18 019	31 402	12 060	16 527	28 587	13 536	18 559	32 09
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	6 362	11 921	18 283	5 874	10 858	16732	6 704	12 191	18 89
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	29 813	15 887	45 700	29 217	14367	43 583	29 828	15 855	45 68
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	10 472	41 823	52 295	10 646	38 694	49 340	11 927	45 800	57 72
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	- 309	- 309	-	668	668	-	477	47
2142	Zuweisungen an Gemeinden	14	39 512	39 526	8	35 505	35 512	8	42 183	42 19
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	16 456	20 482	36 938	14 468	18 087	32 556	16 128	21 165	37 29
221	Sachinvestitionen	4 406	4028	8 435	3 601	3 502	7 104	4238	4 096	8 33
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	2 972	7 780	10 752	2 883	7 081	9 964	3 099	8 463	11 56
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	16 086	20 051	36 137	14 159	17 401	31 560	15 808	20 461	36 26

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 2: Die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis September 2011

		in Mio. €									
		Se	ptember 201	0	A	ugust 2011		Se	ptember 201	11	
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	Bund	Länder	Insgesamt	
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-49 412 <sup>2</sup>	-15 972	-65 384	-36 459 <sup>2</sup>	-8 222	-44 681	-34 465 <sup>2</sup>	-7 858	-42 323	
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung										
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	231 315	62 178	293 494	207 919	56 030	263 948	223 578	65 582	289 159	
42	Schuldentilgung am Kreditmarkt	190 560	60 779	251 339	171 067	60 869	231 936	197 334	70 077	267 41	
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	40 755	1 399	42 154	36 851	-4839	32 012	26 244	-4 496	21 749	
	Zum Ende des Monats bestehende										
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände										
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-13 004	7116	-5 888	-19 526	3 284	-16 242	-18 278	436	-17 84	
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	-	16399	16399	-	16981	16981	-	17874	1787	
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	13 005	-6888	6117	19527	-2 542	16 985	18 278	2 823	21 10	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder bereinigt um Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Einschließlich haushaltstechnische Verrechnungen.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2011

						in Mio. €				
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
	Seit dem 1. Januar gebuchte									
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsiahr	26 952	32 130 a	7 413	14 740	5 231	17 801	38 686	9 074	2 54
11	Einnahmen der laufenden Rechung	25 895	30 777	6 8 6 3	14 138	4 668	16 986	36 821	8 720	2 50
111	Steuereinnahmen	19767	24975	4122	11 679	2 613	12 829	30 205	6616	1 75
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	4614	3 044	2315	1 614	1 792	2 167	4 598	1 559	66
1121	darunter: Allgemeine BEZ	-	-	139	-	126	73	116	107	3
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	305	-	285	209	311	179	7
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	1 057	1 353 ª	551	602	563	815	1 865	354	4
121	Veräußerungserlöse	1	3	18	14	6	72	8	1	
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	-	1	0	-	-	69	-	-	
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	789	1 050	253	576	255	663	1 496	236	2
2	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	28 529	31 380 b	7 013	15 982	4 952	18 765	42 024	10 682	2 65
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	25 765	28 158 b	6 2 0 1	14 490	4 2 6 8	17 554	37712	9 592	2 47
211	Personalausgaben	11 759	13 427	1 721	5 804	1 221	7 170 2	15 501 <sup>2</sup>	4281	1 08
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	3 785	3 929	130	1 899	76	2 275	5 3 0 5	1 308	4
212	Laufender Sachaufwand	1 291	2 180	397	1 241	307	1 229	2 350	746	13
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	1 171	1 758 $^{\circ}$	349	993	270	1 012	1 746	628	12
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	1 568	926 [	473	1 190	260	1 552	3 500	863	38
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	7356	8 512	2 377	3 925	1 627	4 645	9 503	2 281	32
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	1 270	2 893	-	1 300	-	-	-	-	
2142	Zuweisungen an Gemeinden	6 0 3 8	5 547	1 985	2 598	1 345	4 645	9419	2 247	30
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	2 763	3 223	812	1 492	685	1 211	4312	1 089	17
221	Sachinvestitionen	552	982	56	437	214	154	211	80	
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 271	1 226	339	700	251	345	2 231	405	:
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	2 682	3 124	812	1 448	685	1 211	4153	1 055	10

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2011

			·			in Mio. €		·		
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden- Württ.	Bayern <sup>3</sup>	Branden- burg	Hessen	Mecklbg Vorpom.	Nieder- sachsen	Nordrh Westf.	Rheinl Pfalz	Saarland
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	-1 576	750 <sup>e</sup>	400	-1 242	279	- 964	-3 339	-1 607	- 107
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung									
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	4879	2 619	2 472	4813	920	4 637	16061	7 128	533
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	5 755	2 809	3 761	4741	1 022	4 259	17616	6942	789
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	-876	-190 -	-1 290	72	- 102	378	-1 555	186	- 25
	Zum Ende des Monats bestehende									
	Schwebende Schulden und Kassenbestände									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	-	249	-	-	651	53	26
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	1 086	4817	377 <sup>4</sup>	1 244	874	2 672	1 259	3	38
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	- 52	-	- 487	74	400	1 853	- 621	- 52	1

 $<sup>^1</sup> In \, der \, L\"{a}nder summe \, ohne \, Zuweisungen \, von \, L\"{a}nder n \, im \, L\"{a}nder finanzausgleich.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Oktober-Bezüge

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,2 Mio. €, b 277,8 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 277,7 Mio. €, e -259,6 Mio. €, f 50,0 Mio. €, g 100,0 Mio. €, h -50,0 Mio. €.

 $<sup>^4</sup>$ BB - Das Sondervermögen "Wohnungsbauvermögen" i. H. v. 323,2 Mio.  $\in$  wird erstmalig mit gemeldet.

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR ENTWICKLUNG DER LÄNDERHAUSHALTE

noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2011

		in Mio. €							
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
	Seit dem 1. Januar gebuchte								
1	Bereinigte Einnahmen <sup>1</sup> für das laufende Haushaltsjahr	12 966	7 219	6 372	6 679	15 244	2 951	7 860	208 836
11	Einnahmen der laufenden Rechung	10 960	6 683	6 058	6 1 6 0	14 544	2 885	7 588	197219
111	Steuereinnahmen	6 5 8 4	3816	4737	3 647	7 872	1 700	6 192	149 105
112	Einnahmen von Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 855	2 544	897	2 184	5 236	926	648	38 653
1121	darunter: Allgemeine BEZ	288	166	1	155	752	124	-	2 082
1122	Länderfinanzausgleich <sup>1</sup>	605	374	40	348	1 921	376	-	-
12	Einnahmen der Kapitalrechnung	2 006	536	313	520	700	66	272	11 617
121	Veräußerungserlöse	2	4	4	11	139	2	99	388
1211	darunter: Veräußerungen von Beteiligungen und Kapitalrückzahlungen	1	3	0	-	11	1	0	89
122	Einnahmen von Verwaltungen (Kapitalrechnung)	1 468	247	207	272	348	58	144	8 087
_	Bereinigte Ausgaben <sup>1</sup>								
2	für das laufende Haushaltsjahr	10 986	7 123	6 935	6 727	16 364	3 211	8 396	216 694
21	Ausgaben der laufenden Rechnung	9 540	6 435	6 382	6 0 1 0	15 454	2 950	7 569	195 529
211	Personalausgaben	2 762	1 745	2 692	1 730	5 120	1 046	2 508	79 572
2111	darunter: Versorgung und Beihilfe	147	124	940	109	1 344	345	903	23 037
212	Laufender Sachaufwand	679	728	361	503	3 687	541	2 182	18 559
2121	darunter: Sächliche Verwaltungsausgaben	496	269	306	289	1 722	250	807	12 191
213	Zinsausgaben an andere Bereiche	253	618	694	526	1 961	382	702	15 855
214	Zahlungen an Verwaltungen (laufende Rechnung)	3 899	2 005	1 721	2 207	222	102	126	45 800
2141	darunter: Länder- finanzausgleich <sup>1</sup>	-	-	-	-	-	-	44	477
2142	Zuweisungen an Gemeinden	2 907	1 607	1 646	1 880	5	4	7	42 183
22	Ausgaben der Kapitalrechnung	1 446	688	553	717	910	261	827	21 165
221	Sachinvestitionen	464	119	113	174	205	49	276	4096
222	Zahlungen an Verwaltungen (Kapitalrechnung)	424	275	280	225	97	93	267	8 463
223	nachrichtlich: Investitionsausgaben	1 447	688	552	717	857	260	607	20 461

ÜBERSICHTEN UND GRAFIKEN ZUR FINANZWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 3: Die Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis September 2011

					in M	io.€			
Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen- Anhalt	Schlesw Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
3	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	1 980	97	- 563	- 47	-1 120	- 260	- 536	-7 858
4	Schuldenaufnahme und Schuldentilgung								
41	Schuldenaufnahme am Kreditmarkt (brutto)	490	3 425	2 419	1 905	8 534	6 241	-1 492	65 582
41	Schuldentilgung am Kreditmarkt	986	2 703	2 765	1 793	7 533	6 605	-	70 07
43	Aktueller Kapitalmarktsaldo (Nettokreditaufnahme)	- 496	722	- 346	112	1 000	- 364	-1 492	-4 496
	Zum Ende des Monats bestehende								
5	Schwebende Schulden und Kassenbestände								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-1 301	-	-	15	137	368	436
52	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 148	53	-	-	404	402	2 154	1787
53	Kassenbestand ohne schwebende Schulden	-	1 300	- 737	288	- 6	- 107	956	2 823

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Ohne Oktober-Bezüge.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> BY - davon Stabilisierungsfonds Finanzmarkt und BayernLB: a 18,2 Mio. €, b 277,8 Mio. €, c 0,1 Mio. €, d 277,7 Mio. €, e -259,6 Mio. €, f 50,0 Mio. €, g 100,0 Mio. €, h -50,0 Mio. €.

 $<sup>^4</sup>$ BB - Das Sondervermögen "Wohnungsbauvermögen" i. H. v. 323,2 Mio.  $\in$  wird erstmalig mit gemeldet.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

Tabelle 1: Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

						Bruttoir	nlandsprodukt	(real)	
	Erwerbstä	tige im Inland <sup>1</sup>	Erwerbsquote <sup>2</sup>	Erwerbslose	Erwerbslosen- quote <sup>3</sup>	gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Erwerbs- tätigen- stunde	Investitions- quote <sup>4</sup>
Jahr	in Mio.	Veränderung in % p.a.	in%	in Mio.	in%	Verä	nderung in % p	.a.	in%
1991	38,7		51,0	2,2	5,3				23,2
1992	38,2	-1,4	50,5	2,5	6,2	1,9	3,3	2,5	23,5
1993	37,7	-1,3	50,2	3,1	7,5	-1,0	0,3	1,4	22,5
1994	37,7	-0,1	50,3	3,3	8,1	2,5	2,5	2,7	22,5
1995	37,8	0,4	50,2	3,2	7,9	1,7	1,3	2,4	21,9
1996	37,8	-0,1	50,3	3,5	8,5	0,8	0,9	2,0	21,3
1997	37,7	-0,1	50,5	3,8	9,2	1,7	1,9	2,3	21,0
1998	38,1	1,1	50,9	3,7	8,9	1,9	0,7	1,1	21,1
1999	38,7	1,5	51,2	3,4	8,1	1,9	0,4	0,9	21,3
2000	39,4	1,7	51,6	3,1	7,4	3,1	1,3	2,7	21,5
2001	39,5	0,3	51,7	3,2	7,5	1,5	1,2	2,5	20,1
2002	39,3	-0,6	51,7	3,5	8,3	0,0	0,6	1,4	18,4
2003	38,9	-0,9	51,8	3,9	9,2	-0,4	0,5	0,9	17,8
2004	39,0	0,3	52,2	4,2	9,7	1,2	0,9	0,8	17,4
2005	39,0	-0,1	52,7	4,6	10,5	0,7	0,8	1,2	17,3
2006	39,2	0,6	52,6	4,2	9,8	3,7	3,1	3,6	18,1
2007	39,9	1,7	52,7	3,6	8,3	3,3	1,5	1,7	18,4
2008	40,3	1,2	52,9	3,1	7,2	1,1	-0,1	-0,1	18,6
2009	40,4	0,0	53,2	3,2	7,4	-5,1	-5,2	-2,5	17,2
2010	40,6	0,5	53,1	2,9	6,8	3,7	3,2	1,4	17,5
2005/00	39,2	-0,2	51,9	3,8	8,8	0,6	0,8	1,4	18,7
2010/05	39,9	0,8	52,9	3,6	8,3	1,3	0,5	0,8	17,9

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2\,</sup>Erwerbspersonen\,(inländische\,Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO])\,in\,\%\,der\,Wohnbev\"{o}lkerung\,nach\,ESVG\,95.$ 

 $<sup>^3</sup>$  Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95.

 $<sup>^4\,{\</sup>rm Anteil\,der\,Bruttoan lage investitionen\,am\,Bruttoin lands produkt\,(nominal)}.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 2: Preisentwicklung

	Bruttoinlands- produkt (nominal)	Bruttoinlands- produkt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnach- frage (Deflator)	Konsum der Privaten Haushalte (Deflator)1	Verbraucher- preisindex (2005=100)	Lohnstück- kosten²
Jahr			\	/eränderung in % p.a	a.		
1991							
1992	+7,4	+5,4	+3,2	+4,5	+4,3	+5,1	+6,8
1993	+2,9	+4,0	+1,9	+3,5	+3,6	+4,4	+4,1
1994	+5,0	+2,5	+1,1	+2,3	+2,5	+2,7	+0,5
1995	+3,7	+2,0	+1,6	+1,6	+1,4	+1,7	+2,4
1996	+1,4	+0,6	-0,4	+0,8	+0,9	+1,4	+0,4
1997	+2,0	+0,3	-1,7	+0,7	+1,3	+1,9	-1,0
1998	+2,5	+0,6	+1,8	+0,1	+0,5	+0,9	+0,4
1999	+2,1	+0,2	+0,7	-0,0	+0,4	+0,6	+0,6
2000	+2,4	-0,7	-4,5	+0,8	+0,8	+1,5	+0,5
2001	+2,7	+1,1	-0,0	+1,1	+1,9	+1,9	+0,3
2002	+1,4	+1,4	+2,3	+0,7	+1,2	+1,4	+0,5
2003	+0,7	+1,1	+1,0	+0,9	+1,6	+1,0	+0,9
2004	+2,2	+1,1	+0,1	+1,1	+1,2	+1,7	-0,4
2005	+1,3	+0,6	-1,9	+1,3	+1,7	+1,6	-0,9
2006	+4,0	+0,3	-1,4	+0,8	+1,0	+1,6	-2,4
2007	+5,0	+1,6	+0,5	+1,5	+1,5	+2,3	-1,0
2008	+1,9	+0,8	-1,5	+1,4	+1,7	+2,6	+2,3
2009	-4,0	+1,2	+3,8	-0,1	+0,1	+0,4	+6,0
2010	+4,3	+0,6	-2,0	+1,4	+1,9	+1,1	-1,5
2005/00	+1,7	+1,1	+0,3	+1,0	+1,5	+1,5	+0,1
2010/05	+2,2	+0,9	-0,2	+1,0	+1,2	+1,6	+0,6

 $<sup>^{1} \</sup>hbox{Einschl.\,private\,Organisationen\,ohne\,Erwerbszweck.}$ 

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

 $<sup>^2</sup> Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbst \"atigenstunde (Inlandskonzept).$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 3: Außenwirtschaft<sup>1</sup>

	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzie- rungssaldo übrige Welt
Jahr	Veränderu	ng in % p.a.	in Mr	in Mrd. €		Anteile am BIP in %		
1991			-5,8	-23,4	25,7	26,1	-0,4	-1,5
1992	0,4	0,6	-6,7	-18,9	24,0	24,4	-0,4	-1,1
1993	-5,7	-8,0	2,9	-15,2	22,0	21,8	0,2	-0,9
1994	9,1	8,3	6,0	-26,1	22,8	22,5	0,3	-1,5
1995	7,8	6,7	11,0	-23,3	23,7	23,1	0,6	-1,3
1996	6,0	4,5	18,0	-12,8	24,8	23,8	1,0	-0,7
1997	12,7	11,7	24,7	-9,3	27,4	26,1	1,3	-0,5
1998	6,9	6,8	26,9	-14,6	28,6	27,2	1,4	-0,7
1999	5,0	7,0	17,6	-26,1	29,4	28,5	0,9	-1,3
2000	16,2	18,7	6,3	-29,4	33,4	33,1	0,3	-1,4
2001	7,0	1,8	41,7	-3,9	34,8	32,8	2,0	-0,2
2002	4,0	-3,6	95,9	42,1	35,7	31,2	4,5	2,0
2003	0,9	2,7	84,2	40,5	35,7	31,8	3,9	1,9
2004	10,3	7,7	110,8	102,3	38,5	33,5	5,0	4,7
2005	8,6	9,2	116,0	112,4	41,3	36,1	5,2	5,1
2006	14,6	14,9	130,1	150,0	45,5	39,9	5,6	6,5
2007	8,8	5,7	170,0	182,9	47,2	40,2	7,0	7,5
2008	3,8	6,1	154,2	153,3	48,1	41,8	6,2	6,2
2009	-16,2	-15,2	118,5	136,7	41,9	37,0	5,0	5,8
2010	16,5	16,7	135,5	143,2	46,8	41,4	5,5	5,8
2005/00	6,1	3,5	75,8	44,0	36,6	33,1	3,5	2,0
2010/05	4,8	5,0	137,4	146,4	45,1	39,4	5,8	6,1

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 4: Einkommensverteilung

	Volkseinkommen	Unternehmens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohno	quote	Bruttolöhne und - gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) <sup>3</sup>
				unbereinigt <sup>1</sup>	bereinigt <sup>2</sup>		
Jahr	Ve	eränderung in % p.a		in	%	Veränderu	ng in % p.a.
1991			•	70,8	70,8		
1992	6,7	2,6	8,4	71,9	72,1	10,2	4,0
1993	1,4	-0,8	2,3	72,5	72,9	4,3	0,9
1994	4,1	8,2	2,5	71,4	72,0	1,9	-2,3
1995	3,9	4,9	3,5	71,1	71,8	2,9	-0,9
1996	1,5	3,1	0,8	70,7	71,5	1,2	0,4
1997	1,5	4,2	0,3	69,9	70,8	0,0	-2,5
1998	1,8	1,3	2,0	70,0	71,0	0,8	0,4
1999	1,0	-2,4	2,5	71,1	72,0	1,3	1,3
2000	2,2	-1,5	3,7	72,1	72,9	1,3	1,7
2001	2,3	3,6	1,9	71,8	72,6	2,0	1,3
2002	0,9	1,7	0,6	71,6	72,5	1,4	0,1
2003	1,1	3,2	0,2	71,0	72,1	1,1	-1,3
2004	4,9	16,0	0,3	67,9	69,2	0,5	0,9
2005	1,6	6,4	-0,7	66,4	68,0	0,3	-1,4
2006	5,5	13,3	1,6	63,9	65,5	0,8	-1,2
2007	3,8	5,8	2,7	63,2	64,7	1,5	-0,4
2008	0,9	-3,7	3,6	64,9	66,3	2,2	-0,4
2009	-4,6	-13,5	0,1	68,2	69,6	-0,3	-0,5
2010	5,1	10,5	2,5	66,5	68,0	2,2	1,6
2005/00	2,1	6,0	0,5	70,1	71,2	1,1	-0,1
2010/05	2,1	2,0	2,1	65,5	67,0	1,3	-0,2

 $<sup>^1</sup> Arbeit nehmer ent gelte in \% \, des \, Volksein kommens.$ 

 $Quellen: Statistisches \ Bundesamt; eigene \ Berechnungen.$ 

 $<sup>^2\,\</sup>mathrm{Korrigiert}$ um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (einschl. private Organisationen ohne Erwerbszweck).

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# Gesamtwirtschaftliches Produktionspotenzial und Konjunkturkomponenten

Datengrundlagen und Ergebnisse der Schätzungen der Bundesregierung

Stand: Herbstprojektion der Bundesregierung vom 20. Oktober 2011

#### Erläuterungen zu den Tabellen 5 bis 12

1. Für die Potenzialschätzung wird das Produktionsfunktionsverfahren der Europäischen Union verwendet, das für die finanzpolitische Überwachung in der EU für die Mitgliedstaaten verbindlich vorgeschrieben ist. Die für die Schätzung erforderlichen Programme und Dokumentationen sind im Internetportal der Europäischen Kommission verfügbar, und zwar auf der Internetseite http://circa.europa.eu/Public/irc/ecfin/outgaps/library.

Die Berechnungen zu den verwendeten Budgetsensitivitäten werden in der folgenden Veröffentlichung beschrieben: Girouard und André (2005), Measuring Cyclically-Adjusted Budget Balances for OECD Countries, OECD Economics Department Working Papers 434.

2. Datenquellen für die Schätzungen zum gesamtwirtschaftlichen Produktionspotenzial sind die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und die Anlagevermögensrechnung des Statistischen Bundesamts sowie die gesamtwirtschaftlichen Projektionen der Bundesregierung für den Zeitraum der mittelfristigen Finanzplanung. Für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung wird die 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts zugrunde gelegt (Variante 1-W1). Die Zeitreihen für Arbeitszeit je Erwerbstätigen und Partizipationsraten werden – im Rahmen von Trendfortschreibungen – um drei Jahre verlängert, um Glättungen mit dem HP-Filter vornehmen zu können.

- 3. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 4. Für den Zeitraum vor 1991 werden Rückrechnungen auf der Grundlage von Zahlenangaben des Statistischen Bundesamts zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland durchgeführt.
- 5. Das Produktionspotenzial ist ein Maß für die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten, die mittel- und langfristig die Wachstumsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft determinieren.

Die Produktionslücke kennzeichnet die Abweichung der erwarteten wirtschaftlichen Entwicklung von der konjunkturellen Normallage, dem Produktionspotenzial. Die Produktionslücken, d. h. die Abweichungen des Bruttoinlandsprodukts vom Potenzialpfad, geben das Ausmaß der gesamtwirtschaftlichen Unterbeziehungsweise Überauslastung wieder. In diesem Zusammenhang spricht man auch von "negativen" beziehungsweise "positiven" Produktionslücken (oder Output Gaps).

Der Potenzialpfad beschreibt die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts bei Normalauslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten und damit die gesamtwirtschaftliche Aktivität, die ohne inflationäre Verspannungen bei gegebenen Rahmenbedingungen möglich ist. Schätzungen zum Produktionspotenzial sowie daraus ermittelte Produktionslücken dienen nicht nur als Berechnungsgrundlage für

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

die neue Schuldenregel, sondern auch, um das gesamtstaatliche strukturelle Defizit zu berechnen. Darüber hinaus sind sie eine wichtige Referenzgröße für die gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzungen, die für die mittelfristige Finanzplanung durchgeführt werden.

Zur Bestimmung der maximal zulässigen Nettokreditaufnahme des Bundes ist, neben der Bereinigung um den Saldo der finanziellen Transaktionen, eine Konjunkturbereinigung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben durchzuführen, um eine ebenso in wirtschaftlich guten wie in wirtschaftlich schlechten Zeiten konjunkturgerechte, symmetrisch reagierende Finanzpolitik zu gewährleisten. Dies erfolgt durch eine explizite Berücksichtigung der konjunkturellen Einflüsse auf die öffentlichen Haushalte mit Hilfe einer Konjunkturkomponente, die die zulässige

Obergrenze für die Nettokreditaufnahme in konjunkturell schlechten Zeiten erweitert und in konjunkturell guten Zeiten einschränkt. Die Budgetsensitivität als zweites Element zur Bestimmung der Konjunkturkomponente gibt an, wie die Einnahmen und Ausgaben des Bundes auf eine Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität reagieren.

Weitere Erläuterungen und Hintergrundinformationen sind im Monatsbericht Februar 2011, Artikel "Die Ermittlung der Konjunkturkomponente des Bundes im Rahmen der neuen Schuldenregel" zu finden (http://www.bundesfinanzministerium. de/nn\_17844/DE/BMF\_\_Startseite/Publikationen/Monatsbericht\_\_des\_\_BMF/2011/02/analysen-und-berichte/b03-konjunkturkomponente-des-bundes/node. html?\_\_nnn=true).

Tabelle 5: Produktionslücken, Budgetsensitivität und Konjunkturkomponenten

	Produktionspotenzial	Bruttoinlandsprodukt	Produktionslücke	Budgetsensitivität <sup>1</sup>	Konjunkturkomponente <sup>2</sup>
		in Mrd. € (nominal)			in Mrd. € (nominal)
2010	2 528,2	2 476,8	-51,4	0,248	-12,8
2011	2 590,4	2 571,9	-18,5	0,160	-3,0
2012	2 667,2	2 634,0	-33,3	0,160	-5,3
2013	2 737,3	2 709,8	-27,5	0,160	-4,4
2014	2 807,0	2 787,9	-19,1	0,160	-3,1
2015	2 877,7	2 868,2	-9,5	0,160	-1,5
2016	2 950,8	2 950,8	0,0	0,160	0,0

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Die Budgetsensitivität des Bundes war im Jahr 2010 höher als sie in den Folgejahren ist, da der Bund im Jahr 2010 einmalig einen Zuschuss an die Bundesagentur für Arbeit zahlte und damit die konjunkturellen Effekte hinsichtlich der Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung zu tragen hatte.

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Die hier für die dargestellten Jahre angegebene Konjunkturkomponente des Bundes ergibt sich rechnerisch aus den Ergebnissen der zugrundeliegenden gesamtwirtschaftlichen Vorausschätzung. Für das vergangene und das laufende Jahr entspricht sie nicht dem gemäß der Schuldenregel relevanten Wert. Die hierfür maßgeblichen Werte sind dem Finanzplan des Bundes 2010 bis 2014 beziehungsweise dem Bundeshaushalt 2011 zu entnehmen.

Tabelle 6: Produktionspotenzial und -lücken

		Produktion	spotenzial			Produktio	nslücken	
	preisbe	ereinigt	nom	ninal	preisber	einigt	nom	inal
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % des pot. BIP	in Mrd. €	in % des pot. BIP
1982	1 443,7	+2,2	949,6	+6,9	-26,1	-1,8	-17,2	-1,8
1983	1 474,7	+2,1	997,2	+5,0	-34,8	-2,4	-23,5	-2,4
1984	1 505,9	+2,1	1 038,5	+4,2	-25,4	-1,7	-17,5	-1,7
1985	1 535,1	+1,9	1 081,2	+4,1	-20,1	-1,3	-14,2	-1,3
1986	1 566,8	+2,1	1 136,5	+5,1	-17,1	-1,1	-12,4	-1,1
1987	1 600,0	+2,1	1 175,5	+3,4	-28,6	-1,8	-21,0	-1,8
1988	1 638,9	+2,4	1 224,4	+4,2	-9,2	-0,6	-6,9	-0,6
1989	1 684,5	+2,8	1 294,8	+5,7	8,6	0,5	6,6	0,5
1990	1 742,7	+3,5	1 385,0	+7,0	39,4	2,3	31,3	2,3
1991	1 796,6	+3,1	1 471,9	+6,3	76,6	4,3	62,7	4,3
1992	1 846,1	+2,8	1 594,1	+8,3	62,8	3,4	54,3	3,4
1993	1 890,3	+2,4	1 697,3	+6,5	-0,4	0,0	-0,4	0,0
1994	1 927,4	+2,0	1 773,7	+4,5	9,2	0,5	8,5	0,5
1995	1 962,7	+1,8	1 842,6	+3,9	6,3	0,3	5,9	0,3
1996	1 996,7	+1,7	1 886,4	+2,4	-12,1	-0,6	-11,4	-0,6
1997	2 029,0	+1,6	1 922,0	+1,9	-9,9	-0,5	-9,4	-0,5
1998	2 061,0	+1,6	1 963,8	+2,2	-4,3	-0,2	-4,1	-0,2
1999	2 093,5	+1,6	1 998,7	+1,8	1,6	0,1	1,5	0,1
2000	2 126,2	+1,6	2 016,2	+0,9	33,1	1,6	31,3	1,6
2001	2 158,8	+1,5	2 070,2	+2,7	33,1	1,5	31,7	1,5
2002	2 190,3	+1,5	2 130,4	+2,9	1,9	0,1	1,8	0,1
2003	2 219,4	+1,3	2 182,4	+2,4	-35,5	-1,6	-34,9	-1,6
2004	2 247,1	+1,3	2 233,3	+2,3	-37,9	-1,7	-37,6	-1,7
2005	2 273,3	+1,2	2 273,3	+1,8	-48,9	-2,2	-48,9	-2,2
2006	2 301,3	+1,2	2 308,5	+1,5	5,4	0,2	5,4	0,2
2007	2 331,9	+1,3	2 377,3	+3,0	50,2	2,2	51,2	2,2
2008	2 362,2	+1,3	2 426,8	+2,1	45,8	1,9	47,0	1,9
2009	2 386,7	+1,0	2 480,8	+2,2	-102,3	-4,3	-106,3	-4,3
2010	2 418,0	+1,3	2 528,2	+1,9	-49,2	-2,0	-51,4	-2,0
2011	2 455,1	+1,5	2 590,4	+2,5	-17,6	-0,7	-18,5	-0,7
2012	2 492,7	+1,5	2 667,2	+3,0	-31,1	-1,2	-33,3	-1,2
2013	2 527,6	+1,4	2 737,3	+2,6	-25,4	-1,0	-27,5	-1,0
2014	2 560,9	+1,3	2 807,0	+2,5	-17,5	-0,7	-19,1	-0,7
2015	2 594,0	+1,3	2 877,7	+2,5	-8,6	-0,3	-9,5	-0,3
2016	2 628,0	+1,3	2 950,8	+2,5	0,0	0,0	0,0	0,0

Tabelle 7: Beiträge der Produktionsfaktoren und des technischen Fortschritts zum preisbereinigten Potenzialwachstum<sup>1</sup>

	Produktionspotenzial	Totale Faktorproduktivität	Arbeit	Kapital
	in % ggü. Vorjahr	Prozentpunkte	Prozentpunkte	Prozentpunkte
1982	+2,2	1,1	0,2	1,0
1983	+2,1	1,2	0,0	0,9
1984	+2,1	1,3	0,0	0,9
1985	+1,9	1,3	-0,2	0,8
1986	+2,1	1,4	-0,2	0,8
1987	+2,1	1,5	-0,2	0,8
1988	+2,4	1,6	0,0	0,8
1989	+2,8	1,7	0,2	0,9
1990	+3,5	1,7	0,8	0,9
1991	+3,1	1,7	0,3	1,0
1992	+2,8	1,6	0,0	1,1
1993	+2,4	1,4	-0,1	1,1
1994	+2,0	1,3	-0,3	1,0
1995	+1,8	1,1	-0,3	1,0
1996	+1,7	1,0	-0,2	0,9
1997	+1,6	1,0	-0,2	0,9
1998	+1,6	0,9	-0,2	0,9
1999	+1,6	0,9	-0,2	0,9
2000	+1,6	1,0	-0,3	0,9
2001	+1,5	1,0	-0,3	0,8
2002	+1,5	0,9	-0,1	0,7
2003	+1,3	0,8	-0,1	0,6
2004	+1,3	0,8	-0,1	0,5
2005	+1,2	0,8	-0,1	0,5
2006	+1,2	0,8	0,0	0,5
2007	+1,3	0,7	0,1	0,5
2008	+1,3	0,6	0,1	0,5
2009	+1,0	0,5	0,0	0,4
2010	+1,3	0,6	0,3	0,4
2011	+1,5	0,6	0,5	0,4
2012	+1,5	0,7	0,5	0,4
2013	+1,4	0,7	0,2	0,5
2014	+1,3	0,8	0,0	0,5
2015	+1,3	0,8	-0,1	0,5
2016	+1,3	0,9	-0,1	0,5

 $<sup>^1</sup> Abweichungen des ausgewiesenen Potenzial wachstums von der Summe der Wachstumsbeiträge sind rundungsbedingt. \\$ 

Tabelle 8: Bruttoinlandsprodukt

	preisbere	inigt <sup>1</sup>	nominal			
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd.€	in % ggü. Vorjahr		
1982	1 417,6	-0,4	932,4	+4,2		
1983	1 439,9	+1,6	973,6	+4,4		
1984	1 480,6	+2,8	1 021,0	+4,9		
1985	1 515,0	+2,3	1 067,0	+4,5		
1986	1 549,7	+2,3	1 124,2	+5,4		
1987	1 571,4	+1,4	1 154,5	+2,7		
1988	1 629,7	+3,7	1 217,5	+5,5		
1989	1 693,2	+3,9	1 301,4	+6,9		
1990	1 782,1	+5,3	1 416,3	+8,8		
1991	1 873,2	+5,1	1 534,6	+8,4		
1992	1 909,0	+1,9	1 648,4	+7,4		
1993	1 889,9	-1,0	1 696,9	+2,9		
1994	1 936,6	+2,5	1 782,2	+5,0		
1995	1 969,0	+1,7	1 848,5	+3,7		
1996	1 984,6	+0,8	1 875,0	+1,4		
1997	2 019,1	+1,7	1 912,6	+2,0		
1998	2 056,7	+1,9	1 959,7	+2,5		
1999	2 095,2	+1,9	2 000,2	+2,1		
2000	2 159,2	+3,1	2 047,5	+2,4		
2001	2 191,9	+1,5	2 101,9	+2,7		
2002	2 192,1	+0,0	2 132,2	+1,4		
2003	2 183,9	-0,4	2 147,5	+0,7		
2004	2 209,3	+1,2	2 195,7	+2,2		
2005	2 224,4	+0,7	2 224,4	+1,3		
2006	2 306,7	+3,7	2 313,9	+4,0		
2007	2 382,1	+3,3	2 428,5	+5,0		
2008	2 407,9	+1,1	2 473,8	+1,9		
2009	2 284,5	-5,1	2 374,5	-4,0		
2010	2 368,8	+3,7	2 476,8	+4,3		
2011	2 437,6	+2,9	2 571,9	+3,8		
2012	2 461,6	+1,0	2 634,0	+2,4		
2013	2 502,2	+1,6	2 709,8	+2,9		
2014	2 543,4	+1,6	2 787,9	+2,9		
2015	2 585,4	+1,6	2 868,2	+2,9		
2016	2 628,0	+1,6	2 950,8	+2,9		

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup>Verkettete Volumenangaben, berechnet auf Basis der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Indexwerte (2005=100).

Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

			Partizipa	tionsraten		
Jahr	Erwerbsbe	evölkerung <sup>1</sup>	Trend	Tatsächlich bzw. prognostiziert	Erwerbstä	tige, Inland
	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	in%	in%	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr
1982	52 069	+1,3	69,2	69,1	33 734	-0,8
1983	52 586	+1,0	69,7	69,6	33 427	-0,9
1984	52 916	+0,6	70,2	69,9	33 715	+0,9
1985	53 020	+0,2	70,8	70,8	34 188	+1,4
1986	53 093	+0,1	71,5	71,4	34 845	+1,9
1987	53 124	+0,1	72,1	72,2	35 331	+1,4
1988	53 294	+0,3	72,6	72,9	35 834	+1,4
1989	53 664	+0,7	73,1	73,1	36 507	+1,9
1990	54 518	+1,6	73,4	73,5	37 657	+3,2
1991	55 023	+0,9	73,6	74,3	38 712	+2,8
1992	55 349	+0,6	73,6	73,6	38 183	-1,4
1993	55 613	+0,5	73,6	73,3	37 695	-1,3
1994	55 686	+0,1	73,7	73,6	37 667	-0,1
1995	55 775	+0,2	73,8	73,6	37 802	+0,4
1996	55 907	+0,2	74,0	73,8	37 772	-0,1
1997	55 980	+0,1	74,4	74,2	37716	-0,1
1998	55 991	+0,0	74,8	74,8	38 148	+1,1
1999	55 952	-0,1	75,3	75,3	38 721	+1,5
2000	55 852	-0,2	75,8	76,1	39 382	+1,7
2001	55 772	-0,1	76,4	76,5	39 485	+0,3
2002	55 719	-0,1	76,9	76,8	39 257	-0,6
2003	55 596	-0,2	77,5	77,0	38 918	-0,9
2004	55 359	-0,4	78,1	78,0	39 034	+0,3
2005	55 063	-0,5	78,7	79,1	38 976	-0,1
2006	54 746	-0,6	79,2	79,3	39 192	+0,6
2007	54 496	-0,5	79,7	79,7	39 857	+1,7
2008	54276	-0,4	80,1	80,1	40 345	+1,2
2009	54 006	-0,5	80,5	80,7	40 362	+0,0
2010	53 861	-0,3	80,8	80,8	40 553	+0,5
2011	53 832	-0,1	81,0	81,1	41 078	+1,3
2012	53 750	-0,2	81,3	81,3	41 278	+0,5
2013	53 603	-0,3	81,5	81,4	41 278	-0,0
2014	53 391	-0,4	81,8	81,7	41 278	-0,0
2015	53 128	-0,5	82,1	82,0	41 278	-0,0
2016	52 838	-0,5	82,5	82,4	41 278	-0,0
2017	52 521	-0,6	82,9	82,9		
2018	52 185	-0,6	83,3	83,4		
2019	51 834	-0,7	83,7	83,8		

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

# noch Tabelle 9: Bevölkerung und Arbeitsmarkt

	Arbeit	szeit je Erwerbs	tätigen, Arbeitsst	unden			Erwerbslose	, Inländer
Jahr	Tre	end	Tatsächlich bzw	v. prognostiziert	Arbeitnehr	mer, Inland	in % der Erwerbsperson	NAIRU <sup>3</sup>
	Stunden	in % ggü. Vorjahr	Stunden	in % ggü. Vorjahr	in Tsd.	in % ggü. Vorjahr	en <sup>2</sup>	TWINO
1982	1712	-0,9	1 711	-0,6	30 192	-0,7	6,2	5,6
1983	1 696	-0,9	1 698	-0,8	29 925	-0,9	8,6	6,2
1984	1 680	-1,0	1 686	-0,7	30 213	+1,0	8,9	6,6
1985	1 662	-1,0	1 663	-1,4	30 689	+1,6	9,0	7,0
1986	1 645	-1,1	1 644	-1,1	31 322	+2,1	8,1	7,2
1987	1 627	-1,1	1 622	-1,3	31 842	+1,7	7,8	7,3
1988	1 610	-1,0	1617	-0,3	32 356	+1,6	7,7	7,3
1989	1 594	-1,0	1 594	-1,4	33 004	+2,0	6,9	7,3
1990	1 579	-0,9	1 571	-1,4	34 135	+3,4	6,1	7,2
1991	1 566	-0,8	1 552	-1,2	35 148	+3,0	5,3	7,1
1992	1 556	-0,7	1 5 6 4	+0,8	34567	-1,7	6,2	7,1
1993	1 547	-0,6	1 547	-1,1	34020	-1,6	7,5	7,2
1994	1 537	-0,6	1 5 4 5	-0,1	33 909	-0,3	8,1	7,3
1995	1 527	-0,7	1 529	-1,1	33 996	+0,3	7,9	7,4
1996	1516	-0,7	1511	-1,1	33 907	-0,3	8,5	7,6
1997	1 506	-0,7	1 505	-0,4	33 803	-0,3	9,2	7,8
1998	1 495	-0,7	1 499	-0,4	34189	+1,1	8,9	8,0
1999	1 483	-0,8	1 491	-0,5	34735	+1,6	8,1	8,2
2000	1 471	-0,8	1 471	-1,4	35 387	+1,9	7,4	8,3
2001	1 459	-0,8	1 453	-1,2	35 465	+0,2	7,5	8,5
2002	1 449	-0,7	1 441	-0,8	35 203	-0,7	8,2	8,6
2003	1 440	-0,6	1 436	-0,4	34800	-1,1	9,1	8,7
2004	1 434	-0,5	1 436	+0,0	34777	-0,1	9,6	8,7
2005	1 428	-0,4	1 431	-0,4	34 559	-0,6	10,5	8,6
2006	1 422	-0,4	1 424	-0,5	34736	+0,5	9,8	8,5
2007	1 417	-0,4	1 422	-0,1	35 359	+1,8	8,3	8,2
2008	1 412	-0,4	1 422	-0,0	35 866	+1,4	7,2	7,8
2009	1 408	-0,3	1 383	-2,8	35 894	+0,1	7,4	7,4
2010	1 406	-0,1	1 408	+1,8	36 065	+0,5	6,8	6,9
2011	1 405	-0,1	1 408	+0,0	36 524	+1,3	5,9	6,3
2012	1 405	-0,0	1 407	-0,1	36 673	+0,4	5,5	5,8
2013	1 404	-0,0	1 406	-0,1	36 673	-0,0	5,4	5,5
2014	1 404	-0,0	1 405	-0,1	36 673	-0,0	5,4	5,4
2015	1 403	-0,0	1 404	-0,1	36 673	-0,0	5,3	5,3
2016	1 403	-0,1	1 403	-0,1	36 673	-0,0	5,2	5,3
2017	1 402	-0,1	1 402	-0,1				
2018	1 401	-0,1	1 401	-0,1				
2019	1 400	-0,1	1 400	-0,1				

 $<sup>^{1} 12.\</sup> koordinier te \ Bev\"{o}lkerungsvor aus berechnung des \ Statistischen \ Bundesamts; \ Variante \ 1-W1.$ 

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Erwerbslosenquote nach Definition der International Labour Organization (ILO).

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> NAIRU - Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment.

Tabelle 10: Kapital stock und Investitionen

	Bruttoanlag	evermögen	Bruttoanlage	investitionen	Abgangssquote
	preisbe	ereinigt	preisbe	ereinigt	tatsächlich bzw. prognostiziert
	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	in%
1982	6 485,6	+2,8	260,7	-4,6	1,3
1983	6 655,5	+2,6	268,5	+3,0	1,5
1984	6 823,4	+2,5	269,0	+0,2	1,5
1985	6 985,8	+2,4	270,8	+0,7	1,6
1986	7 149,0	+2,3	279,4	+3,2	1,7
1987	7 315,5	+2,3	285,2	+2,1	1,7
1988	7 487,8	+2,4	299,6	+5,0	1,7
1989	7 672,9	+2,5	321,3	+7,2	1,8
1990	7 876,2	+2,7	346,9	+8,0	1,9
1991	8 112,9	+3,0	365,4	+5,3	1,6
1992	8 378,1	+3,3	382,2	+4,6	1,4
1993	8 636,4	+3,1	365,9	-4,3	1,3
1994	8 887,4	+2,9	381,4	+4,2	1,5
1995	9 140,0	+2,8	380,7	-0,2	1,4
1996	9 3 8 4, 7	+2,7	378,6	-0,6	1,5
1997	9 622,5	+2,5	382,2	+0,9	1,5
1998	9 862,1	+2,5	397,4	+4,0	1,6
1999	10 109,6	+2,5	415,4	+4,5	1,7
2000	10361,7	+2,5	426,3	+2,6	1,7
2001	10 601,8	+2,3	412,2	-3,3	1,7
2002	10 807,2	+1,9	387,0	-6,1	1,7
2003	10984,2	+1,6	382,4	-1,2	1,9
2004	11 148,6	+1,5	381,5	-0,2	2,0
2005	11 304,0	+1,4	384,5	+0,8	2,1
2006	11 467,3	+1,4	416,1	+8,2	2,2
2007	11 647,1	+1,6	435,8	+4,7	2,2
2008	11 830,9	+1,6	443,0	+1,7	2,2
2009	11 982,8	+1,3	392,5	-11,4	2,0
2010	12 111,4	+1,1	414,1	+5,5	2,4
2011	12 241,2	+1,1	445,0	+7,5	2,6
2012	12 383,5	+1,2	456,8	+2,7	2,6
2013	12 547,8	+1,3	467,7	+2,4	2,4
2014	12 719,7	+1,4	478,9	+2,4	2,4
2015	12 898,7	+1,4	490,3	+2,4	2,4
2016	13 084,8	+1,4	502,0	+2,4	2,4

Tabelle 11: Solow-Residuen und Totale Faktorproduktivität

	Solow-Residuen	Totale Faktorproduktivität
	log	log
1982	-7,4314	-7,4190
1983	-7,4141	-7,4073
1984	-7,3961	-7,3948
1985	-7,3814	-7,3816
1986	-7,3718	-7,3677
1987	-7,3662	-7,3529
1988	-7,3450	-7,3371
1989	-7,3180	-7,3203
1990	-7,2866	-7,3031
1991	-7,2573	-7,2860
1992	-7,2459	-7,2701
1993	-7,2510	-7,2559
1994	-7,2351	-7,2431
1995	-7,2238	-7,2318
1996	-7,2171	-7,2214
1997	-7,2052	-7,2117
1998	-7,2001	-7,2023
1999	-7,1966	-7,1929
2000	-7,1770	-7,1830
2001	-7,1639	-7,1732
2002	-7,1615	-7,1640
2003	-7,1628	-7,1556
2004	-7,1585	-7,1477
2005	-7,1532	-7,1401
2006	-7,1223	-7,1325
2007	-7,1056	-7,1254
2008	-7,1082	-7,1191
2009	-7,1474	-7,1136
2010	-7,1296	-7,1076
2011	-7,1133	-7,1013
2012	-7,1103	-7,0946
2013	-7,0979	-7,0872
2014	-7,0857	-7,0793
2015	-7,0737	-7,0708
2016	-7,0619	-7,0620

Tabelle 12: Preise und Löhne

	Deflator des Brut	toinlandsprodukts	Deflator des pr	ivaten Konsums	Arbeitnehmerentgelte, Inland		
	2005=100	in % ggü. Vorjahr	2005=100	in % ggü. Vorjahr	in Mrd. €	in % ggü. Vorjahr	
1982	65,8	+4,6	66,7	+5,0	549,0	+3,1	
1983	67,6	+2,8	68,9	+3,2	561,2	+2,2	
1984	69,0	+2,0	70,6	+2,5	583,1	+3,9	
1985	70,4	+2,1	71,7	+1,5	606,5	+4,0	
1986	72,5	+3,0	70,9	-1,1	638,7	+5,3	
1987	73,5	+1,3	70,8	-0,1	667,7	+4,5	
1988	74,7	+1,7	72,1	+1,9	695,8	+4,2	
1989	76,9	+2,9	74,9	+3,9	728,0	+4,6	
1990	79,5	+3,4	77,1	+3,0	787,6	+8,2	
1991	81,9	+3,1	79,4	+2,9	858,8	+9,0	
1992	86,3	+5,4	82,8	+4,3	931,8	+8,5	
1993	89,8	+4,0	85,9	+3,6	954,0	+2,4	
1994	92,0	+2,5	88,0	+2,5	978,5	+2,6	
1995	93,9	+2,0	89,3	+1,4	1 014,6	+3,7	
1996	94,5	+0,6	90,1	+1,0	1 022,9	+0,8	
1997	94,7	+0,3	91,3	+1,3	1 026,2	+0,3	
1998	95,3	+0,6	91,7	+0,5	1 047,2	+2,0	
1999	95,5	+0,2	92,1	+0,4	1 073,7	+2,5	
2000	94,8	-0,7	92,8	+0,8	1 114,1	+3,8	
2001	95,9	+1,1	94,6	+1,9	1 135,1	+1,9	
2002	97,3	+1,4	95,7	+1,2	1 141,5	+0,6	
2003	98,3	+1,1	97,2	+1,6	1 144,3	+0,2	
2004	99,4	+1,1	98,4	+1,2	1 147,5	+0,3	
2005	100,0	+0,6	100,0	+1,7	1 139,4	-0,7	
2006	100,3	+0,3	101,0	+1,0	1 157,0	+1,5	
2007	101,9	+1,6	102,5	+1,5	1 187,0	+2,6	
2008	102,7	+0,8	104,2	+1,7	1 229,4	+3,6	
2009	103,9	+1,2	104,2	+0,1	1 230,6	+0,1	
2010	104,6	+0,6	106,3	+1,9	1 261,4	+2,5	
2011	105,5	+0,9	108,6	+2,2	1 318,2	+4,5	
2012	107,0	+1,4	110,6	+1,8	1 353,1	+2,6	
2013	108,3	+1,2	112,4	+1,6	1 386,2	+2,5	
2014	109,6	+1,2	114,2	+1,6	1 420,4	+2,5	
2015	110,9	+1,2	116,1	+1,6	1 455,3	+2,5	
2016	112,3	+1,2	118,0	+1,6	1 491,2	+2,5	

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 13: Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

land					jährliche\	Veränderun	gen in %				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+5,3	+1,7	+3,1	+0,7	+1,1	-5,1	+3,7	+2,9	+0,8	+1,5
Belgien	+1,7	+3,1	+2,4	+3,7	+1,7	+1,0	-2,8	+2,3	+2,2	+0,9	+1,5
Estland	-	-	+4,5	+10,0	+8,9	-3,7	-14,3	+2,3	+8,0	+3,2	+4,0
Griechenland	+2,5	+0,0	+2,1	+4,5	+2,3	-0,2	-3,2	-3,5	-5,5	-2,8	+0,7
Spanien	+2,3	+3,8	+2,8	+5,0	+3,6	+0,9	-3,7	-0,1	+0,7	+0,7	+1,4
Frankreich	+1,6	+2,6	+2,0	+3,7	+1,8	-0,1	-2,7	+1,5	+1,6	+0,6	+1,4
Irland	+3,1	+7,6	+9,8	+9,3	+5,3	-3,0	-7,0	-0,4	+1,1	+1,1	+2,3
Italien	+2,8	+2,1	+2,8	+3,7	+0,9	-1,2	-5,1	+1,5	+0,5	+0,1	+0,7
Zypern	-	-	+9,9	+5,0	+3,9	+3,6	-1,9	+1,1	+0,3	+0,0	+1,8
Luxemburg	+2,9	+5,3	+1,4	+8,4	+5,4	+0,8	-5,3	+2,7	+1,6	+1,0	+2,3
Malta	-	-	+6,2	+6,4	+3,7	+4,4	-2,7	+2,7	+2,1	+1,3	+2,0
Niederlande	+2,3	+4,2	+3,1	+3,9	+2,0	+1,8	-3,5	+1,7	+1,8	+0,5	+1,3
Österreich	+2,5	+4,2	+2,8	+3,7	+2,4	+1,4	-3,8	+2,3	+2,9	+0,9	+1,9
Portugal	+1,6	+7,9	+2,3	+3,9	+0,8	+0,0	-2,5	+1,4	-1,9	-3,0	+1,1
Slowakei	-	-	+5,8	+1,4	+6,7	+5,9	-4,9	+4,2	+2,9	+1,1	+2,9
Slowenien	-	-	+4,1	+4,3	+4,0	+3,6	-8,0	+1,4	+1,1	+1,0	+1,5
Finnland	+3,3	+0,5	+4,0	+5,3	+2,9	+1,0	-8,2	+3,6	+3,1	+1,4	+1,7
Euroraum	+2,2	+3,5	+2,3	+3,8	+1,7	+0,4	-4,2	+1,9	+1,5	+0,5	+1,3
Bulgarien	-	-	+2,9	+5,7	+6,4	+6,2	-5,5	+0,2	+2,2	+2,3	+3,0
Dänemark	+4,0	+1,6	+3,1	+3,5	+2,4	-1,1	-5,2	+1,7	+1,2	+1,4	+1,7
Lettland	-	-	-0,9	+6,1	+10,1	-3,3	-17,7	-0,3	+4,5	+2,5	+4,0
Litauen	-	-	+3,3	+3,3	+7,8	+2,9	-14,8	+1,4	+6,1	+3,4	+3,8
Polen	-	-	+7,0	+4,3	+3,6	+5,1	+1,6	+3,9	+4,0	+2,5	+2,8
Rumänien	-	-	+7,1	+2,4	+4,2	+7,3	-6,6	-1,9	+1,7	+2,1	+3,4
Schweden	+2,2	+1,0	+3,9	+4,5	+3,2	-0,6	-5,2	+5,6	+4,0	+1,4	+2,1
Tschechien	-	-	+5,9	+4,2	+6,8	+3,1	-4,7	+2,7	+1,8	+0,7	+1,7
Ungarn	-	-	+1,5	+4,2	+4,0	+0,9	-6,8	+1,3	+1,4	+0,5	+1,4
Vereinigtes Königreich	+3,6	+0,8	+3,1	+4,5	+2,1	-1,1	-4,4	+1,8	+0,7	+0,6	+1,5
EU	+2,5	+3,0	+2,6	+3,9	+2,0	+0,3	-4,2	+2,0	+1,6	+0,6	+1,5
Japan	+6,3	+5,6	+1,9	+2,9	+1,9	-1,2	-6,3	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0
USA	+4,1	+1,9	+2,5	+4,2	+3,1	-0,4	-3,5	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3

Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 14: Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

			jährlich	ne Veränderunge	n in %		
Land	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	+2,3	+2,8	+0,2	+1,2	+2,4	+1,7	+1,8
Belgien	+1,8	+4,5	+0,0	+2,3	+3,5	+2,0	+1,9
Estland	+6,7	+10,6	+0,2	+2,7	+5,2	+3,3	+2,8
Griechenland	+3,0	+4,2	+1,3	+4,7	+3,0	+0,8	+0,8
Spanien	+2,8	+4,1	-0,2	+2,0	+3,0	+1,1	+1,3
Frankreich	+1,6	+3,2	+0,1	+1,7	+2,2	+1,5	+1,4
Irland	+2,9	+3,1	-1,7	-1,6	+1,1	+0,7	+1,2
Italien	+2,0	+3,5	+0,8	+1,6	+2,7	+2,0	+1,9
Zypern	+2,2	+4,4	+0,2	+2,6	+3,4	+2,8	+2,3
Luxemburg	+2,7	+4,1	+0,0	+2,8	+3,6	+2,1	+2,5
Malta	+0,7	+4,7	+1,8	+2,0	+2,6	+2,2	+2,3
Niederlande	+1,6	+2,2	+1,0	+0,9	+2,5	+1,9	+1,3
Österreich	+2,2	+3,2	+0,4	+1,7	+3,4	+2,2	+2,1
Portugal	+2,4	+2,7	-0,9	+1,4	+3,5	+3,0	+1,5
Slowakei	+1,9	+3,9	+0,9	+0,7	+4,0	+1,7	+2,1
Slowenien	+3,8	+5,5	+0,9	+2,1	+1,9	+1,3	+1,2
Finnland	+1,6	+3,9	+1,6	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8
Euroraum	+2,1	+3,3	+0,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,6
Bulgarien	+7,6	+12,0	+2,5	+3,0	+3,6	+3,1	+3,0
Dänemark	+1,7	+3,6	+1,1	+2,2	+2,6	+1,7	+1,8
Lettland	+10,1	+15,3	+3,3	-1,2	+4,2	+2,4	+2,0
Litauen	+5,8	+11,1	+4,2	+1,2	+4,0	+2,7	+2,8
Polen	+2,6	+4,2	+4,0	+2,7	+3,7	+2,7	+2,9
Rumänien	+4,9	+7,9	+5,6	+6,1	+5,9	+3,4	+3,4
Schweden	+1,7	+3,3	+1,9	+1,9	+1,5	+1,3	+1,6
Tschechien	+3,0	+6,3	+0,6	+1,2	+1,8	+2,7	+1,6
Ungarn	+7,9	+6,0	+4,0	+4,7	+4,0	+4,5	+4,1
Vereinigtes Königreich	+2,3	+3,6	+2,2	+3,3	+4,3	+2,9	+2,0
EU	+2,4	+3,7	+1,0	+2,1	+3,0	+2,0	+1,8
Japan	+0,0	+1,4	-1,4	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8
USA	+2,8	+3,8	-0,4	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2

Quelle:

EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 15: Harmonisierte Arbeitslosenquote im internationalen Vergleich

				ir	n % der zivile	n Erwerbsb	evölkerung				
Land	1985	1990	1995	2000	2005	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	11,2	7,5	7,8	7,1	6,1	5,9	5,8
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,5	7,0	7,9	8,3	7,6	7,7	7,9
Estland	-	-	9,7	13,6	7,9	5,5	13,8	16,9	12,5	11,2	10,1
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,9	7,7	9,5	12,6	16,6	18,4	18,4
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	9,2	11,3	18,0	20,1	20,9	20,9	20,3
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,3	7,8	9,5	9,8	9,8	10,0	10,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,4	6,3	11,9	13,7	14,4	14,3	13,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	7,7	6,7	7,8	8,4	8,1	8,2	8,2
Zypern	-	-	2,6	4,8	5,3	3,7	5,3	6,2	7,2	7,5	7,1
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,2	4,6	4,9	5,1	4,6	4,5	4,8	4,7
Malta	-	4,8	4,9	6,7	7,3	6,0	6,9	6,9	6,7	6,8	6,6
Niederlande	7,3	5,1	7,1	3,1	5,3	3,1	3,7	4,5	4,5	4,7	4,8
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	5,2	3,8	4,8	4,4	4,2	4,5	4,2
Portugal	9,1	4,8	7,2	4,5	8,6	8,5	10,6	12,0	12,6	13,6	13,7
Slowakei	-	-	13,2	18,8	16,3	9,5	12,0	14,4	13,2	13,2	12,3
Slowenien	-	-	6,9	6,7	6,5	4,4	5,9	7,3	8,2	8,4	8,2
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	8,4	6,4	8,2	8,4	7,8	7,7	7,4
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,5	9,2	7,6	9,6	10,1	10,0	10,1	10,0
Bulgarien	-	-	12,0	16,4	10,1	5,6	6,8	10,2	12,2	12,1	11,3
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	4,8	3,3	6,0	7,4	7,4	7,3	7,1
Lettland	-	0,5	18,9	13,7	8,9	7,5	17,1	18,7	16,1	15,0	13,5
Litauen	-	0,0	6,9	16,4	8,3	5,8	13,7	17,8	15,1	13,3	11,6
Polen	-	-	13,2	16,1	17,8	7,1	8,2	9,6	9,3	9,2	8,6
Rumänien	-	-	6,0	6,8	7,2	5,8	6,9	7,3	8,2	7,8	7,4
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	7,7	6,2	8,3	8,4	7,4	7,4	7,3
Tschechien	-	-	3,9	8,7	7,9	4,4	6,7	7,3	6,8	7,0	6,7
Ungarn	-	-	9,9	6,4	7,2	7,8	10,0	11,2	11,2	11,0	11,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	4,8	5,6	7,6	7,8	7,9	8,6	8,5
EU	9,4	7,2	10,3	8,7	9,0	7,1	9,0	9,7	9,7	9,8	9,6
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	4,4	4,0	5,1	5,1	4,9	4,8	4,7
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	5,1	5,8	9,3	9,6	9,0	9,0	8,8

#### Quellen:

Für die Jahre 1985 - 2005: EU-Kommission, "Europäische Wirtschaft", Statistischer Anhang, November 2011. Für die Jahre ab 2008: EU-Kommission, Herbstprognose, November 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 16: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Real	es Bruttoii	nlandsprod	dukt		Verbrauc	herpreise			Leistung	ısbilanz	
			Verände	rung gege	nüber Vor	jahr in %				in % des no Bruttoinlan	ominalen Idprodukts	<b>3</b>
	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 <sup>1</sup>	2009	2010	2011 <sup>1</sup>	2012 <sup>1</sup>	2009	2010	2011 1	2012 <sup>1</sup>
Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	-6,4	+4,6	+4,6	+4,4	+11,2	+7,2	+10,3	+8,7	2,5	3,8	4,6	2,9
darunter												
Russische Föderation	-7,8	+4,0	+4,3	+4,1	+11,7	+6,9	+8,9	+7,3	4,1	4,8	5,5	3,
Ukraine	-14,5	+4,2	+4,7	+4,8	+15,9	+9,4	+9,3	+9,1	-1,5	-2,1	-3,9	-5,
Asien	+7,2	+9,5	+8,2	+8,0	+3,1	+5,7	+7,0	+5,1	3,7	3,3	3,3	3,
darunter												
China	+9,2	+10,3	+9,5	+9,0	-0,7	+3,3	+5,5	+3,3	5,2	5,2	5,2	5,
Indien	+6,8	+10,1	+7,8	+7,5	+10,9	+12,0	+10,6	+8,6	-2,8	-2,6	-2,2	-2,
Indonesien	+4,6	+6,1	+6,4	+6,3	+4,8	+5,1	+5,7	+6,5	2,5	0,8	0,2	-0,
Korea	+0,3	+6,2	+3,9	+4,4	+2,8	+3,0	+4,5	+3,5	3,9	2,8	1,5	1,
Thailand	-2,4	+7,8	+3,5	+4,8	-0,8	+3,3	+4,0	+4,1	8,3	4,6	4,8	2,
Lateinamerika	-1,7	+6,1	+4,5	+4,0	+6,0	+6,0	+6,7	+6,0	-0,6	-1,2	-1,4	-1,
darunter												
Argentinien	+0,8	+9,2	+8,0	+4,6	+6,3	+10,5	+11,5	+11,8	2,1	0,8	-0,3	-0,
Brasilien	-0,6	+7,5	+3,8	+3,6	+4,9	+5,0	+6,6	+5,2	-1,5	-2,3	-2,3	-2,
Chile	-1,7	+5,2	+6,5	+4,7	+1,7	+1,5	+3,1	+3,1	1,6	1,9	0,1	-1,
Mexiko	-6,2	+5,4	+3,8	+3,6	+5,3	+4,2	+3,4	+3,1	-0,7	-0,5	-1,0	-0,
Sonstige												
Türkei	-4,8	+8,9	+6,6	+2,2	+6,3	+8,6	+6,0	+6,9	-2,3	-6,6	-10,3	-7,
Südafrika	-1,7	+2,8	+3,4	+3,6	+7,1	+4,3	+5,9	+5,0	-4,1	-2,8	-2,8	-3,

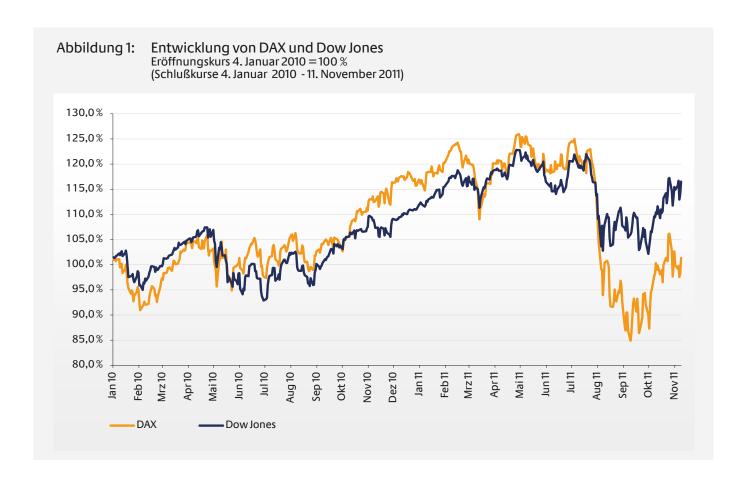
<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Prognosen des IWF.

Quelle: IWF World Economic Outlook September 2011.

# 

	Maria de la compania del compania del compania de la compania del compania de la compania de la compania del compania de la compania del compania d
Tabelle 17·	Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.11.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dow Jones	12 079	11 578	+4,3	9 686	12811
Eurostoxx 50	2 288	2 793	-18,1	1 995	3 068
Dax	5 985	6914	-13,4	5 072	7 528
CAC 40	3 109	3 805	-18,3	2 782	4 157
Nikkei	8 604	10 229	-15,9	8 374	11 339
Renditen staatlicher Benchmarkanleihen	Aktuell	Ende	Spread zu	Tief	Hoch
10 Jahre	14.11.2011	2010	US-Bond	2010/2011	2010/2011
USA	2,07	3,32	-	1,73	4,03
Deutschland	1,82	2,95	-0,3	1,68	3,49
Japan	0,98	1,13	-1,1	0,85	1,41
Vereinigtes Königreich	2,25	3,45	+0,2	2,16	4,31
Währungen	Aktuell	Ende	Änderung in %	Tief	Hoch
	14.11.2011	2010	zu Ende 2010	2010/2011	2010/2011
Dollar/Euro	1,37	1,34	+2,2	1,19	1,49
Yen/Dollar	77,11	81,52	-5,4	73,47	94,65
Yen/Euro	105,18	108,65	-3,2	101,08	134,23
Pfund/Euro	0,86	0,86	-0,5	0,81	0,91



KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	+3,7	+2,9	+0,8	+1,5	+1,2	+2,4	+1,7	+1,8	7,1	6,1	5,9	5,8
OECD	+3,5	+3,4	+2,5	-	+1,2	+2,6	+1,7	-	6,8	6,0	5,4	-
IWF	+3,6	+2,7	+1,3	-	+1,2	+2,2	+1,3	-	7,1	6,0	6,2	-
USA												
EU-KOM	+3,0	+1,6	+1,5	+1,3	+1,6	+3,2	+1,9	+2,2	9,6	9,0	9,0	8,8
OECD	+2,9	+2,6	+3,1	-	+1,6	+2,6	+1,5	-	9,6	8,8	7,9	-
IWF	+3,0	+1,5	+1,8	-	+1,6	+3,0	+1,2	-	9,6	9,1	9,0	-
Japan												
EU-KOM	+4,0	-0,4	+1,8	+1,0	-0,7	-0,2	-0,1	+0,8	5,1	4,9	4,8	4,7
OECD	+4,0	-0,9	+2,2	-	-0,7	+0,3	-0,2	-	5,1	4,8	4,6	-
IWF	+4,0	-0,5	+2,3	-	-0,7	-0,4	-0,5	-	5,1	4,9	4,8	-
Frankreich												
EU-KOM	+1,5	+1,6	+0,6	+1,4	+1,7	+2,2	+1,5	+1,4	9,8	9,8	10,0	10,1
OECD	+1,4	+2,2	+2,1	-	+1,7	+2,4	+1,6	-	9,3	9,0	8,7	-
IWF	+1,4	+1,7	+1,4	-	+1,7	+2,1	+1,4	-	9,8	9,5	9,2	-
Italien												
EU-KOM	+1,5	+0,5	+0,1	+0,7	+1,6	+2,7	+2,0	+1,9	8,4	8,1	8,2	8,2
OECD	+1,2	+1,1	+1,6	-	+1,6	+2,4	+1,7	-	8,4	8,4	8,1	-
IWF	+1,3	+0,6	+0,3	-	+1,6	+2,6	+1,6	-	8,4	8,2	8,5	-
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	+1,8	+0,7	+0,6	+1,5	+3,3	+4,3	+2,9	+2,0	7,8	7,9	8,6	8,5
OECD	+1,3	+1,4	+1,8	-	+3,3	+4,2	+2,1	-	7,9	8,1	8,3	-
IWF	+1,4	+1,1	+1,6	-	+3,3	+4,5	+2,4	-	7,9	7,8	7,8	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	+3,1	+3,0	+2,8	-	+1,8	+2,9	+1,6	-	8,0	7,5	7,0	-
IWF	+3,2	+2,1	+1,9	-	+1,8	+2,9	+2,1	-	8,0	7,6	7,7	-
Euroraum												
EU-KOM	+1,9	+1,5	+0,5	+1,3	+1,6	+2,6	+1,7	+1,6	10,1	10,0	10,1	10,0
OECD	+1,7	+2,0	+2,0	-	+1,6	+2,6	+1,6	-	9,9	9,7	9,3	-
IWF	+1,8	+1,6	+1,1	-	+1,6	+2,5	+1,5	-	10,1	9,9	9,9	-
EZB	+1,7	+1,6	+1,3	-	+1,6	+2,6	+1,7	-	-	-	-	-
EU-27												
EU-KOM	+2,0	+1,6	+0,6	+1,5	+2,1	+3,0	+2,0	+1,8	9,7	9,7	9,8	9,6
IWF	+1,8	+1,7	+1,4	-	+2,0	+3,0	+1,8	-	-	-	_	_

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$ 

EZB: ECB Staff Macroeconomic Projections for the Euro Area; September 2011 (nur BIP und Verbraucherpreise sowie nur für den Euroraum).

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	+2,3	+2,2	+0,9	+1,5	+2,3	+3,5	+2,0	+1,9	8,3	7,6	7,7	7,9
OECD	+2,1	+2,4	+2,0	-	+2,3	+3,6	+2,4	-	8,3	7,6	7,3	-
IWF	+2,1	+2,4	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,0	-	8,4	7,9	8,1	-
Estland												
EU-KOM	+2,3	+8,0	+3,2	+4,0	+2,7	+5,2	+3,3	+2,8	16,9	12,5	11,2	10,1
OECD	+3,1	+5,9	+4,7	-	+2,7	+4,6	+3,0	-	16,8	14,2	13,0	-
IWF	+3,1	+6,5	+4,0	-	+2,9	+5,1	+3,5	-	16,9	13,5	11,5	-
Finnland												
EU-KOM	+3,6	+3,1	+1,4	+1,7	+1,7	+3,2	+2,6	+1,8	8,4	7,8	7,7	7,4
OECD	+3,1	+3,8	+2,8	-	+1,7	+3,2	+1,6	-	8,4	7,9	7,1	-
IWF	+3,6	+3,5	+2,2	-	+1,7	+3,1	+2,0	-	8,4	7,8	7,6	-
Griechenland												
EU-KOM	-3,5	-5,5	-2,8	+0,7	+4,7	+3,0	+0,8	+0,8	12,6	16,6	18,4	18,4
OECD	-4,5	-2,9	+0,6	-	+4,7	+2,9	+0,7	-	12,5	16,0	16,4	-
IWF	-4,4	-5,0	-2,0	-	+4,7	+2,9	+1,0	-	12,5	16,5	18,5	-
Irland												
EU-KOM	-0,4	+1,1	+1,1	+2,3	-1,6	+1,1	+0,7	+1,2	13,7	14,4	14,3	13,6
OECD	-1,0	+0,0	+2,3	-	-1,6	+1,3	+0,4	-	13,5	14,7	14,6	-
IWF	-0,4	+0,4	+1,5	-	-1,6	+1,1	+0,6	-	13,6	14,3	13,9	-
Luxemburg												
EU-KOM	+2,7	+1,6	+1,0	+2,3	+2,8	+3,6	+2,1	+2,5	4,6	4,5	4,8	4,7
OECD	+3,5	+3,2	+3,9	-	+2,8	+4,2	+2,3	-	6,0	5,4	4,8	-
IWF	+3,5	+3,6	+2,7	-	+2,3	+3,6	+1,4	-	6,2	5,8	6,0	-
Malta												
EU-KOM	+2,7	+2,1	+1,3	+2,0	+2,0	+2,6	+2,2	+2,3	6,9	6,7	6,8	6,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+3,1	+2,4	+2,2	-	+2,0	+2,6	+2,3	-	6,9	6,3	6,2	-
Niederlande												
EU-KOM	+1,7	+1,8	+0,5	+1,3	+0,9	+2,5	+1,9	+1,3	4,5	4,5	4,7	4,8
OECD	+1,8	+2,3	+1,9	-	+0,9	+2,2	+1,9	-	4,3	4,2	4,0	-
IWF	+1,6	+1,6	+1,3	-	+0,9	+2,5	+2,0	-	4,5	4,2	4,2	-
Österreich												
EU-KOM	+2,3	+2,9	+0,9	+1,9	+1,7	+3,4	+2,2	+2,1	4,4	4,2	4,5	4,2
OECD	+2,1	+2,9	+2,1	-	+1,7	+3,1	+1,8	-	4,4	4,2	4,0	-
IWF	+2,1	+3,3	+1,6	-	+1,7	+3,2	+2,2	-	4,4	4,1	4,1	-

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	enquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Portugal												
EU-KOM	+1,4	-1,9	-3,0	+1,1	+1,4	+3,5	+3,0	+1,5	12,0	12,6	13,6	13,7
OECD	+1,3	-2,1	-1,5	-	+1,4	+3,3	+1,3	-	10,8	11,7	12,7	-
IWF	+1,3	-2,2	-1,8	-	+1,4	+3,4	+2,1	-	12,0	12,2	13,4	-
Slowakei												
EU-KOM	+4,2	+2,9	+1,1	+2,9	+0,7	+4,0	+1,7	+2,1	14,4	13,2	13,2	12,3
OECD	+4,0	+3,6	+4,4	-	+0,7	+3,9	+2,9	-	14,4	13,8	12,8	-
IWF	+4,0	+3,3	+3,3	-	+0,7	+3,6	+1,8	-	14,4	13,4	12,3	-
Slowenien												
EU-KOM	+1,4	+1,1	+1,0	+1,5	+2,1	+1,9	+1,3	+1,2	7,3	8,2	8,4	8,2
OECD	+1,2	+1,8	+2,6	-	+2,1	+2,5	+2,2	-	-	-	-	-
IWF	+1,2	+1,9	+2,0	-	+1,8	+1,8	+2,1	-	7,3	8,2	8,0	-
Spanien												
EU-KOM	-0,1	+0,7	+0,7	+1,4	+2,0	+3,0	+1,1	+1,3	20,1	20,9	20,9	20,3
OECD	-0,1	+0,9	+1,6	-	+2,0	+2,9	+0,9	-	20,1	20,3	19,3	-
IWF	-0,1	+0,8	+1,1	-	+2,0	+2,9	+1,5	-	20,1	20,7	19,7	-
Zypern												
EU-KOM	+1,1	+0,3	+0,0	+1,8	+2,6	+3,4	+2,8	+2,3	6,2	7,2	7,5	7,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,0	+0,0	+1,0	-	+2,6	+4,0	+2,4	-	6,4	7,4	7,2	-

Quellen:

 $\hbox{EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.}\\$ 

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler \ Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 18: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		BIP	(real)			Verbrauc	herpreise			Arbeitslos	senquote	
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	+0,2	+2,2	+2,3	+3,0	+3,0	+3,6	+3,1	+3,0	10,2	12,2	12,1	11,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+0,2	+2,5	+3,0	-	+3,0	+3,8	+2,9	-	10,3	10,2	9,5	-
Dänemark												
EU-KOM	+1,7	+1,2	+1,4	+1,7	+2,2	+2,6	+1,7	+1,8	7,4	7,4	7,3	7,1
OECD	+2,1	+1,9	+2,1	-	+2,3	+2,6	+1,7	-	7,2	7,2	6,4	-
IWF	+1,7	+1,5	+1,5	-	+2,3	+3,2	+2,4	-	4,2	4,5	4,4	-
Lettland												
EU-KOM	-0,3	+4,5	+2,5	+4,0	-1,2	+4,2	+2,4	+2,0	18,7	16,1	15,0	13,5
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-0,3	+4,0	+3,0	-	-1,2	+4,2	+2,3	-	19,0	16,1	14,5	-
Litauen												
EU-KOM	+1,4	+6,1	+3,4	+3,8	+1,2	+4,0	+2,7	+2,8	17,8	15,1	13,3	11,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	+1,3	+6,0	+3,4	-	+1,2	+4,2	+2,6	-	17,8	15,5	14,0	-
Polen												
EU-KOM	+3,9	+4,0	+2,5	+2,8	+2,7	+3,7	+2,7	+2,9	9,6	9,3	9,2	8,6
OECD	+3,8	+3,9	+3,8	-	+2,6	+4,2	+3,1	-	9,6	9,4	8,5	-
IWF	+3,8	+3,8	+3,0	-	+2,6	+4,0	+2,8	-	9,6	9,4	9,2	-
Rumänien												
EU-KOM	-1,9	+1,7	+2,1	+3,4	+6,1	+5,9	+3,4	+3,4	7,3	8,2	7,8	7,4
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-1,3	+1,5	+3,5	-	+6,1	+6,4	+4,3	-	7,6	5,0	4,8	-
Schweden												
EU-KOM	+5,6	+4,0	+1,4	+2,1	+1,9	+1,5	+1,3	+1,4	8,4	7,4	7,4	7,3
OECD	+5,3	+4,5	+3,1	-	+1,2	+2,9	+2,4	-	8,4	7,5	7,0	-
IWF	+5,7	+4,4	+3,8	-	+1,9	+3,0	+2,5	-	8,4	7,4	6,6	-
Tschechien												
EU-KOM	+2,7	+1,8	+0,7	+1,7	+1,2	+1,8	+2,7	+1,6	7,3	6,8	7,0	6,7
OECD	+2,2	+2,4	+3,5	-	+1,5	+2,2	+3,1	-	7,3	6,6	6,3	-
IWF	+2,3	+2,0	+1,8	-	+1,5	+1,8	+2,0	-	7,3	6,7	6,6	-
Ungarn												
EU-KOM	+1,3	+1,4	+0,5	+1,4	+4,7	+4,0	+4,5	+4,1	11,2	11,2	11,0	11,3
OECD	+1,0	+2,7	+3,1	-	+4,9	+4,0	+3,3	-	11,2	11,5	11,0	-
IWF	+1,2	+1,8	+1,7	-	+4,9	+3,7	+3,0	-	11,2	11,3	11,0	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011. \\ Regionaler Wirts chafts ausblick \ Europa, Oktober 2011. \\$ 

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF G7-Länder/Euroraum/EU-27

		öffentl. Ha	aushaltssal	do		Staatssch	nuldenquot	e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Deutschland												
EU-KOM	-4,3	-1,3	-1,0	-0,7	83,2	81,7	81,2	79,9	5,8	5,1	4,4	4,2
OECD	-3,3	-2,1	-1,2	-	83,4	83,7	83,3	-	5,6	5,5	6,0	-
IWF	-3,3	-1,7	-1,1	-	84,0	82,6	81,9	-	5,7	5,0	4,9	-
USA												
EU-KOM	-10,6	-10,0	-8,5	-5,0	95,2	101,0	105,6	107,1	-3,3	-3,3	-3,1	-3,5
OECD	-10,6	-10,1	-9,1	-	93,6	101,1	107,0	-	-3,2	-3,7	-4,0	-
IWF	-10,3	-9,6	-7,9	-	94,4	100,0	105,0	-	-3,2	-3,1	-2,1	-
Japan												
EU-KOM	-6,8	-7,2	-7,4	-7,2	197,6	206,2	210,0	215,7	3,5	2,9	2,9	2,8
OECD	-8,1	-8,9	-8,2	-	199,7	212,7	218,7	-	3,6	2,6	2,5	-
IWF	-9,2	-10,3	-9,1	-	220,0	233,1	238,4	-	3,6	2,5	2,8	-
Frankreich												
EU-KOM	-7,1	-5,8	-5,3	-5,1	82,3	85,4	89,2	91,7	-2,2	-3,2	-3,3	-3,0
OECD	-7,0	-5,6	-4,6	-	81,6	84,8	87,5	-	-2,2	-2,6	-2,6	-
IWF	-7,1	-5,9	-4,6	-	82,3	86,8	89,4	-	-1,7	-2,7	-2,5	-
Italien												
EU-KOM	-4,6	-4,0	-2,3	-1,2	118,4	120,5	120,5	118,7	-3,5	-3,6	-3,0	-2,3
OECD	-4,5	-3,9	-2,6	-	119,1	121,3	120,8	-	-3,5	-4,1	-3,6	-
IWF	-4,5	-4,0	-2,4	-	119,0	121,1	121,4	-	-3,3	-3,5	-3,0	-
Vereinigtes Königreich												
EU-KOM	-10,3	-9,4	-7,8	-5,8	79,9	84,0	88,8	85,9	-2,5	-2,5	-0,9	-0,2
OECD	-10,3	-8,7	-7,1	-	80,0	86,1	90,9	-	-2,5	-1,5	-0,9	-
IWF	-10,2	-8,5	-7,0	-	75,5	80,8	84,8	-	-3,2	-2,7	-2,3	-
Kanada												
EU-KOM	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
OECD	-5,5	-4,9	-3,5	-	84,2	85,9	88,0	-	-3,1	-2,6	-2,3	-
IWF	-5,6	-4,3	-3,2	-	84,0	84,1	84,2	-	-3,1	-3,3	-3,8	-
Euroraum												
EU-KOM	-6,2	-4,1	-3,4	-3,0	85,6	88,0	90,4	90,9	0,1	-0,1	0,0	0,2
OECD	-6,0	-4,2	-3,0	-	85,5	88,4	89,3	-	0,2	0,3	0,8	-
IWF	-6,0	-4,1	-3,1	-	85,8	88,6	90,0	-	-0,4	0,1	0,4	-
EU-27												
EU-KOM	-6,6	-4,7	-3,9	-3,2	80,3	82,5	84,9	84,9	-0,2	-0,3	0,0	0,2
IWF	-6,5	-4,6	-3,6	-	79,8	82,3	83,7	-	-0,1	-0,2	0,0	-

Quellen:

EU-KOM: Frühjahrsprognose, November 2011 & Statistischer Anhang, Nevember 2011 (nur zu Staatsschulden für USA u. Japan).

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011 (die Staatsschuldenquoten der OECD entsprechen nicht den Maastricht-Kriterien der EU).

 $IWF: Weltwirts chafts ausblick \ (WEO), September 2011 \& Regionaler Wirtschafts ausblick \ Europa, Oktober 2011.$ 

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

		öffentl. Ha	aushaltssald	do		Staatssch	nuldenquot	:e		Leistung	sbilanzsaldo	)
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Belgien												
EU-KOM	-4,1	-3,6	-4,6	-4,5	96,2	97,2	99,2	100,3	3,2	2,4	2,1	2,4
OECD	-4,2	-3,6	-2,8	-	96,7	96,7	96,4	-	1,3	1,0	1,2	-
IWF	-4,1	-3,5	-3,4	-	-	-	-	-	1,0	0,6	0,9	-
Estland												
EU-KOM	0,2	0,8	-1,8	-0,8	6,7	5,8	6,0	6,1	3,8	3,1	1,5	0,7
OECD	0,1	-0,5	-1,7	-	6,6	9,7	13,8	-	3,6	3,2	0,7	-
IWF	0,2	-0,1	-2,3	-	6,6	6,0	5,6	-	3,6	2,4	2,3	-
Finnland												
EU-KOM	-2,5	-1,0	-0,7	-1,0	48,3	49,1	51,8	53,5	2,8	-0,1	0,0	0,1
OECD	-2,8	-1,4	-0,6	-	48,4	53,7	57,2	-	2,9	3,0	3,2	-
IWF	-2,8	-1,0	0,3	-	-	-	-	-	3,1	2,5	2,5	-
Griechenland												
EU-KOM	-10,6	-8,9	-7,0	-6,8	144,9	162,8	198,3	198,5	-12,3	-9,9	-7,9	-6,9
OECD	-10,4	-7,5	-6,5	-	142,8	152,5	154,7	-	-10,4	-8,6	-7,2	-
IWF	-10,4	-8,0	-6,9	-	-	-	-	-	-10,5	-8,4	-6,7	-
Irland												
EU-KOM	-31,2	-10,3	-8,6	-7,8	94,9	108,1	117,5	121,1	0,5	0,7	1,5	1,8
OECD	-32,4	-10,1	-8,2	-	96,2	114,1	119,3	-	-0,7	3,7	5,3	-
IWF	-32,0	-10,3	-8,6	-	-	-	-	-	0,5	1,8	1,9	-
Luxemburg												
EU-KOM	-1,1	-0,6	-1,1	-0,9	19,1	19,5	20,2	20,3	8,1	5,3	3,4	2,9
OECD	-1,7	-0,9	0,0	-	18,4	19,2	22,5	-	7,8	5,5	4,7	-
IWF	-1,7	-0,7	-1,2	-	-	-	-	-	7,8	9,8	10,3	-
Malta												
EU-KOM	-3,6	-3,0	-3,5	-3,6	69,0	69,6	70,8	71,5	-4,0	-3,1	-2,9	-2,6
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,8	-2,9	-2,9	-	-	-	-	-	-4,8	-3,8	-4,8	-
Niederlande												
EU-KOM	-5,1	-4,3	-3,1	-2,7	62,9	64,2	64,9	66,0	5,1	5,5	7,0	6,9
OECD	-5,3	-3,7	-2,1	-	62,7	65,6	66,5	-	7,7	7,2	7,4	-
IWF	-5,3	-3,8	-2,8	-	-	-	-	-	7,1	7,5	7,7	-
Österreich												
EU-KOM	-4,4	-3,4	-3,1	-2,9	71,8	72,2	73,3	73,7	3,2	2,7	2,8	2,9
OECD	-4,6	-3,7	-3,2	-	72,3	73,7	75,3	-	2,6	3,1	3,8	-
IWF	-4,6	-3,5	-3,2	-	-	-	-	-	2,7	2,8	2,7	_

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Übrige Länder des Euroraums

_	öffentl. Haushaltssaldo			Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo				
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Portugal												
EU-KOM	-9,8	-5,8	-4,5	-3,2	93,3	101,6	111,0	112,1	-9,7	-7,6	-5,0	-3,8
OECD	-9,2	-5,9	-4,5	-	93,0	100,7	105,7	-	-9,7	-7,8	-5,5	-
IWF	-9,1	-5,9	-4,5	-	-	-	-	-	-9,9	-8,6	-6,4	-
Slowakei												
EU-KOM	-7,7	-5,8	-4,9	-5,0	41,0	44,5	47,5	51,1	-3,6	-0,7	-1,2	-1,9
OECD	-7,9	-5,1	-4,0	-	41,0	45,2	47,6	-	-3,5	-2,4	-1,3	-
IWF	-7,9	-4,9	-3,8	-	41,8	44,9	46,9	-	-3,5	-1,3	-1,1	-
Slowenien												
EU-KOM	-5,8	-5,7	-5,3	-5,7	38,8	45,5	50,1	54,6	-0,8	0,1	0,3	0,5
OECD	-5,6	-5,6	-4,1	-	38,0	43,4	47,0	-	-	-	-	-
IWF	-5,3	-6,2	-4,7	-	37,3	43,6	47,2	-	-0,8	-1,7	-2,1	-
Spanien												
EU-KOM	-9,3	-6,6	-5,9	-5,3	61,0	69,6	73,8	78,0	-4,5	-3,4	-3,0	-3,0
OECD	-9,2	-6,3	-4,4	-	60,1	67,6	68,8	-	-4,5	-2,9	-2,3	-
IWF	-9,2	-6,1	-5,2	-	-	-	-	-	-4,6	-3,8	-3,1	-
Zypern												
EU-KOM	-5,3	-6,7	-4,9	-4,7	61,5	64,9	68,4	70,9	-9,0	-7,3	-6,7	-6,1
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-5,3	-6,6	-4,5	-		-	-	-	-7,7	-7,2	-7,6	-

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

KENNZAHLEN ZUR GESAMTWIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG

noch Tabelle 19: Jüngste wirtschaftliche Vorausschätzungen von EU-KOM, OECD, IWF Andere EU-Mitgliedstaaten

		öffentl. Haushaltssaldo			Staatsschuldenquote				Leistungsbilanzsaldo			
	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013	2010	2011	2012	2013
Bulgarien												
EU-KOM	-3,1	-2,5	-1,7	-1,3	16,3	17,5	18,3	18,5	-1,0	1,6	1,4	0,9
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-3,9	-2,5	-2,2	-	17,4	17,8	20,5	-	-1,0	1,6	0,6	-
Dänemark												
EU-KOM	-2,6	-4,0	-4,5	-2,1	43,7	44,1	44,6	44,8	5,2	6,3	5,8	5,4
OECD	-2,9	-3,8	-3,0	-	43,6	45,2	48,1	-	5,5	5,8	5,6	-
IWF	-2,9	-3,0	-3,0	-	-	-	-	-	5,1	6,4	6,4	-
Lettland												
EU-KOM	-8,3	-4,2	-3,3	-3,2	44,7	44,8	45,1	47,1	3,0	-0,4	-1,1	-2,0
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
IWF	-7,8	-4,5	-2,3	-	39,9	39,6	40,5	-	3,6	1,0	-0,5	-
Litauen												
EU-KOM	-7,0	-5,0	-3,0	-3,4	38,0	37,7	38,5	39,4	1,1	-1,7	-1,9	-2,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-7,1	-5,3	-4,5	-	38,7	42,8	44,6	-	1,8	-1,9	-2,7	
Polen												
EU-KOM	-7,8	-5,6	-4,0	-3,1	54,9	56,7	57,1	57,5	-4,6	-5,0	-4,3	-4,8
OECD	-7,9	-5,8	-3,7	-	55,1	57,3	57,3	-	-3,4	-4,5	-4,8	
IWF	-7,9	-5,5	-3,8	-	55,0	56,0	56,4	-	-4,5	-4,8	-5,1	
Rumänien												
EU-KOM	-6,9	-4,9	-3,7	-2,9	31,0	34,0	35,8	35,9	-4,2	-4,1	-5,0	-5,3
OECD	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	
IWF	-6,5	-4,4	-2,8	-	31,7	34,4	34,4	-	-4,3	-4,5	-4,6	
Schweden												
EU-KOM	0,2	0,9	0,7	0,9	39,7	36,3	34,6	32,4	6,3	6,4	6,3	6,4
OECD	-0,3	0,3	1,4	-	39,8	36,0	31,8	-	6,3	5,5	5,5	
IWF	-0,3	0,8	1,3	-	-	-	-	-	6,3	5,8	5,3	
Tschechien												
EU-KOM	-4,8	-4,1	-3,8	-4,0	37,6	39,9	41,9	44,0	-4,4	-3,6	-3,2	-3,5
OECD	-4,7	-3,8	-2,8	-	38,5	41,3	42,7	-	-3,8	-3,0	-3,4	
IWF	-4,7	-3,8	-3,7	-	38,5	41,1	43,2	-	-3,7	-3,3	-3,4	
Ungarn												
EU-KOM	-4,2	3,6	-2,8	-3,7	81,3	75,9	76,5	76,7	1,0	1,7	3,2	3,8
OECD	-4,2	2,6	-3,3	-	79,8	74,0	75,1	-	2,1	2,7	1,8	
IWF	-4,3	2,0	-3,6	-	80,2	76,1	75,5	-	2,1	2,0	1,5	

Quellen:

EU-KOM: Herbstprognose, November 2011.

OECD: Wirtschaftsausblick, Mai 2011.

IWF: Weltwirtschaftsausblick (WEO), September 2011 & Regionaler Wirtschaftsausblick Europa, Oktober 2011.

Λ	/onatch	aricht o	doc RMF	Novem	har 2011

Die vor Ihnen liegende gedruckte Fassung des Monatsberichts ist unter www.bundesfinanzminsterium.de verfügbar. Neben den vorliegenden Inhalten enthält die Online-Version auch den Teil "Statistiken und Dokumentationen". Darüber hinaus stehen Ihnen mit der elektronischen Fassung viele komfortable Funktionen zum Umgang mit dem Monatsbericht zur Verfügung.

#### Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen Referat Öffentlichkeitsarbeit Wilhelmstraße 97 10117 Berlin http://www.bundesfinanzministerium.de oder http://www.bmf.bund.de

#### Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen Arbeitsgruppe Monatsbericht Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de Berlin, November 2011

Lektorat und Satz: heimbüchel pr, kommunikation und publizistik GmbH, Berlin/Köln

Gestaltung: Pixelpark AG Agentur Köln

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen: telefonisch 0 18 05 / 77 80 90¹ per Telefax 0 18 05 / 77 80 94¹

<sup>1</sup> Jeweils 0,14 €/Min. aus dem Festnetz der Telekom, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

ISSN 1618-291X